Die englischen Marineausgaben und deren Deckung seit 1887–88.

Inaugural-Dissertation

der

staatswirtschaftlichen Fakultät

der

Ludwig-Maximilians-Universität München

zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von

Chozaburo Nakai
aus Wakayama, Japan.

München 1906.
Kgl. Hofbuchdruckerei Kastner & Callwey, München

Die englischen Marineausgaben und deren Deckung seit 1887–88.

Inaugural-Dissertation

der

staatswirtschaftlichen Fakultät

der

Ludwig-Maximilians-Universität München

zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von

Chozaburo Nakai
aus Wakayama, Japan.

München 1906.
Kgl. Hofbuchdruckerei Kastner & Callwey, München

Gedruckt mit Genehmigung der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München.

Referent: Professor Dr. Lotz.

Inhaltsverzeichnis.

I. Teil.

Seite

Einleitung 9
§ 1. 1887/88 und 1888/89 21
§ 2. 1889/90. Der „Naval Defence Act“ 27
§ 3. 1890/91—1893/94 35
§ 4. 1894/95 42

II. Teil.

§ 5. 1895/96. Der erste „Naral Works Act“ 55
§ 6. 1896/97—1898/99 59
§ 7. 1899/1900. Die dritte Herabsetzung des für die Schulden bestimmten Betrags. Der Kriegsausbruch 68

III. Teil.

§ 8. 1900/01—1902/03. Die Kriegszeit 79
§ 9. 1903/04—1904/05 86
§ 10. 1905/06—1906/07 96
Schluss 100
Tabellen 111

Literatur.

Navy Estimates.
Statements of First Lord of the Admiralty.
Navy Supplementary Estimates.
Navy Additional Estimates.
Navy Approprition Accounts.
Navy Dockyard Expence Accounts.
Fleets (Great Britain and Foreign Countries).
Imperial Defence Act, 1888.
Imperial Defence Act, Accounts.
Naval Defence Act, 1889.
Naval Defence Act, Accounts.
Naval Defence Amendment Act, 1893.
Naval Works Acts, 1895, 1896, 1897, 1899, 1901, 1903, 1905.
Naval Works Acts, Accounts.
Statement of Admiralty Policy 1905.
Financial Statements.
Customs and Inland Revenue Bills.
„ „ „ „ Acts.
Finance Bills.
„ Acts.
Finance Accounts.
National Debt, Return.
Sinking Funds Act 1875.
Hansard's Parliametary Debates.
etc.

I. Teil.

Einleitung.

Die Einnahme des englischen Fiskus im Jahre 1886/87 belief sich auf £ 90772000. Der grösste Teil davon ist den Steuereinnahmen zu verdanken. Sie betrugen £ 76115000, also 84% der gesamten Einnahme. Die Erwerbseinkünfte spielen keine grosse Rolle. Die Einnahmen aus Post und Telegraphen mit anderen verschiedenen kleineren Einnahmen zusammen betrugen brutto £ 14657000 (16%). Von den Steuern sind die Zölle, innere Verbrauchsabgaben, Erbschaftssteuern, Stempelabgaben und die Einkommensteuer die wichtigsten. Die indirekten Steuern — Zölle und Verbrauchsabgaben — trugen dem Fiskus £ 41546000 ein, also 54% des gesamten Steuerertrags. Bekanntlich wurden die Zölle im Laufe des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Freihandelspolitik sehr vereinfacht. Sie sind ausschliesslich Finanzzölle und werden nur von wenigen Gegenständen des Massenverbrauchs erhoben. Die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe sind zollfrei. Tabak, Thee, Branntwein, Wein sind die Hauptquellen der Zolleinnahmen. Sie allein machten 1886/87 97% der Zolleinnahmen aus. Der Rest (3%) rührte von getrockneten Früchten, Kakao, Schokolade, Kaffee, Zichorie, Bier etc. her.

Das innere Verbrauchsabgabensystem ist ebenfalls äusserst einfach. Die Bier- und Branntweinsteuer zusammen betrugen im Jahre 1886/87 £ 21364000, das war 99% des Ertrags der inneren Verbrauchsabgaben. Zi-

chorie etc. brachten nur den verschwindend kleinen Betrag von £ 5000.

Nächst diesen sind die Stempelsteuern zu erwähnen. Sie brachten 1886/87 £ 4378000, wovon £ 2006000 den Vertragsurkunden etc. zu verdanken waren. Die Hälfte des Ertrages der Stempelsteuern lieferten Wechsel, Banknoten, Schlussnoten, Inhaberpapiere, Lebens- und Seeversicherungspolicen, Quittungen, Checks etc. Sie sind besteuert entweder nach ihrem Wert oder mit einem festen Satz.

Die Steuer auf Eisenbahngesellschaften und die Lizenzen für einige besondere Gewerbe, wie Bier- und Branntweinhandlung ergaben eine weitere Summe von £ 3858000. Diese Steuern mit den Verbrauchsabgaben zusammen sind unter dem gemeinsamen Namen „Excise" vereinigt.

Die wichtigste der direkten Steuern ist bekanntlich die Einkommensteuer. Sie brachte bei dem Steuersatz von 8 d pro £ im Jahre 1886/87 £ 15900000. Befreit waren bis 1894 Einkommen unter £ 150 und diejenigen zwischen £ 150—400 bekamen eine Ermässigung von £ 120. Das Existenzminimum und die Ermässigung wurden später erweitert.

Um das fundierte Einkommen schwerer als das Arbeitseinkommen zu belasten, ergänzte man die Einkommensteuer durch die Erbschaftssteuern. Sie brachten 1886/87 £ 7401000.

Ausserdem sind noch zwei andere Steuern zu erwähnen. Nämlich die Grundsteuer und die Gebäudesteuer. Beide werden nur in Grossbritannien erhoben. Indessen führen sie der Staatskasse nur eine geringe Summe zu. Aus der Grundsteuer betrug die Einnahme im Jahre 1886/87 £ 1070000 und aus der Gebäudesteuer £ 1910000. Die erstere ist eine abnehmende und die letztere eine langsam zunehmende Einnahmequelle.

Alle oben genannten Einnahmen fliessen einem Fonds, dem sog. Consolidated Fund zu, womit man die Staatsausgaben bestreitet.

Der gesamten Einnahme von £ 90772000 im Jahre 1886/87 stand eine Ausgabe von £ 89996000 gegenüber. Die Ausgaben teilt man in zwei Teile. Der eine Teil heisst die „Consolidated Fund Services", der andere die „Supply Services". Der erstere besteht aus den stabilen, auf den Gesetzen beruhenden Ausgaben und der letztere aus den jährlich schwankenden Ausgaben. Für die „Consolidated Fund Services" braucht man keine jährliche parlamentarische Bewilligung. Sie beliefen sich im Jahre 1886/87 auf £ 29702000. Den wichtigsten Posten davon nimmt das jährliche Schulderfordernis ein. Durch das Gesetz von 1875 wurde die zur Zahlung der Zinsen, Schuldverwaltungskosten und zur Schuldtilgung bestimmte Summe auf £ 28 Mill. festgesetzt. Mit dem Rest, nach Abzug der Zinsen, Annuitäten und der Schuldverwaltungskosten soll man den sog. „New Sinking Fund" bilden, der zur Tilgung der Schulden bestimmt ist. Im Jahre 1886/87 betrug das Schulderfordernis, nach der Suspension des „New Sinking Fund" und anderer Tilgungsfonds, £ 27366000. Und diese Summe für das Schulderfordernis ist es, welche der Finanzminister öfters bei Finanzverlegenheiten benutzt hat, wenn er die Steuerlasten erleichtern oder entsprechend der Zunahme der Ausgaben nicht erschweren wollte.

Ausser diesem ordentlichen Mittel gibt es noch ein ausserordentliches Mittel zur Tilgung der Schulden. Wenn sich am Ende eines Finanzjahres ein Ueberschuss der Einnahmen über die gesamten Ausgaben ergeben sollte, so pflegt man diesen Ueberschuss dem sog. „Old Sinking Fund" zu übertragen und zur Tilgung zu verwenden. Diesen „Old Sinking Fund" hat man jedoch auch bisweilen zur Deckung der laufenden Staatsausgaben verwendet.

Die gesamten Schulden des englischen Staates am 31. März 1887 waren die folgenden:

Die fundierte Schuld	£ 637637000
Der geschätzte Kapitalwert der Leib- und Zeitrenten	£ 80394000
Die unfundierte Schuld (Schatzanweisungen)	£ 17517000
	£ 735549000

Im Jahre 1886/87 hatte man £ 6046000 Schulden getilgt.

Im Zusammenhang mit den Schulden ist es angezeigt, hier zu erwähnen, dass der Staat in den Banken von England und Irland ein Guthaben (Exchequer balances) hat, mit welchem man innerhalb eines Finanzjahres die Finanzen verwaltet. Es betrug am Ende des Finanzjahres 1886/87 £ 5950000.

Ausser der oben genannten fixen Summe für die Schuldenlasten gehören noch mehrere, aber unbedeutende Ausgaben zu den „Consolidated Fund Services", so zum Beispiel die Zinsen einiger besonderen Staatsschulden, Zivilliste, Ausgaben für die Gerichtshöfe etc. etc. Die erforderten zusammen 1886/87 £ 2335000.

Nunmehr kommen wir zu den jährlich schwankenden Ausgaben. Nur diese sind der jährlichen Parlamentsbewilligung unterworfen. Unter den „Supply Services" sind die Heer-, Marine- und Zivilverwaltungskosten die wichtigsten. Für das Heer brauchte man 1886/87 £ 18429000. Die Marine bedarf £ 13265000 oder fast 15% der gesamten Staatsausgaben. Die Kosten der Zivilverwaltung stellten sich auf £ 17826000. Die Steuererhebungs-, Post-, Telegraphen-, Paketdienste zusammen kosteten dem Staat £ 10773000.

Nachdem wir so die einzelnen Posten der englischen Staats-Einnahmen und -Ausgaben erwähnt haben, ist es

unsere Aufgabe, die Marineausgaben etwas näher zu betrachten.

Man muss die Marineausgaben in zwei Teile teilen. Der eine Teil derselben besteht aus den Kosten für die Besoldung der Offiziere, Mannschaften und sonstigen Beamten, für die Nahrung, Kleidung des Personals, für die Pensionen und verschiedenen Verwaltungszweige. Die Ausgaben für Schiffsbauten, Ausrüstungen und für feste Gebäude am Lande bilden eine andere Gruppe der Marineausgaben. Diese Unterscheidung ist in doppelter Hinsicht notwendig. Die erste Gruppe der Ausgaben kehrt in fast gleicher Höhe jährlich wieder und steigt nur im langsamen Tempo mit der zunehmenden Zahl des bei der Marine beschäftigten Personals, während die andere Gruppe je nach der Auswärtigen- und Marinepolitik und der Technik starken Schwankungen unterworfen ist. Der zweite Grund dieser Unterscheidung ist der, dass man, während man bei der zweiten Gruppe die wertvollen Gegenstände, wie Schiffe und Gebäude, gegenüber den Ausgaben wenigstens bis zu einer gewissen Zeitdauer in Händen hat, bei der anderen Gruppe keine solchen Gegenstände den Kosten gegenüber stellen kann. Man muss also das zur Deckung der ersten Ausgaben bestimmte Kapital als das Betriebskapital und das andere als das stehende Kapital, allerdings nicht immer von langer Dauer, betrachten. Es gibt deshalb nur ein einziges Deckungsmittel für die Ausgaben der ersten Klasse: nämlich die ordentliche Einnahme. Dagegen ist die Anwendung von ausserordentlichen Hilfsmitteln, nämlich von Anleihen, zur Bestreitung der Ausgaben der zweiten Gruppe unter Umständen nicht nur zulässig, sondern manchmal sogar notwendig. Und in der Bestreitung dieser Ausgaben ist ein grosser Spielraum für die Finanzkunst vorhanden. Allerdings muss man auch die Ausgabe für Schiffsbauten in zwei Teile scheiden: nämlich in die-

jenigen für die Ersatzschiffsbauten und in diejenigen für die Vergrösserung der Flotte. Da die Ausgaben für die Ersatzbauten zu den ordentlichen Ausgaben gehören, müssen sie unbedingt aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden. Auch dürfen die Reparaturen und sonstigen Erhaltungskosten sowohl der Flotte als auch der Gebäude etc. nicht mit den Ausgaben für Neubauten und neue Anschaffungen überhaupt verwechselt werden. Dass die ersteren Ausgaben aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden müssen, ist selbstverständlich.

Der englische Marineetat zerfällt in 15 Kapitel.

Kapitel A bestimmt die Zahl des gesamten Personals — Offiziere, Matrosen, Schiffsjungen, Küstenbewachung und Marinesoldaten.

Kapitel 1 enthält die Gehälter, Gratifikationen, Vergütungen etc. für das Personal. Die Rekrutierungskosten und andere gehören auch hierher.

Kapitel 2 bezieht sich auf die Anschaffungen der Lebensmittel und Kleidung, auf die Besoldung und Belohnung des dabei beschäftigten Personals und auf den Ankauf und die Erhaltung der für den Transport notwendigen kleineren Schiffe etc.

Kapitel 3 stellt die Kosten für das in den medizinischen Institutionen beschäftigte Personal, für Verpflegung der Kranken und für die Anschaffung von Instrumenten, Arzneimitteln etc. fest.

Kapitel 4 bestimmt die Kosten der Kriegsgerichte und der Gefängnisse.

Kapitel 5 nimmt Bezug auf die Ausbildung der Kadetten und Schiffsjungen und auf die Erhaltung der verschiedenen Hochschulen.

Kapitel 6 ist verfasst für die Sternwarten, Museen, hydrographischen Abteilungen, die Verfertigung von Seekarten, die Küstenvermessung etc.; kurz, für die wissenschaftlichen Dienste.

Kapitel 7 behandelt die durch die Reservisten verursachten Ausgaben.

Kapitel 8 behandelt die wichtigsten Ausgaben. Nämlich die für die Schiffsbauten, Reparaturen und für die Erhaltung. Dieses Kapitel hat drei Sektionen. Sektion 1 bezieht sich auf die Besoldung und Belohnung des in den staatlichen Werften beschäftigten Personals. Sektion 2 bestimmt die Ausgaben für die zur Arbeit in den staatlichen Werften notwendigen Materialien. Die Ausgaben für Wasser, Grundrenten, Beleuchtung etc. der Staatsdocks, ferner diejenigen für die Anschaffung der für die Flotte bestimmten Kohlen gehören auch hierher. Endlich ist da Sektion 3 für die Bestellung von Schiffen und verschiedenen Maschinen etc. bei privaten Unternehmern. Sie enthält auch die Subvention für die Handelsflotte. Man kann die in Kapitel 8 erwähnten Ausgaben wiederum in zwei Teile scheiden. Der eine Teil der Ausgaben ist d i r e k t durch die Schiffe — Neubauten oder Reparaturen — verursacht: nämlich die Ausgaben für die bei den Schiffen Beschäftigten und diejenigen für die Materialien und Maschinen für die Schiffe. Der andere Teil bezieht sich nur i n d i r e k t auf Schiffe; z. B. die Besoldung für die nicht bei den Schiffen, sondern auf Werften überhaupt Beschäftigten, die Löhne für die in Docks angestellten Polizisten und die Ausgabe für Wasser, Renten, Beleuchtung und die für die Maschinen der Dockyards. etc. Ebenso kann man einige in anderen Kapiteln erwähnte Ausgaben durch Schiffsbauten und Reparaturen indirekt verursachte ansehen, so z. B. einen Teil der in Kapitel 3 stehenden Ausgaben für Medizin, der noch zu erwähnenden Kapitel für die Admiralitätsverwaltung, für Pensionen und für Gebäude etc. Die Ausdrücke „direkte Ausgabe“ und „Bruttoausgabe“ für Schiffsbauten sind unten häufiger gebraucht. Mit dem letzteren ist die direkte und indirekte Ausgabe zusammen gemeint.

Kapitel 9 bespricht Schiffsausrüstungen; nämlich Geschütze, Projektile, Torpedos und Munition überhaupt.

Kapitel 10 ist für Gebäude bestimmt. Die Hauptgebäude sind Docks, Nahrungsmittel- und Pulvermagazine, Kohlendepots, Baracken, Hospitäler, Bildungsanstalten, Küstenverteidigungswerke, Gebäude für Waffenwesen, Gefängnisse etc. Die Ausgaben für den Ankauf von Grundstücken, für Grundrenten, für den Erwerb von Eisenbahnen gehören ebenfalls hieher.

Kapitel 11 enthält allerlei kleinere Ausgaben. Es zerfällt in etwa 20 Paragraphen, worunter die Ausgaben für Reisen und für den Transport von Offizieren und Mannschaften den ersten Platz einnehmen.

Kapitel 12 befasst sich mit den Verwaltungskosten der Admiralität.

Kapitel 13 bezieht sich auf halbbesoldete Ersatzmannschaften und auf Austretende aus dem Dienst.

Kapitel 14 bestimmt die Marinepensionen und Gratifikationen und endlich

Kapitel 15 die Pensionen der Zivilbeamten.

Demnach gruppieren wir Kapitel 8, 9, 10, nämlich die für Schiffs-Bauten, -Reparaturen, -Erhaltung, Schiffsausrüstungen und Gebäude und deren Reparaturen, in eine Klasse und die übrigen Kapitel in eine andere. Wir richten unser Augenmerk aus schon erwähnten Gründen hauptsächlich auf die erste Klasse. Natürlich sind in der zweiten Klasse die Ausgaben zur Anschaffung von kleineren Schiffen, die nicht zum Kriegsdienste bestimmt sind, und solche der verschiedenen wissenschaftlichen und sonstigen Instrumente etc. enthalten. Diese Ausgaben sind aber, verglichen mit den anderen, verschwindend klein, und derartige Objekte können kaum als aktives Vermögen dargestellt werden.

Um die wirklichen Ausgaben klar zu machen, ist hier weiter zu erwähnen, dass man im Etat „Gross Esti-

mate“ und „Net Estimate“ unterscheidet. Der Nettoetat ist der Bruttoetat abzüglich der verschiedenen kleineren, aus besonderen Gründen entstehenden Einnahmen, so z. B. der Beiträge von Kolonien, der Vergütung von anderen Regierungsdepartements für die von der Admiralität geleisteten Dienste, der Verkaufserlöse für die der Admiralität unnützen Sachen, Mietserträgnisse etc. Diese kleineren Einnahmen fliessen nicht dem Schatzamt zu, sondern werden direkt der Admiralität zur Deckung überwiesen. Und es sind Nettosummen, die in den einzelnen Kapiteln verlangt werden. Wir brauchen auch hier die Ausdrücke „Bruttoausgabe“ und „Nettoausgabe“ zur Unterscheidung der wirklich ausgegebenen bezw. auszugebenden Summe und des Restes, der sich ergibt, wenn die kleinen, an die Admiralität direkt überwiesenen Einnahmen von der Bruttoausgabe abgezogen werden. Wenn man die englische Marineausgabe mit derjenigen anderer Länder vergleicht, muss man auch darauf Rücksicht nehmen, dass die Aufgabe der Verteidigung der grossen Marine-Häfen und -Stationen der Heeresverwaltung zugeschrieben ist und dass infolgedessen die damit verbundenen Ausgaben bei dem Militäretat verrechnet werden, während in manchen anderen Ländern diese Verteidigung von der Marineverwaltung ausgeübt wird und damit den Marineetat beeinflusst.

Beim Vergleich der Ausgaben der einzelnen Finanzjahre ist nur die Geldsumme berücksichtigt. Es ist selbstverständlich, dass die Produktionskosten der Schiffe und die Verwaltungskosten überhaupt je nach den Preisschwankungen der Rohmaterialien, der Lohnbewegung und der Entwicklungsstufe der Technik, sehr verschieden sind und dass dementsprechend die Wirkung derselben Geldsumme eine verschiedene sein muss. So z. B. kostete das 1887/88 fertiggestellte erstklassige

Linienschiff von 10600 Tons „Camperdown“ £ 676970 (direkte Ausgaben, £ 64 pro Ton), der Kreuzer „Mersey“ (3550 Tons) £ 217982 (£ 61,5 pro Ton), während das 1902/03 hergestellte Linienschiff von 15000 Tons „Venerable“ (einschliesslich der Kosten für die kleinen Dampfboote) £ 1006000 (£ 67 pro Ton), und der erstklassige geschützte Kreuzer von 11000 Tons „Spartiate“ £ 600000 (£ 54,5 pro Ton) kostete. Das Linienschiff „King Edward VII.“, 16350 Tons gross, und der gepanzerte Kreuzer „Duke of Edinburg“ mit einem Deplacement von 13550, welche beide im Etat 1905/06 stehen, sollen £ 1305000 (£ 80 pro Ton) resp. £ 1061000 (£ 78 pro Ton) kosten. Auch ist es interessant zu bemerken, dass man, während man früher 4—5 Jahre für die Herstellung eines grossen Schiffes brauchte, jetzt nur 2—3 Jahre erfordert. Die Engländer sind darauf stolz, dass man in England Schiffe schneller und billiger als in anderen Ländern bauen kann.

Ehe wir nun auf die Erörterung der einzelnen Etats seit 1887/88 eingehen, halten wir es für zweckmässig, hier die Vorgeschichte der Marinefinanzen etwas klar zu machen. Dieser Zweck wird am einfachsten erreicht, wenn wir einiges aus dem Bericht des Marineministers zum Etat 1887/88 anführen. Der Marineminister Lord Hamilton sagt: „In der Periode zwischen 1881 und 1885 vergrösserte jede Marinemacht in Europa ausser England ihre Marineausgaben. Die Einführung des langsam brennenden Pulvers und die Veränderungen des schweren Geschützes, die zunehmende Schnelligkeit und Genauigkeit der Geschütze aller Kaliber brachten eine entsprechende Entwicklung in der defensiven Kraft von gepanzerten und geschützten Kriegsschiffen. Die Geschwindigkeit wurde in der Ausführung der Marinetaktik ein wichtigerer Faktor als vorher.

„Diese Entwicklung der Geschwindigkeit und Kraft verursachten eine Zunahme in den Ausgaben. England war die letzte Marinemacht, diese neuen Bedingungen anzuerkennen. Im Jahre 1885 unter dem Drucke der öffentlichen Meinung gab die damalige Regierung die Untauglichkeit der bisherigen Einrichtungen zu, und Lord Northbrook, der damalige Marineminister, machte den Vorschlag, als Zusatz zu dem ordentlichen Schiffsbautenprogramm eine Summe von £ 3100000 für Schiffsbauten zu verwenden. Eine weitere Summe von £ 1600000 für Geschütze wurde gleichfalls verlangt.

„Der Finanzminister glaubte, dass diese Extraausgaben über die am 31. März 1890 endigenden 5 Jahre verteilt werden und einen Teil der Staatsausgaben für diese Periode darstellen würden. Der Bau wurde aber mit solcher Schnelligkeit ausgeführt, dass beinahe die ganze Summe in drei anstatt in fünf Jahren ausgegeben wurde, und ausserdem stellte sich heraus, dass die Summe von £ 3100000 zur Verfertigung des schon begonnenen Werkes nicht ausreichte."

„Bald nachdem die Vorschläge für diese Vergrösserung unserer Marinestärke im Jahre 1885 angenommen worden waren, zwang die Wahrscheinlichkeit des Kriegsausbruchs die Regierung, eine Kreditbewilligung zu verlangen, von welcher £ 2 Mill. auf die Marine entfielen. Auch für die Herstellung von Marinegeschützen wurde eine Extrasumme gefordert. Entsprechend diesen Kreditbewilligungen wurden grosse Bestellungen gemacht und verschiedene Arbeiten angefangen, deren Kosten aber nicht ganz durch die für sie bestimmten Summen gedeckt werden konnten, und deshalb musste man die jährlichen Etats ziemlich schwer belasten. Dies sind die Ursachen der ausserordentlich grossen Ausgaben der vergangenen 2 Jahre, während welcher Periode man nicht nur für die gewöhnlichen Bedürfnisse, sondern

auch für die Unterlassungen in vergangenen Perioden sorgen musste."

Die englische Marine bestand am Anfang des Finanzjahres 1887/88 aus den folgenden Schiffen:

Combatant:	46	Armoured Ships
	1	Protected Ship
	21	Partially Protected Ships
Unprotected Ships:	3	Frigates
	14	Corvettes
	21	Sloops
	3	Torpedo Cruisers
	19	Gun Vessels
	26	Gun Boats
	39	Gun Boats, Coast Defence
	4	Despatched Vessels
	2	Paddle Despatch Vessels
	2	Yachts
	2	Paddle Yachts
	2	Special Service Steamers
	8	Paddle Small Steamers
	1	Torpedo Vessel
Non-Combatant:	7	Troop & stove Ships
	221	Total.

Das älteste Schiff davon war im Jahre 1823 gebaut. Für die Fertigstellung der oben genannten Schiffe brauchte man insgesamt £ 28303000.

Der Wert der Grundstücke und der Gebäude in den Staatsdocks wurde am Anfang von 1887/88 auf £ 637000 resp. £ 12510000 geschätzt und derjenige der in den Docks etc. vorhandenen Materialien (Naval Stores) und der Kohlen auf £ 2560000.

1.

1887—88 und 1888—89.

Aus politischen Erwägungen wollte das unionistische Ministerium am Anfang seiner Regierung bedeutendere Steuererleichterungen und eine Hilfeleistung für die Gemeindefinanzen verwirklichen. Der Finanzminister Goschen hielt die Einkommensteuer, welche damals auf 8 d pro £ stand, für zu hoch. So wurde sie 1887/88 um 1 d und 1888/89 wiederum um 1 d herabgesetzt. Der Ertrag ging von £ 15900000 im Jahre 1886/87 auf £ 14440000 (£ 1955000 pro 1 d) im Jahre 1887/88 und auf £ 12700000 (£ 2020000 pro 1 d) im Jahre 1888/89 zurück. Weiter wurde 1887/88 der Tabakszoll um 4 d pro lb. ermässigt. Goschen hob hervor, seit dem Jahre 1878, als der Zoll von 3 s $1^4/_5$ d auf 3 s 6 d erhöht war, sei die Tabakkonsumtion pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen, und die Einnahme von Zoll sei relativ immer ungünstiger geworden. Tabak brachte 1887/88 £ 8713000, d. i. gegen £ 595000 weniger als im vergangenen Jahre.[1]) 1888/89 wurde ein Drittel[2]) des Ertrags der „Probate Duty" (Erbschaftssteuer) im Betrage von £ 1410000 an die Gemeinden überwiesen.

Diese Erleichterungen und die Hilfeleistung waren ermöglicht, einerseits durch die gute Wirtschaftskon-

[1]) Im Jahre 1877, als der Zoll noch nicht erhöht war, war die jährliche Konsumtion 1,49 lbs. pro Kopf der Bevölkerung, 1882 ging sie zurück auf 1,42 lbs. und blieb so bis 1887; aber in der zweiten Hälfte des Jahres 1888/89 stieg sie wieder auf 1,49 lbs.

[2]) Seit 1889/1890 $^1/_2$ des Ertrags (der Probate Duty).

junktur und die Erhöhung einiger kleineren Steuern, anderseits aber und hauptsächlich durch die Verminderung der Staatsausgaben. Die Staatseinnahme betrug 1887/88 £ 89802000 gegen ein Budget von £ 88135000; 1888/89 £ 88473000 gegen den Voranschlag von £ 86827000, und der Staatshaushalt schloss ab mit je einem Rechnungsüberschuss von £ 2378000 und £ 2796000. Abgesehen von den kleinen Veränderungen der Stempelsteuern auf Gesellschaftsschuldscheine, Seeversicherungspolicen etc. im Jahre 1887/88, wurde 1888/89 eine Schaumweinsteuer von 5 s pro Dutzend Flaschen eingeführt, und die „Succession Duty" und einige Stempelsteuern wurden erhöht (die Erträge von den Extrasteuern im Jahre 1888/89 beliefen sich auf £ 580000).

Die Verminderung der Staatsausgaben geschah durch die Herabsetzung 1. der für die Schulden (für die Verwaltung, Tilgung und Zinszahlung) bestimmten Summe, 2. der einzelnen Etats.

Es wurde nämlich 1887 vorgeschlagen, die für die Schulden bestimmte fixe Summe von £ 28 Mill. auf £ 26 Mill. zu vermindern. Um durch diese Veränderung den „New Sinking Fund" nicht ganz aus der Welt zu schaffen, sollten die drei Zeitrenten im Betrage von £ 3,6 Mill., welche aus der fixen Summe von £ 28 Mill. bisher mit gedeckt waren, in eine Zeitrente im Betrage von £ 1930000 verwandelt werden. Der Vorschlag wurde mit heftigem Angriff im Parlament aufgenommen. Die Opposition gab zu, dass die Einkommensteuer mit 8 d für die Friedenszeit zu hoch wäre; aber sie wollte die Steuerzahler erleichtert sehen, nicht etwa durch die Schwächung des Bestrebens nach Schuldverminderung, wohl aber durch Ersparungen an den Staatsausgaben, insbesondere den Heer- und Marineausgaben. Dennoch gelang es Goschen, den Vorschlag durchzusetzen, und die

durch das Tilgungsfondsgesetz von 1875 bestimmte Summe von £ 28 Mill. wurde auf £ 26 Mill. herabgesetzt. Von diesen £ 26 Mill. sollten 1887/88 £ 5059000 zur Schuldtilgung verwendet werden. Die Nationalschulden gingen in der Tat von £ 736153000 auf £ 704634000 zurück. Die grosse Verminderung um £ 31518000 wurde durch die Operation des sog. „Local Loans account" verwirklicht, welche anderseits die Uebertragung des Guthabens des Staats bei den Gemeinden im Betrage von £ 26349000 an den sog. „Local Loans Fund" verursachte.

Die Etats der Hauptverwaltungszweige — Zivil-, Heeres- und Marineverwaltung — zusammen stellten sich 1887/88 auf £ 49132000 und 1888/89 auf £ 47663000, während sie 1886/87 £ 49235000 betrugen. Die Etats für die Wehrkraft (Heer und Marine) zusammen gingen 1887/88 um £ 355000 und 1888/89 um £ 1057000 zurück. Um diesen grossen Rückgang im Jahre 1888/89 zu verwirklichen, wurde aber ein besonderes Gesetz ins Leben gerufen. Am 25. Juli 1888 wurde die sog. „Imperial Defence Bill" vorgelegt. Diese Bill zerfiel in zwei Teile. Der Teil 1 bezog sich auf die Marine und Teil 2 auf das Heer. Für die Marine wurde bestimmt:

1. das Schatzamt soll von Zeit zu Zeit aus dem konsolidierten Fonds solche Summen, die man für die neue Begründung des australischen Geschwaders (7 Treuzer) braucht, zusammen nicht über £ 850000, der Admiralität vorschiessen;

2. um diese Vorschüsse machen, ev. diese gemachten Vorschüsse dem Fonds zurückzahlen zu können, soll dem Schatzamt gestattet werden, Anleihen unter £ 850000 mittelst Zeitrenten aufzunehmen;

3. die Vorschüsse, event. Anleihen, sollen mit Zinsen durch Zeitrenten aus dem jährlich für die Marine bewilligten Etat innerhalb 12 Jahren, gerechnet vom

Jahre, in welchem der erste Vorschuss gemacht wurde, ganz getilgt werden;

4. die australischen Kolonien sollen jährlich eine Summe nicht über £ 35000 (5%) als Zinsen der Vorschüsse und eine andere nicht über £ 91000 für die Erhaltung des Geschwaders während 10 Jahre vom Jahre ab, in welchem das erste Schiff nach den Kolonien geschickt wird, der Marineverwaltung zahlen.

Kurz kann die Vorlage dahin zusammengefasst werden, dass die Aufnahme der in 12 Jahren zurückzuzahlenden, auf £ 850000 lautenden Schuld ermöglicht wurde und dass die Kolonien zur Beteiligung an der Deckung der Marineausgaben herangezogen werden sollten.

Der Gesetzentwurf wurde mit dem Vorwurf im Parlament aufgenommen, dass es eine ganz neue Operation sei, für solche kurzlebige Dinge wie Schiffe ausserordentliche Mittel anzuwenden und zwar für solche kleine Summe wie £ 850000. Man prophezeite, wenn man einmal für solch kleine Summen zu borgen anfänge, so würde man sicher für einen zukünftigen grösseren Bedarf denselben Weg gehen, was sich wirklich im nächsten Jahre bestätigen sollte. Anderseits ist hier zu betonen, dass das neu zu organisierende Geschwader ganz und gar zur Flottenvergrösserung im eigentlichen Sinne bestimmt war. Denn wie wir sehen werden, wurden die für die Ersatzbauten notwendigen Mittel in den einzelnen Etats reichlich versehen. Die Bill wurde am 13. August 1888 zum Gesetz erhoben. Zugleich wurde der Teil der Bill für das Heer zum Zweck einer Schuldaufnahme im Betrage von £ 2600000 angenommen.

Unter diesem Gesetze wurden 1888/89 £ 187000 für Schiffsbauten und £ 50000 für das Artilleriewesen, zusammen £ 238000, ausserordentliche Ausgaben geleistet, wofür man sich £ 270000 aus dem Consolidierten Fonds vorschiessen liess.

Was nun die ordetlichen Marineausgaben anlangt, so sorgte der Etat 1887/88 für 625000 Personen (Offiziere, Matrosen, Schiffsjungen, Küstenverteidigung und Marinesoldaten) und verlangte netto £ 12476000, wovon £ 4850000 auf Schiffsbauten, Reparaturen etc. und £ 553000 auf Gebäude am Lande entfielen. Die für Schiffsneubauten bestimmte Summe belief sich auf £ 2662000. Von dieser Summe waren aber £ 997000 für die Ausgaben des speziellen Programms von Lord Northbrooks zur Vergrösserung der Flotte bis zur „nomalen Stärke" bestimmt. Deshalb sind nur £ 1665000 als die für die ordentlichen Bedürfnisse der Neubauten bestimmte Summe zu betrachten. Nun war aber die für Ersatzbauten notwendige Ausgabe dieses Jahres auf £ 1803000 geschätzt. Die für Neubauten bestimmte Summe war also, abgesehen von dem speziellen Programm, um £ 138000 kleiner als die für Ersatzbauten notwendige. In Anbetracht dieses Zustandes hatte Lord Hamilton im Parlament des Jahres 1886 den Vorschlag gemacht, dass ein Teil der Ausgaben für das spezielle Programm mit einer Schuldaufnahme bestritten werden solle. Der Vorschlag war jedoch mit den Gegenargumenten abgelehnt worden, dass während des Friedens die Einnahme jedes Jahres die Ausgabe desselben decken müsse.

Die Ausgaben für Geschütze und Munition standen damals nicht im Marineetat, sondern im Heeresetat. Sie wurden auf £ 1707000 geschätzt, wovon £ 313000 auf Munition verwendet werden sollten. Dazu kommt noch die im Marineetat stehende Summe von £ 513000 für Kanonen- und Torpedoausrüstung.

Auch von der Summe von £ 553000 für Gebäude etc. muss man die Ausgaben für Reparaturen und Baggerung der Häfen abziehen. Dadurch wird die für neue Gebäude allein bestimmte Summe auf £ 296000 vermindert.

Für andere Ausgaben, ausser den oben genannten, wurden £ 7172000 verlangt, von denen £ 165000 nicht für den Marinedienst, sondern für den Truppentransport anlässlich von Militäroperationen in Aegypten bestimmt waren.

In der Tat wurden 1887/88 £ 12348000 (netto) ausgegeben. In Bezug auf die einzelnen Ausgaben wurden £ 2515000 für Schiffsneubauten,[1]) £ 243000 für Kanonen- und Torpedoausrüstungen der neuen Schiffe, £ 526000 für Schiffs-Reparaturen und -Ausbesserung und £ 272000 für neue Gebäude verwendet.

Der Etat 1888/89 stellte sich auf £ 13082000. Das ist scheinbar £ 606000 mehr als der des Vorjahres. Aber in diesem Jahre wurden einige Aenderungen im Militär- und Marineetat vorgenommen. Nämlich die Uebertragung des Militärtransportkapitels auf den Militäretat und des Marineartilleriewesens auf den Marineetat. Zieht man diese Veränderungen in Betracht, so zeigt die Vergleichung der Etats der zwei Jahre in Wirklichkeit eine Verminderung des Marineetats um £ 905000, nämlich:

Uebertragung vom Militäretat für das Marineartilleriewesen	£ 1717000
weniger:	
Uebertragung auf den Militäretat für den Transportdienst	£ 206000
	£ 1511000
weniger:	
scheinbare Zunahme	£ 606000
Netto Abnahme im Marineetat 1888/89	£ 908000

Diese in Wirklichkeit kleinere Marineforderung, sagte der Marineminister, sei zum Teil darauf zurück-

[1]) Von den 10 gepanzerten Schiffen, die in diesem Jahre fertiggestellt werden sollten, wurden 6 und von den anderen 16 Schiffen alle ausser 2 Torpedokreuzern fertiggestellt.

zuführen, dass die Finanzpolitik der Marineverwaltung auf die möglichst rasche Lösung der grossen, 1885 aufgenommenen Verbindlichkeiten für Schiffsbauten und auf die Verschiebung ihres eigenen umfangreicheren Schiffsbautenprogramms gerichtet sei. Für neue Schiffsbauten wurden £ 2700000 verlangt, d. i. £ 358000 weniger als im Vorjahr. Wenn man dazu noch die indirekt durch Neubauten verursachten Soll-Ausgaben mitrechnet, so vermehrt sich diese Summe auf £ 2971000. Nach der offiziellen Berechnung sollte man für Ersatzbauten £ 2070000 einschliesslich der indirekten Ausgaben brauchen. Infolgedessen waren £ 901000 zur eigentlichen Flottenvergrösserung übrig. Diese Summe enthält natürlich die indirekten Ausgaben. Die entsprechende Summe des Vorjahres ausschliesslich der zur Kanonen- und Torpedoarmierung notwendigen Summe und der indirekten Ausgaben wurde auf £ 859000 geschätzt. Es wurde also, abgesehen von der ausserordentlichen Forderung im Jahre 1888/89 durch den „Imperial Defence Act", eine fast gleiche Summe in den beiden Jahren zur Flottenvergrösserung in den Etats verlangt.

Später wurden £ 45000 im Nachtragsetat für die Begleichung der durch die englischen Kriegsschiffe verursachten Schäden unter Kapitel 11 verlangt. Am Schlusse des Jahres waren wirklich £ 12934000 ausgegeben worden. Für neue Schiffsbauten wurden £ 2398000 oder, die direkten Ausgaben mitgerechnet, £ 2680000 ausgegeben und £ 611000 blieben übrig für die Flottenvergrösserung.

§ 2.

1889—90. Der „Naval Defence Act."

Im Jahre 1889/90 hielt man eine bedeutendere Vergrösserung der Flotte für notwendig. Man wollte jedoch aus naheliegenden Gründen nicht den Marineetatansatz

vergrössern. Wie half man sich? Wiederum mit einem Flottengesetz. Am 8. April 1889 legte man eine sog. „Naval Defence Bill" vor. Die Bill verlangte den Bau von 70 verschiedenen Kriegsschiffen innerhalb 5 Jahren, von 1889 bis 1. April 1894. Von diesen waren 38[1]) auf den Staatswerften und 32[2]) auf Privat-Schiffswerften auf Grund von Verträgen zu bauen. Die Deckungsweise der Ausgaben war für die beiden Gruppen der Schiffe verschieden.

Zunächst betrachten wir die auf den Staatswerften zu bauenden 38 Schiffe. Sie sollten £ 8650000 kosten, zusammen mit kleineren Ausgaben für die Vollendung der auf Privatschiffswerften erbauten Schiffe, welche auf den Staatswerften nach der Lieferung derselben durch die privaten Unternehmer geschehen sollte. Sowohl die Ausgaben für diese Schiffsbauten, als auch die der Armierung dieser Schiffe im Betrage von £ 2850000, zusammen £ 11500000 betrachtete man als eine ordentliche Ausgabe, welche in Kapitel 8 bezw. Kapitel 9 der Marinejahresetats während der am 31. März 1894 endigenden 5 Jahre ihre Stelle finden und der jährlichen Parlamentsbewilligung unterstellt werden sollte.

Soweit hatte diese Bill nichts auffälliges. Es kam aber etwas neues hinzu. Die Bill hatte nämlich sofern eine bindende Kraft, als das Parlament die für die 38 Schiffe jährlich verlangte Summe ohne weiteres be-

---

[1]) 4 Battle Ships, 1st Cl. (14,150 tons)
2 „ „ 2nd „ (9,000 „)
4 Protected Cruisers 1st Cl. (7,350 tons)
12 „ „ 2nd „ (3,400 „)
4 „ „ „ „ (2,575 „)
12 Torpedo Gun Boats (735 tons).

[2]) 4 Battle Ships, 1st Cl. (14,150 tons)
5 Protected Cruisers, 1st Cl. (7,350 tons)
17 „ „ 2nd „ (3,400 „)
6 Torpedo Gun beats (735 tons).

willigen musste, wenn diese Summe, zusammen mit der Forderung für die vor dem Jahre 1889 geplanten und noch nicht verfertigten Schiffe, nicht über £ 2650000 hinausging. Auch sollte sich das Parlament durch die Bill verpflichten, die Jahresforderung für Ausrüstung dieser 38 Schiffe zu bewilligen, wenn sie nicht mehr als £ 600000 betrug. Natürlich war es vorausgesetzt, dass die gesamten Ausgaben für die Vollendung unter £ 11500000 blieben. Weiter bestimmte die Bill, dass, wenn in einem der fünf Jahre die für diesen Zweck bewilligten Summen nicht ganz verbraucht werden könnten, die unverbrauchten Beträge in einen besonderen Fonds — Naval Defence Fund — fliessen sollten und dass von diesem in den fünf Jahren jederzeit beliebig Gebrauch gemacht werden sollte. Bekanntlich ist durch das Gesetz von 1875 bestimmt, dass, wenn der Staat die bewilligten Summen für die Staatshaushaltung in einem Finanzjahr nicht ganz ausgeben könnte und ein Teil davon dem Fiskus verbleiben sollte, dass dann diese unverbrauchte Summe an den „Old Sinking Fund" übertragen und schliesslich zur Tilgung der alten Schulden verwendet werden soll. Man wollte also mit der Bill in Bezug auf die finanzielle Bestimmung des Tilgungsfondsgesetzes bezüglich der für die Schiffsbauten und Ausrüstung einmal bewilligten Summen eine Ausnahme schaffen. Ferner bestimmte die Bill: Wenn die Admiralität genügende Gründe dafür anführen könnte, dass es wünschenswert wäre, in einem Jahre besondere Aufwendungen ausser der genannten Summe von £ 2650000 und der früher ersparten und dem „Naval Defence Fund" übertragenen Summen für die Panzer und dergl. Materialien zu machen, welche für die in der Bill genannten 38 Schiffe bestimmt seien, so solle das Schatzamt dem „Naval Defence Fund" aus dem „consolidierten Fond" für diesen Zweck vorschiessen dürfen. Diese

event. Vorschüsse sollten jedoch im nächsten Jahre aus den dann zu bewilligenden £ 2650000 zurückerstattet werden. Der Zweck der Bill war daher, dass man den ununterbrochenen Bau der 38 Schiffe in 5 Jahren sichern wollte und zwar aus den ordentlichen, jährlich zu bewilligenden Mitteln, oder höchstens noch aus den für ein Jahr laufenden Vorschüsse. Weiter wollte die Bill der Regierung die Befugnis sichern, dass man die Rechnung für die Ausgaben etwas freier und gemeinsam für 5 Jahre machen kann, indem man einen neuen Fonds (Naval Defence Fund) ins Leben rief. Daher der Einwand, dass diese Bill die parlamentarische Kontrolle über die jährlichen Ausgaben gefährden würde.

Nun kommt der zweite Teil der Bill, nämlich der Teil, welcher die Ausgaben für die auf den Privat-Schiffswerften zu bauenden 32 Kriegsschiffe betrifft. Die Vergrösserung der Flotte durch diese 32 Schiffe betrachtete man als etwas Ausserordentliches. Infolgedessen glaubte man, die Ausgaben dafür auch in ausserordentlicher Weise decken zu dürfen. Die Bill bestimmte folgendes: Man soll für diese Schiffe und deren Ausrüstung eine Summe von £ 10 Mill. in den genannten 5 Jahren ausgeben. Um sich die Mittel dazu zu verschaffen, soll man während 7 Jahren, von 1889—1896, jährlich $^1/_7$ von £ 10 Mill., also £ 1 428 000, als eine feste ausseretatsmässige Ausgabe dem Consolidierten Fonds entnehmen. Diese Annuitäten von je £ 1428000 aus dem Consolidierten Fonds sollen einen Fonds — Naval Defence Fund — bilden, woraus die Admiralität die Privat-Schiffswerften nach dem Fortschritt der Schiffsbauten beliebig bezahlen soll. Nun aber waren alle Schiffe in 5 Jahren zu bauen, während man die ganzen Mittel dafür erst nach 7 Jahren zur Verfügung haben sollte. Daher trug die Bill auch dafür Vorsorge, indem sie weiter bestimmte: Wenn das Geld des „Naval Defence Fund"

in den 5 Jahren nicht ausreichen sollte, die privaten Unternehmer zu bezahlen, so soll das Schatzamt entweder aus dem Consolidierten Fonds Vorschüsse leisten oder eine Schuld aufnehmen. Diese Vorschüsse sollen in den genannten 7 Jahren dem Consolidierten Fonds zurückbezahlt werden. Um dieses tun zu können, soll dem Schatzamt gestattet werden, Schulden aufzunehmen. Alle diese Schulden sollen jedoch in den 7 Jahren getilgt werden und zwar das Stammkapital aus dem inzwischen mit den genannten Annuitäten wieder gefüllten „Naval Defence Fund", die Zinsen aus den ordentlichen Marineetats. Der zweite Teil der Bill lässt sich also in folgender Weise kurz zusammenfassen:

1. Die Ausdehnung der Lasten und die gleichmässige Verteilung der Ausgaben auf 7 Jahre anstatt auf 5 Jahre, in welchen das Programm zur Ausführung gelangen sollte.
2. Die jährliche Forderung einer festen Summe von £ 1428000 — an den Consolidierten Fonds und nicht in den Etats — ohne jährliche Parlamentsbewilligung.
3. Die Sicherung der Befugnis, Vorschüsse und kurzfristige, höchstens auf 7 Jahre laufende Schulden zu machen.

Ueber den Entwurf entspannen sich grosse Debatten im Parlament. Trotz der Einwände, dass dies eine feige Finanzpolitik sei, dass durch die Bill das Prinzip der parlamentarischen Kontrolle über die Staatsausgaben gefährdet werde, dass es unverantwortlich sei, bei einer Einkommensteuer von einem so niedrigen Satz wie 6 d pro £ zur Anleihe Zuflucht zu nehmen, gelang es der Regierung doch, am 31. Mai 1889 diesen Entwurf durchzusetzen.

Nunmehr ist es unsere Aufgabe, die Wirkung dieses Flottengesetzes in den folgenden Darstellungen zu un-

tersuchen 1. in Bezug auf die Marinefinanzen — vor allem ob die Ausgabe für die unter dem zweiten Teil des Gesetzes stehenden Schiffe wirklich eine ausserordentliche Ausgabe darstellt; 2. in Bezug auf die Staatsfinanzen überhaupt.

Die neue Forderung (£ 1428000) durch das Flottengesetz an den Consolidierten Fonds verursachte eine Erhöhung der „Consolidated Fund Services" beim Budget auf £ 29274000 (um £ 1413000). Auch der ordentliche Marineetat wies eine Zunahme von £ 602000 mit der Nettoforderung von £ 13685000 auf. Man rechnete daher in der Staatshaushaltung auf ein Defizit von £ 1916000. Wie sollte man das Defizit decken? Etwa mit der Erhöhung des Einkommensteuersatzes? Nein. Nach der Herabsetzung des Satzes in den vergangenen zwei Jahren von je 1 d pro £ wollte der Finanzminister den Satz nicht wieder erhöhen. Er erklärte vielmehr, dass man die Einkommensteuer als eine grosse Reserve betrachten müsse, die man nur im Notfalle benützen solle, und dass sie jetzt noch die Leute mit kleinen Einkommen von £ 300—700 schwer treffe. Was tat er? Vor allem griff er die gesetzlich für das Schuldenfordernis bestimmte Summe wiederum an, nachdem er vor zwei Jahren dasselbe getan hatte. Er schlug vor, die fixe Summe von £ 26 Mill. um 1 Mill. herabzusetzen. Damit wollte er der durch das Flottengesetz entstandenen neuen Belastung des Consolidierten Fonds entgegenwirken, indem er einerseits während der kommenden 7 Jahre diesen Fonds mit der fixen Summe von £ 1428000 belastete und anderseits die Ausgaben zur Tilgung der Schulden um £ 1 Mill. herabzusetzen vorschlug. Goschen begründete dieses Vorgehen damit, dass er durch seine Conversion von 3%igen Consols auf $2^3/_4$%ige vom Jahre 1888 die Zinserfordernisse um £ 1 Mill. im laufenden Jahre und um £ 1,5 Mill. in den folgenden Jahren ver-

minderte, und dass schliesslich die Herabsetzung von £ 26 Mill. auf £ 25 Mill. den Tilgungsfonds nicht kleiner als in früheren Jahren mache, dass im Gegenteil die Tilgungssumme künftighin um £ 500000 grösser werde. Während die Kapitalsumme der englischen Staatsschulden sehr gross sei, wäre der Zinsfuss niedriger als der anderer Länder; man müsse aber nicht nur die Kapitalsumme, sondern auch die Zinslasten in Betracht ziehen, um die Schuldenlast richtig zu beurteilen.

Mit den £ 25 Mill. für den Staatsschuldendienst wurden die Schulden um £ 5271000 vermindert. Insgesamt wurden sie im Betrage von £ 8515000 getilgt. Anderseits ging das Guthaben bei den Banken um £ 372000 zurück.

Im Zusammenhang mit der Mehrforderung der Marine durch das Flottengesetz wurde weiter eine neue Erbschaftssteuer — Estate Duty — für die nächsten 7 Jahre eingeführt. Sie wurde auf alle Erbschaften im Wert von £ 10000 und darüber erhoben und zwar £ 1 pro £ 100. Sie brachte in dem ersten Jahre £ 790000.[1]) Ferner wurde die Biersteuer erhöht. Die Erhöhung fand in der Weise statt, dass man 6 s 3 d auf 36 Gallons Würze mit der spezifischen Schwere von 1,055 anstatt wie bisher von 1,057 erhob. Die bisherige Steuer bedeutete 2 d pro Gallon Bier, während die neue erhöhte Steuer $2^1/_{14}$ d pro Gallon darstellte. Das Resultat der Erhöhung war eine Extraeinnahme von £ 330000. Die gesamte Einnahme von Biersteuern betrug £ 9422000.

1889/90 war ein sehr günstiges Jahr. Die Staatseinnahme betrug £ 89304000 gegen den Voranschlag von £ 86150000. Die meisten Einnahmequellen warfen Mehrerträge ab. Abgesehen von den Einnahmen aus den

[1]) In der Tat existierte diese Steuer bis zum Jahre 1893/94, in welchem sie £ 1 222 000 brachte.

Veränderungen der Besteuerung, betrug die Zunahme der Steuererträge gegen das Vorjahr £ 2988000. Die gesamten Ausgaben betrugen £ 86083000 (das Budget: £ 85967000). Es ergab sich also ein grosser Rechnungsüberschuss von £ 3221000.

Am Ende des Jahres wurde ein Marine-Nachtragsetat vorgelegt, welcher eine weitere Summe von £ 360000 für das Artilleriewesen verlangte. Von der durch diesen Nachtragsetat revidierten Forderung von £ 14035000 wurden £ 13643000 wirklich ausgegeben. Kapitel 8 verbrauchte £ 4446000. Der Etatansatz für direkte Ausgaben für Schiffsneubauten betrug £ 2633000. Von dieder Summe entfielen £ 1357000 auf die Schiffe des neuen Programms des Flottengesetzes, wovon aber nur £ 1182000 verbraucht wurden. Die übrigen £ 174000 wurden dem Gesetz gemäss an den „Naval Defence Fund" übertragen und für spätere Benutzung aufbewahrt. Insgesamt wurden für Neubauten überhaupt £ 2455000 ausgegeben. Wenn man die indirekten Ausgaben hinzurechnet, so erhöht sich diese Summe auf £ 2690000, wovon £ 2056000 Ausgaben für Ersatzbauten darstellen sollten. Demgemäss betrug die dem ordentlichen Etat entnommene, für die Flottenvergrösserung im eigentlichen Sinne verwendete Summe £ 633000. Das Schiffsbautenprogramm sorgte für den Bau von 33 Schiffen unter dem alten Programm, d. i. solcher Schiffe, deren Bau vor diesem Jahre in Angriff genommen war. Von den auf den Staatswerften zu bauenden 38 Schiffen des neuen Programms unter dem Flottengesetz wurden 21 angefangen.

Nun sind aber noch die ausseretatmässigen Schiffsbauten sowohl für die australischen Kolonien, als auch die unter dem Flottengesetz zu erwähnen. Nach diesem Gesetz hatte man 26 Schiffe bei privaten Unternehmern bestellt und £ 618000 für Schiffsbauten und £ 251000

für das Artilleriewesen, zusammen £ 870000, ausgegeben, während man die Annuität von £ 1428000 als Activum im „Naval Defence Fund“ zu buchen hatte. Für die australischen Kolonien hatte man £ 365000 für die Schiffe und £ 19000 für das Artilleriewesen, zusammen £ 384000 ausgegeben, wofür man einen weiteren Vorschuss von £ 337000 aus dem Consolidierten Fonds leistete.

Von der für das Artilleriewesen bestimmten und durch den Nachtragsetat erhöhten Summe von £ 1813000 wurden £ 760000 ausgegeben und £ 205000 an den Naval Defence Fund überwiesen.

§ 3.
1890/91—1893/94.

Dank der ausserordentlichen Fürsorge für Schiffsbauten durch das Flottengesetz, brauchte man die ordentlichen Marineetats von 1890/91—1893/94 nicht besonders zu erhöhen. Abgesehen vom Nachtragsetat, stellte sich 1890/91 Kapitel 8 auf £ 1630000, Kapitel 9 auf £ 1463000 und Kapitel 10 auf £ 445000, fast dieselben Summen wie im Vorjahr. Nur Kapitel 1 (£ 3312000) und Kapitel 2 (£ 1103000) nahmen netto um £ 89000 resp. 42000 zu, da man glaubte, die Schiffe für die australischen Kolonien in diesem Jahre fertigstellen zu können und infolgedessen für ihre Besatzungen Vorsorge treffen zu müssen. Auch wurden Massregeln für die zur Verteidigung von Indien nötigen Offiziere und Seeleute getroffen. Für die oben erwähnte Besatzung wurden 838 und für Indien 569 Mann bestimmt. Der Etat 1890/91 stellte sich auf £ 13786000 oder nur um £ 101000 höher als im Vorjahr.

Der Etat 1891/92 weist auch nur eine ganz kleine Zunahme von £ 428000 auf, wovon aber eine Ausgabe von

£ 78000 durch die Uebertragung der Aufgabe der Verwahrung von Vorräten des Marinewaffenwesens von der Heeresverwaltung an die Admiralität verursacht wurde. Der andere Grund der Mehrforderung war die Zunahme des Marinepersonals. Kapitel A stand auf 62600 im Jahre 1889 und auf 68800 im Jahre 1890. 1891/92 wurden 71000 Personen verlangt. Ferner waren die neuen Kosten für die Erhaltung des australischen Geschwaders zu decken. Anderseits aber hatten die indische Regierung und die australischen Kolonien grössere Beiträge zu zahlen.

1892/93 wurde eine ungefähr gleiche Summe (£ 14240200) im Etat verlangt. Der Etat 1893/94 (£ 14240100) zeigt sogar eine kleine Abnahme.

Diese ungefähr gleichbleibenden Marineetats und die nicht sehr schwankenden Forderungen für die anderen grossen Verwaltungszweige — Militär- und Zivilverwaltung — einerseits und die anfangs noch andauernde gute Wirtschaftskonjunktur anderseits, ermöglichten mehrere Steuererleichterungen.

1890/91 rechnete man auf einen grossen Ueberschuss von £ 3549000. Es wurde daher, abgesehen von der Bestreitung einiger ausserordentlicher Ausgaben, der Theezoll von 6 d pro lb. auf 4 d herabgesetzt. Er lieferte einen Betrag von £ 3412000, das ist £ 1078000 weniger als im Vorjahr. Auch wurde die Haussteuer für die Häuser von einem Mietswert unter £ 60 herabgesetzt.[1]) Man schätzte, dass 800000 Personen diese Ermässigung zu gute kommen würde. Der Ertrag der Haussteuer ging von £ 1965000 im Vorjahr auf £ 1570000 zurück. Ferner wurde die Extrabiersteuer (3 d pro barrel), die im

[1]) Häuser vom Mietswert unter £ 20 sind frei. Die Steuer für diejenigen von einem Mietswert von £ 20—£ 40 wurde von 6 d bezw. 9 d auf 2 d bezw. 3 d und für diejenigen von einem Mietswert von £ 40—£ 60 auf 4 d bezw. 6 d herabgesetzt.

Vorjahr für den Fiskus erhoben war, an die Gemeinden überwiesen. Auch wurde zu Gunsten der Gemeinden eine Extra-Spirituosensteuer von 6 d pro Gallon erhoben. Die überwiesenen Summen betrugen £ 391000 aus Bier und £ 908000 aus Spirituosen. Ausserdem wurden mehrere kleinere Steuern ermässigt.[1]) Am Schluss des Jahres erzielte man einen Rechnungsüberschuss von £ 1756000.

Trotz der Zunahme des Staatsbedarfs um £ 1075000 wurde 1891/92 ein Ueberschuss von £ 1986000 vorgesehen. Es wurde zugegeben, dass die Erbschaftssteuern nicht ganz gerecht eingerichtet und der Reform bedürftig wären. Da es aber, abgesehen von der Notwendigkeit für grössere Mittel, an Zeit mangele, wolle man die Reform der Zukunft überlassen. Vielmehr wurde ein Teil des Ueberschusses zu Gunsten der ärmeren Klassen in der Weise verwendet, dass man dadurch die Lasten des Unterrichtszwangs erleichterte. Diese Hilfeleistung kostete dem Staat £ 988000. Ausserdem wurden die ausserordentlichen Ausgaben für Barackenbauten (£ 325000) und für die Ausserkurssetzung der abgenutzten Goldmünzen (£ 400000) gedeckt. Die Isteinnahme betrug £ 90994000 und der Staatshaushalt schloss mit einem Rechnungsüberschuss von £ 1067000. Allerdings war dieser Ueberschuss durch eine Schuldaufnahme im Betrage von £ 1740000 unter den Marine- und Militärgesetzen erzielt. Daher die Klage der Opposition, das damalige Finanzsystem sei ein solches, dass es, wo in Wahrheit ein Defizit vorhanden sei, einen künstlichen Ueberschuss herauswirtschafte.

Der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre schien

[1]) Das Porto nach Indien und den Kolonien wurde auf eine einheitliche Gebühr von 2½ d festgesetzt (bisher kostete ein Brief nach Australien, Indien und China 5—6 d); die Stempelsteuer für Lehrlingsverträge, für Policen der Lebensversicherung wurde auch herabgesetzt; die Silber- und Goldgeschirrsteuer wurde abgeschafft; der Johannisbeerzoll wurde von 7 s auf 2 s pro Cwt. ermässigt.

nunmehr schon vorübergegangen zu sein. Die Clearing-House-Berichte zeigten eine Abnahme des Handels. Der Export und die Geschäftserträge gingen zurück. Daher konnte man 1892/93, obwohl der geschätzte Staatsbedarf keinen grossen Unterschied von dem des Vorjahres zeigte, keinen grossen Ueberschuss erwarten. Dennoch wurden einige kleinere Veränderungen in der Besteuerung vorgenommen. So z. B. die Einführung eines einheitlichen Zollsatzes von 2 s pro Gallon Schaumwein an Stelle von 2 s 6 d für Weine über 30 s im Wert und von 1 s für diejenigen unter diesem. Inzwischen wurde die unionistische Regierung durch die Radikale ersetzt. Die Staatseinnahme war auf £ 90453000 geschätzt. In der Tat stellte sie sich auf £ 90395000 mit einem Ausfall von £ 58000. Die meisten indirekten Steuern entsprachen der Erwartung nicht. Der realisierte Rechnungsüberschuss betrug nur £ 20000. Demgegenüber standen mehrere Schuldaufnahmen im Betrag von rund £ 2 Mill. unter den verschiedenen Gesetzen.

Wenn 1893/94 die Forderungen für die Landesverteidigung keine grosse Zunahme aufwiesen, so wurde für das Unterrichtswesen und das Postwesen etwas mehr verlangt (für das erstere £ 310000 und für das letztere £ 635000 mehr). Der Staatsbedarf wurde auf £ 91464000 (£ 1089000 mehr als im Vorjahr) veranschlagt. Wegen der schlechten Wirtschaftskonjunktur hatte man aber eine kleinere Einnahme zu erwarten. Man schätzte das Defizit auf £ 1574000. Für die Herstellung des Gleichgewichtes beim Fiskus erklärte der neue Finanzminister Sir William Harcourt feierlich: „Wir können weder die zunehmenden Ausgaben durch neue Anleihen zu bestreiten fortfahren, noch dem Komitee die Anwendung des Deckungsplans durch die weitere Angreifung des Tilgungsfonds empfehlen. Es gibt nur eine solide und aufrichtige Methode der Deckung des Defizits und das ist

die erhöhte Besteuerung.“ Nun fragt es sich, mit was für Steuern? Naturgemäss wollte der liberale Finanzminister keine Erhöhung der indirekten Steuern. So wurde die Einkommensteuer um 1 d pro £ erhöht. Der Ertrag stieg von £ 13470000 im Vorjahr auf £ 15200000. Weiter wurden kleinere Veränderungen bei den Stempelsteuern vorgenommen. Die gesamte Staatseinnahme belief sich auf £ 91133000, also £ 507000 weniger als der Voranschlag. Es ergab sich demnach ein Defizit von £ 169000.

Was nun die Marine anbelangt, so wurde spät im Jahre 1890/91 ein Nachtragsetat im Betrag von £ 350000 für Kapitel 8, für Baumaterialien und Kohlen, bewilligt. Man rechnete 1892/93 darauf, dass die Schiffe des alten Programms in demselben Jahre und diejenigen des Flottengesetzes im folgenden Jahre mit der Etatforderung von £ 1467000 fertiggestellt werden könnten. Es ist jedoch aus Gründen der Technik und der Arbeitsverhältnisse nicht ratsam, dass man alle früher angefangenen Schiffe ganz fertigstellt und erst dann neue Schiffe zu bauen anfängt. Vielmehr empfiehlt es sich, mehrere Schiffe in verschiedenen Stadien des Baues auf den Werften zu haben. Von dieser technisch-ökonomischen Begründung ausgehend, wollte man die Konstruktion der Schiffe unter dem Flottengesetz etwas verlangsamen und dafür einige neue Schiffe unter einem neuen Programm zu bauen anfangen und zwar im Jahre 1892/93 3 Linienschiffe und 10 Torpedoboote. Für diesen Zweck wurden 1892/93 £ 70000 verlangt. In der Tat wurden £ 78000 für das neue Programm ausgegeben und mit dem Bau von 1 Linienschiff, von 10 Torpedobooten und von 4 Torpedoboot-Zerstörern begonnen. Für 1893/94 waren weiter, entsprechend dem neuen Programm, 2 erstklassige Linienschiffe, 2 erstklassige Kreuzer, 3 zweitklassige

Kreuzer, 14 Torpedoboot-Zerstörer und 2 Sloops vorgesehen.

Durch dieses neue Programm, ferner durch die Fehllieferung der privaten Unternehmer wegen der Lebhaftigkeit im Schiffsbaugeschäft und infolge der vermehrten Arbeit wegen der Vergrösserung der schon angefangenen Schiffe entstand eine Schwierigkeit, die im Flottengesetz verlangten Schiffe bis zum 31. März 1894 zu vollenden. Weiter glaubte man, für die auf den Staats-Schiffswerften nach dem Flottengesetz zu bauenden 38 Schiffe, welche mit ordentlichen Mitteln bestritten werden sollten, eine weitere Summe von £ 1350000 ausser der im Gesetz bestimmten zu benötigen, und zwar wegen der Vergrösserung gewisser Schiffe £ 477000, für Lohnerhöhung £ 170000, für Versorgung mit kleinen Dampfbooten £ 150000 und für verschiedene andere Sachen £ 138000. Aus diesen Gründen hielt die Regierung, welche nunmehr die radikale Partei inne hatte, eine Revision des Flottengesetzes von 1889 für notwendig. Die „Naval Defence Amendment Bill" verlangte demgemäss eine weitere Summe von £ 1350000, ausser der früher bewilligten von £ 8650000 aus ordentlichen Mitteln für Fertigstellung der 38 Schiffe unter dem Teil I des Flottengesetzes und die Verlängerung des Termins vom 31. März 1894 bis zum 31. März 1895, sowie einige andere unbedeutende Veränderungen. Die Bill wurde fast ohne Debatte am 12. September 1893 angenommen. Indessen ist dieses neue Gesetz uns von keiner besonderen Bedeutung.

In den 4 Jahren von 1890/91—1893/94 wurden, ausser der Deckung der für die Ersatzbauten notwendigen Ausgaben £ 946000, 992000, 435000 und 406000 (brutto) aus den in den Etats verlangten ordentlichen Mitteln zur Flottenvergrösserung im eigentlichen Sinne verwen-

det. Ueber die anderen einzelnen Ausgaben verweisen wir auf die Tabellen.

Ausseretatmässig und zwar zunächst für das australische Geschwader wurden in den 4 Jahren £ 162000 für Schiffsbauten und £ 68000 für das Artilleriewesen ausgegeben. Zur Bestreitung der Ausgaben leistete man 1890/91 einen Vorschuss von £ 243000 aus dem Consolidierten Fonds. Damit stellten sich die gesamten Vorschüsse aus diesem Fonds für diesen Zweck auf £ 850000. Um diese Summe nun dem Fonds zurückzuzahlen, hatte man dieselbe Summe mittelst einer Zeitrente von der Schuldentilgungskommission geborgt. Die erste Zeitrente zur Amortisation dieser Schuld war schon im Etat 1890/91 unter Kapitel 16 verlangt worden. Sie betrug £ 64216, wovon £ 52220 das Stammkapital darstellten. Dank der Wirkung der Zeitrenten,[1]) betrug diese Schuld am Ende 1893/94 £ 594000.

Unter dem Flottengesetz wurden in den 4 Jahren £ 7683000 für Bauten und £ 1420000 für Armierung verwendet. Zur Deckung dieser Ausgaben wurden gesetzgemäss die Annuitäten von £ 1428000 jedes Jahr (also zusammen £ 5714000) aus dem Consolidierten Fonds dem „Naval Defence Fund" übertragen. Da der Fonds aber mit den Annuitäten allein die Ausgaben zu bestreiten nicht imstande war, so wurde 1890/91 ein Vorschuss von £ 696000 von der Schuldentilgungskommission geleistet, welcher 1892/93 in Exchequer Bonds verwandelt wurde. Weiter wurden 1891/92 Treasury Bills im Betrage von £ 1300000 und 1892/93 von £ 1150000 emittiert. Als Zinsen hierfür wurden 1892/93 £ 15566 und 1893/94 £ 57535 von den ordentlichen Jahresetats — Kapitel 8 — ausgezahlt.

[1]) 1891/92: £ 69822; seit 1892/93: £ 95300. Zu den Zeitrenten hatten natürlich die australischen Kolonien beigetragen.

§ 4.

1894/95.

Die Schiffsbauten, vorgesehen im Programm des Flottengesetzes, wurde nunmehr beinahe vollendet. Daher wurden 1894/95 für die Schiffsbauten unter diesem Gesetz nur noch £ 292000 im ordentlichen Etat und £ 9000 ausserordentlich verlangt. Dagegen wurde eine grosse Summe von £ 4219000 für Schiffsbauten unter dem neuen Programm und für kleinere Schiffe im ordentlichen Etat angesetzt. Die Brutto-Summe für die neuen Schiffsbauten, welche etatmässig gefordert wurde, stellte sich auf £ 4804000. Demgegenüber stand die für Ersatzbauten notwendige Summe von £ 2463000. Es blieb also eine grosse Brutto-Summe von £ 2341000 für die Flottenvergrösserung übrig. Dementsprechend stieg die Sollausgabe unter Kapitel 8. Sie stellte sich auf £ 7286000 (brutto). Diese Summe enthielt die Zinsen von £ 70636 für die Schulden unter dem Flottengesetz, welche aber infolge des später zu erwähnenden Finanzakts dieses Jahr nicht bezahlt zu werden brauchten.

Die Zunahme der Linienschiffe und grossen Kreuzer erforderte natürlich die Vermehrung der Mannschaften. Es wurden 6700 Personen mehr verlangt. Weiter wurde die Zahl der Reserven in diesem Jahre bedeutend erhöht: daher die erhöhten Forderungen unter Kapitel 1, 2, 3 und 7 etc. Auch die zunehmende Grösse der einzelnen Schiffe, die Vermehrung der Schiffszahl, die mit der Entwicklung des Torpedowesens zusammenhängende Notwendigkeit der besseren Einrichtung der Häfen, die Verbesserung in den Einrichtungen für die Kohleneinnahme und die Erweiterung der Baracken etc. verursachten eine Mehrforderung unter Kapitel 10. Es wurde eine Ausgabe von £ 662000 in Aussicht genommen. Die Netto-Sollausgabe (£ 650000) war um £ 270000 grösser als

im Vorjahr. Für neue Gebäude allein wurden £ 469000 bestimmt, doppelt so viel wie im Vorjahr. Alles dies verursachte einen grossen Anwachs des Marineetats. Der Brutto- bezw. Nettoetat belief sich auf £ 18371000 bezw. £ 17366000. Letzteres bedeutete eine Zunahme von £ 3126000 gegen das Vorjahr.

Angesichts dieses grossen Anwachsens der ordentlichen Ausgaben empfahl man von unionistischer Seite ein anderes Flottengesetz nach dem Muster des Gesetzes von 1889. Man sah die Hauptvorteile eines Flottengesetzes in der Schnelligkeit und der Kontinuität der Schiffsbauten und in der Vermeidung der Uebertragung des Ueberschusses an das Schatzamt am Ende des Finanzjahres. Man betonte, diese Praxis der Uebertragung führe die Admiralität dazu, das ganze bewilligte Geld vor dem Ende des Etatjahres zu verschwenden, obwohl es nicht absolut nötig sei. Demgegenüber äusserte Finanzminister Harcourt: Der Hauptnachteil eines Flottengesetzes liege darin, dass man dem Oberhaus dadurch ein Einmischungsrecht in das Finanzwesen zugestehe. Die Konsequenz davon sei, dass, wenn das House of Commons zur Anschauung kommen würde, die im Gesetz bestimmten Einrichtungen seien nicht der jeweiligen Sachlage entsprechend, so könnte doch das Oberhaus die Veränderung der Bestimmungen verhindern. Die Hauptgefahr liege eben in der Kontinuität der Schiffsbauten, während es wünschenswert wäre, das Programm je nach der Sachlage zu verändern.

Wenn die liberale Regierung das Vorhandensein des Sonderetats für Schiffsbauten für die englischen Finanzen als bedenklich bezeichnete, wenn sie auf ein neues Flottengesetz verzichtete und infolgedessen den ordentlichen Marineetat enorm zu nehmen liess, so musste der Finanzminister anderseits etwas Ausserordentliches

schaffen, um den erhöhten ordentlichen Staatsbedarf zu decken.

Der gesamte Staatsbedarf wurde auf £ 95458000 geschätzt, das ist eine Zunahme von £ 3994000 gegen das Sollbudget des Vorjahres. Dagegen wurde die gesamte Staatseinnahme auf £ 90956000 veranschlagt, das ist eine Abnahme von £ 177000. Damit stellte sich ein Defizit von £ 4502000 heraus. Wie wurde nun dieses Defizit gedeckt? Harcourt erklärte: „Ich antworte vor allem und nachdrücklich: Nicht durch Schuldaufnahmen; auch nicht durch die Verkürzung der Tilgungsfonds. Die Zunahme der Ausgaben ist nicht durch Gegenstände permanenten Charakters verursacht. Die Mode eines Kriegsschiffes ist so veränderlich wie die von „Lady's Bonnet"". Hat er nun nach dieser Erklärung das ganze Defizit etwa mit einem erhöhten Steuerertrag gedeckt? Nein. Er hat etwas anderes getan. Es waren damals neue unfundierte Schulden im Betrage von £ 2600000 unter dem „Imperial Defence Act" für Militärzwecke und im Betrage von £ 3146000 unter dem Flottengesetz aufgenommen worden. Zusammen also gab es damals Schulden im Betrage von £ 5746000 unter diesen beiden Gesetzen. Nach dem Flottengesetz sollte man bekanntlich die durch dieses Gesetz aufgenommenen Schulden mit der Annuität von £ 1428000 tilgen, welche dem Consolidierten Fonds entnommen werden sollte. Infolgedessen musste der Staatsbedarf um diese Annuität höher als sonst berechnet werden. Mit Bezug auf die Schulden unter dem „Imperial Defence Act", so sollte die Tilgung durch die zu erwartenden Dividenden der Suezkanal-Aktien stattfinden. Damit war diese Einnahme festgelegt, und insoweit wurde die Staatseinnahme, womit man die allgemeine Staatsausgabe bestreiten sollte, verkürzt. Nach der Meinung des Finanzministers waren die Pläne der beiden Ver-

teidigungsgesetze nur darauf begründet, dass die Gesetze die Marine und die Armee so reichlich ausrüsten sollten, dass man, nach der Ausführung der Programme, auf eine Verminderung in den Staatsausgaben hoffen könne. Da aber diese Hypothese der Tatsache widerspreche, sagte Harcourt, müsse man die Gründe, welche einerseits eine besondere Ausgabe und anderseits das Verkürzen der Einnahme verursachten, fortschaffen. Daraufhin machte er den Vorschlag, die Schulden infolge der beiden Gesetze mit dem „New Sinking Fund" anstatt mit den besonderen Annuitäten und den Dividenden der Suezkanal-Aktien zu tilgen. Der New Sinking Fund des Vorjahres, der noch in Händen der Schuldentilgungskommission war, betrug £ 1601000; in diesem Jahr wurde er auf £ 1850000 geschätzt. Mit dieser gesamten Summe von £ 3451000 sollte man einen Teil der Schulden tilgen und den Rest im Betrage von £ 2800000 mit dem New Sinking Fund im folgenden Jahre. Damit sollte der Fiskus von der Annuität von £ 1428000 befreit werden und über die Dividende der Suezkanal-Aktien, die im laufenden Jahre auf £ 260000 geschätzt wurde, frei verfügen. Weiter sollten infolge der Schuldentilgung Zinsen im Betrage von £ 145000 erspart werden. Ferner waren £ 289000 an den Naval Defence Fund mehr als es im Gesetz erlaubt war, übertragen worden, welche infolgedessen zur Tilgung der Schulden hätten verwendet werden müssen. Nun aber sollten nach dem neuen Vorschlag die Schulden mit dem New Sinking Fund bezahlt werden, und so konnte man diese Summe von £ 289000 als eine Extraeinnahme benutzen.

Damit ging das Defizit auf £ 2379000 zurück. Jetzt wandte sich der Finanzminister der Erbschaftssteuer zu. Sie hatte sich allmählich entwickelt und war nicht einheitlich und gerecht. Es gab 5 Unterarten — nämlich

die Probate, Account, Estate, Legacy und Succession Duty. Bei dieser Besteuerung war das bewegliche Vermögen viel schwerer als das unbewegliche getroffen. Beim letzteren war die Steuer nicht nach dem Kapitalwert des hinterlassenen Vermögens, sondern nur nach dem als Leibrente berechneten Nutzungswert für die Erben erhoben worden. Beim beweglichen Vermögen dagegen war der Kapitalwert die Basis der Besteuerung. Die Lasten auf der Realität bei Seitenverwandten waren fast nur halb so schwer als die auf der Personalität. Die nicht lebenslänglichen Nutzungen (Leasholds) zahlten dreimal so viel wie das Freilehen. Sir William Harcourt vereinigte die Probate, Account und Estate Duty in eine neue „Estate Duty". Diese neue Estate Duty sollte erhoben werden nach dem Kapitalwert des Nachlasses, einerlei ob es bewegliches oder unbewegliches Vermögen ist, und zwar sollte sie das hinterlassene Vermögen als Ganzes treffen. Er ging davon aus, dass der Stat bei der Vererbung eines Vermögens in erster Linie berechtigt sei, seinen Anteil zu nehmen. Natürlich soll die Erhebungsweise verschieden sein je nach dem Charakter des Vermögens. So z. B. die Zulassung der Ratenzahlung der Steuer bei Grundbesitzvermögen mit Verzinsung für den noch nicht bezahlten Teil. Die Estate Duty wurde von 1% bei Vermögen vom Wert zwischen £ 100 und £ 500, bis 8% bei Vermögen vom Wert über £ 1000000 abgestuft. Es blieben noch die Succession und Legacy Duty übrig. Harcourt hat die erstere so umgestaltet, dass sie ganz identisch mit der Legacy Duty wurde. Nur trifft jene den Grundbesitz und diese den beweglichen Besitz. Von den beiden Steuern sind die Vermögen unter £ 1000 frei. Der Steuersatz bewegt sich je nach dem Verwandtschaftsgrad zwischen 1% und 10%. Damit wurden die Erbschaftssteuern in England eine bedeutend ergiebigere Einnahmequelle. Der

Ertrag in diesem Jahre betrug £ 10854000, das ist £ 913000 mehr als im Vorjahr. Natürlich trat das neue Gesetz erst am 1. August 1894 in Kraft. Von dem gesamten Ertrag aber kamen nur £ 8714000 der Staatskasse zu gute. Der Rest wurde den Gemeinden überwiesen. Die Staatseinnahme aus dieser Steuer betrug 1893/94 £ 7578000.

Ferner wurde die Einkommensteuer wiederum um 1 d pro £ von 7 d auf 8 d erhöht. Da man aber durch die Reform der Erbschaftsbesteuerung die Begünstigung des unbeweglichen Vermögens abschaffte, so glaubte man anderseits, die ungünstige Behandlung[1]) desselben durch die Einkommensteuer beseitigen zu müssen. Daher wurde ein Abzug von $^1/_8$ vom Bruttoeinkommen gestattet und ein solcher von $^1/_6$ im Falle, dass die Hauseigentümer die Reparaturenkosten selbst trugen. Weiter wurde zur Ausgleichung der erhöhten Einkommensteuer das Existenzminimum von £ 150 auf £ 160 erhöht, die Ermässigung von £ 120 für Einkommen zwischen £ 150 bis £ 400 wurde auf £ 160 erweitert und für Einkommen zwischen £ 400 und £ 500 eine neue Ermässigung von £ 100 eingeführt. Die neuen Ermässigungen sollten ungefähr 500000 Steuerzahlern zu gute kommen. Infolge dieser Begünstigung der Wenigerbegüterten und der Veränderung unter Schedula A brachte die Einkommensteuer, trotz der Erhöhung des Steuersatzes um 1 d, £ 15600000, das ist nur £ 400000 mehr als im Vorjahr.

Nachdem die direkten Steuern erhöht waren, kam nunmehr die Reihe an die indirekten Steuern. Die Biersteuer wurde um 6 d pro barrel und die Spirituosensteuer um 6 d pro Gallon erhöht. Dieses wurde damit

---

[1]) Zum Zweck der Erhebung der Einkommensteuer war bis dahin das Bruttoeinkommen vom unbeweglichen Vermögen und nicht das Nettoeinkommen, wie es bei anderen Vermögen der Fall war, veranlagt.

begründet, dass die Preise der Rohstoffe billiger geworden seien, während der Verkaufspreis der Getränke derselbe geblieben sei. Die Staatseinnahme aus der Biersteuer betrug £ 10116000, das war um £ 565000 mehr als im Vorjahr. Diejenige aus der Spirituosensteuer belief sich auf £ 19466000, das war eine Zunahme von £ 146000 gegen das Vorjahr.

Die Finanzbill veranlasste grosse Debatten. Die konservative Partei verteidigte die Sonderbehandlung des unbeweglichen Vermögens und war gegen den Vorschlag, welcher die Erbschaftssteuer betraf, eingetreten. Man sagte, dass die Erhöhung der Biersteuer die Landwirte ruinieren würde, und fragte, warum die Weinsteuer, die die Reichen treffen würde, nicht anstatt der Biersteuer erhöht werde usw.

Die gesamte Staatseinnahme betrug £ 94684000 gegen den Voranschlag von £ 94175000. Die Ausgaben beliefen sich auf £ 93918000, das war 2615000 mehr als im Vorjahr.

Die Nationalschulden wurden insgesamt um £ 7809000 vermindert, natürlich mit Hilfe des New Sinking Fund vom Vorjahr im Betrage von £ 1576000. Dieser Fonds erreichte mit dem von 1894/95 zusammen die Höhe von £ 3294000. Mit dieser Summe wurden die ganzen Schulden, welche durch das Flottengesetz entstanden waren, im Betrage von £ 3146000 getilgt und ausserdem noch ein Teil der Schulden des Imperial Defence Act.

Ende dieses Jahres wurde ein Marine-Nachtragsetat von £ 200000 — £ 184000 für Schiffsbauten, £ 16000 für Gebäude etc. — vorgelegt. Damit erhöhte sich die bewilligte Summe auf £ 17566000. Dieser Nachtragsetat war eigentlich zur Bestreitung von Ausgaben im folgenden Jahre bestimmt, was aus der Budgetrede des Finanzministers für 1896/96 ganz klar hervorgeht.

Er sagte: „Der Marine-Nachtragsetat von £ 200000 im Jahre 1894/95 war in der Tat eine Anticipation der Ausgaben des Jahres 1895/96.“ Hätte man diesen Nachtragsetat nicht bewilligt, so wäre der diesjährige Finanzüberschuss und damit der Old Sinking Fund um diesen Betrag höher. Der Nachtragsetat bedeutete also die Benutzung eines Teils des Tilgungsfonds für ordentliche Ausgaben. Indessen ist er tatsächlich, wegen des geringen Betrags, nicht von grosser Bedeutung.

Die Bruttoausgaben der Marine beliefen sich auf £ 18571000 und die Nettoausgaben auf £ 17642000. Das war eine grosse Zunahme von mehr als £ 3 Mill. Daher ein Nettodefizit von £ 76000, trotz des Nachtragsetats. Was Schiffsbauten anbetrifft, so stellte sich die etatmässige direkte Ausgabe dafür auf £ 4445000. Die Bruttoausgabe für die Flottenvergrösserung betrug £ 2274000 gegen £ 406000 im Vorjahr. Dagegen waren die ausserordentlichen Ausgaben recht klein; nämlich £ 31000 für das Flottengesetz und £ 180 für das australische Geschwader. Für das Artilleriewesen wurden £ 1739000 (brutto) ausgegeben gegen £ 1316000 im Vorjahr. Unter Kapitel 10 stellte sich die Ausgabe für Gebäude etc. auf £ 654000 (brutto). Auch eine ziemlich grosse Zunahme!

Die Rechnung für das australische Geschwader wurde zum Abschluss gebracht. Es wurden zusammen für Schiffsbauten und Ausrüstung des Geschwaders £ 853000 ausgegeben. Da das Gesetz (der Imperial Defence Act) aber die Ausgaben für diesen Zweck auf £ 850000 beschränkt hatte, so wurden einige Sachen, wie Munition, im Wert von £ 3000 vom Geschwader zurückgegeben. Die zur Bestreitung dieser Ausgaben gemachten Schulden betrugen nunmehr £ 516000.

Die Schiffe des Flottengesetzes von 1889 wurden auch alle am Ende des Jahres 1894/95 fertiggestellt. Es

erscheint daher zweckmässig, hier die finanziellen Ergebnisse davon wieder zu resumieren.

Für den Bau der 38 Schiffe auf den Staatsdocks waren anfangs £ 8650000 und später £ 10000000 bestimmt, und ausserdem £ 2850000 zur Ausrüstung. Diese Summen wurden vollständig in den Jahresetats verlangt. In der Tat wurden £ 9823000 für Bauten und £ 2387000 für Ausrüstung ausgegeben. Demnach blieben £ 23000 als Ueberschuss.

Was nun die 32 Schiffe auf den Privatschiffswerften anbelangt, so war beabsichtigt, für Bauten und Ausrüstung zusammen £ 10 Mill. auszugeben. Zur Bestreitung dieser Ausgaben wurde ein besonderer Fonds — Naval Defence Fund — ins Leben gerufen. Ursprünglich sollte dieser Fonds durch die 7 Annuitäten von je £ 1428000 beschafft werden, welche jährlich von 1889/90 bis 1895/96 dem Consolidierten Fonds entnommen werden sollten. In der Tat aber waren, wie wir gesehen haben, nur 5 Annuitäten von 1889/90 bis 1893/94 — insgesamt £ 7142000 — aus dem Consolidierten Fonds in den Flottenfonds eingezahlt. £ 696000 wurden im Jahre 1890/91, £ 1300000 1891/92 und £ 1150000 1892/93 durch schwebende Schulden aufgenommen, und die ganze Summe von £ 3146000 wurde dann dem Flottenfonds überwiesen. Auf diese Weise waren £ 10288000 in den Fonds eingeflossen, wovon aber £ 288000 nach dem Finanzgesetz dieses Jahres wiederum an das Schatzamt zurückgegeben wurden. Nun betrug die wirkliche Ausgabe für diese Schiffe £ 10005000, wovon £ 8334000 auf die Bauten entfielen und der Rest auf die Ausrüstung verwendet war. Der Fonds, der für die Deckung bestimmt war, betrug £ 10 Mill. Der Rest von £ 5000 wurde vorübergehend mit den „Naval Balances“ bestritten, um schliesslich im Jahre 1896/97 mit Nachtragsetat gedeckt zu werden.

Somit war die gesamte Ausgabe von £ 10005000 für die 32 Schiffe in folgender Weise gedeckt:

1. £ 7147000 aus den ordentlichen Einnahmen, welche hauptsächlich aus den Annuitäten von je £ 1428000 bestanden, und
2. £ 3146000 aus den New Sinking Funds.

Natürlich wurden ausserordentliche Hilfsmittel — Kreditaufnahmen — vorübergehend in Anspruch genommen. Die längsten Schulden liefen 4 Jahre.

Nun haben wir gesehen, dass im Jahre 1889 im Zusammenhang mit der Belastung des Consolidierten Fonds mit der schon öfter erwähnten Annuität von je £ 1428000 die Schuldentilgungsfonds durch Goschen um £ 1 Mill. verkürzt wurden. Man kann daher der damals zu Tage getretenen Klage in gewissem Masse recht geben, dass man einen Teil der Ausgaben des Flottengesetzes tatsächlich mit Consols decke. Anderseits aber verdient, wie Goschen seinerzeit hervorhob, die Tatsache unsere Beachtung, dass das Zinserfordernis durch die Conversion von 1888 sich um £ 1500000 verminderte und dass infolgedessen der Tilgungsfonds sprungweise um denselben Betrag zugenommen hätte.

Was die Tilgung der Marineschulden aus dem New Sinking Fund in diesem Jahre betrifft, so kann man vielleicht hier auch sagen, dass sie einfach die Fundierung der schwebenden Schulden bedeute. Denn einerseits waren die getilgten Marineschulden schwebende Schulden, welche spätestens bis 1895/96 mit den Annuitäten aus den ordentlichen Einnahmen ganz getilgt werden sollten, anderseits war der New Sinking Fund zur Tilgung aller Schulden, meistens Consols bestimmt. Vom rein rechnerischen Standpunkt aus waren aber die diesmaligen Massregeln im gewissen Grade gerechtfertigt. Denn der Preis der $2^3/_4$%igen Consols war schon 1893/94

fast auf pari gestiegen,[1]) und 1894/95 hatte der Kurs über pari gestanden.[2]) Man hätte also mehr Consols zu einem Kurs über pari kaufen müssen, wenn man nicht den New Sinking Fund in der obengenannten Weise verwendet hätte. Allerdings war der Zinsfuss der Treasury Bills durchschnittlich niedriger als $2^3/_4$%, dank dem damals herrschenden niedrigen Zinsfusse. Aber man darf dabei nicht die Kosten und die Mühe der weiteren Erneuerung der Treasury Bills ausser Acht lassen.

Im übrigen darf man nicht vergessen, dass die 32 auf den Privatwerften erbauten Schiffe ganz und gar eine Flottenvergrösserung bedeuteten. Für die Ersatzbauten war, wie wir gesehen haben, in den ordentlichen Etats reichlich gesorgt.

---

[1]) Der durchschnittliche Preis, zu dem die Schuldentilgungskommission Consols kaufte, war £ 99$^3/_{16}$.

[2]) Derselbe: £ 101-6-10.

II. Teil.

§ 5.

1895/96. Der erste Naval Works Act.

Alle Schiffe des Flottengesetzes von 1889 wurden fertiggestellt. Der besondere Fonds dafür — Naval Defence Fund — existierte nicht mehr, und die durch dieses Gesetz entstandenen Schulden waren schon getilgt. Man glaubte jetzt ein neues Gesetz ins Leben rufen zu können, durch welches man die Befugnis haben sollte, Schuldaufnahmen zu machen und damit den ordentlichen Etat zu erleichtern. Dieses Mal aber nicht für Schiffe, sondern für Verteidigungswerke am Land, für Docks, Hafenwerke, Marinebaracken, Depots und Schulen etc., kurz für diejenigen Werke, die eigentlich unter Kapitel 10 ihren Platz finden sollten. Gerade darauf begründete die liberale Regierung die ausserordentliche Deckung, indem sie sagte, dass die Objekte dieser Ausgaben nicht von so kurzer Dauer wie Schiffe, sondern grosse permanente Werke seien. Man wollte nämlich insgesamt £ 8581000 für die obengenannten Werke (s. Tabelle) in den folgenden Jahren ausseretatmässig ausgeben, wovon £ 1000000 auf 1895/96 entfallen sollten. Somit legte man eine Bill vor, welche folgende Bestimmungen enthielt:

1. Das Schatzamt soll 1895/96 £ 1000000 an die Admiralität aus dem Consolidierten Fonds zum Zweck der Ausführung der in der Bill angeführten Werke übertragen.
2. Um diese Summe aus dem Consolidierten Fonds auszugeben, eventuell dem Fonds die gemachten Vorschüsse zurückzuzahlen, darf das Schatzamt

Navy.

Statement of Proposed Naval Works.

New Works.	Total Estimated Expenditure	
	Already sanctioned by Parliament.*	New Proposals.
(A.) Enclosure and Defence of Harbours against Torpedo Attack:—		
Gibraltar—	£	£
Completion of present Mole	63 000	—
Extension of do.	310 000	—
Detached Mole	—	585 000
Deepening Harbour	—	48 000
Dolphins	—	48 000
Portland—		
Breakwater	—	650 000
Dover—		
Breakwater, etc	—	1 920 000
	373 000	3 251 000
(B.) Adapting Naval Ports to present Needs of Fleet:—		
Deepening Harbours and approaches	855 000	—
Keyham Dockyard Extension	1 920 000	—
Portsmouth Docks	239 000	—
Gibraltar Dock	361 000	—
Hong Kong Dockyard Extension . . .	—	290 000
	3 375 000	290 000
(C.) Naval Barracks, etc. —		
Chatham Naval Barracks	347 000	—
Portsmouth do.	—	595 000
Walmer Marine Depôt (Extension) . .	20 000	—
Keyham Engineers' College (Extension)	30 000	—
	397 000	595 000
(D.) Superintendence and Miscellaneous Charges	121 000	179 000
	4 266 000	4 315 000
	8 581 000	

* The figures given in this column are the estimates for these works, after deducting the estimated expenditure up to the end of 1894–95, as shown in Parliamentary Return No. 216 of 1894.

eine Schuldaufnahme mittelst innerhalb 30 Jahre zu amortisierender Zeitrenten bis zur Höhe von £ 1 Mill. machen.

3. Diese Zeitrenten sollen den ordentlichen Jahresetats entnommen werden.

Die Begründung dieser Massregeln, dass es sich um permanente Werke handle, ist nicht für alle im Programm enthaltenen Arbeiten ganz zutreffend, z. B. nicht für Vertiefung der Häfen, Hafendämme usw. Der Zweck der Bill war natürlich, die Lasten von Ausgaben, die in den kommenden Jahren gemacht werden sollten, auf 30 Jahre zu verteilen. Die Bill wurde am 6. Juli 1895 angenommen.

Ausserdem wurde eine Summe von £ 547000 für Gebäude etc. unter Kapitel 10 im ordentlichen Etat verlangt, das war £ 103000 weniger als im Vorjahr, aber £ 167000 mehr als 1893/94. Kapitel 10 war in den früheren Jahren immer klein gewesen (zwischen £ 400000 bis £ 500000), infolgedessen waren nach der Meinung der damaligen Regierung die Werke am Land vernachlässigt. Dieses, meinte man, verursachte die plötzliche Erhöhung der Ausgaben in diesem Jahre und machte eine ausserordentliche Massregel notwendig.

Trotz des Gesetzes erhöhte sich der Marineetat 1895/96 um £ 1334000, da Kapitel 1, 9, vor allem 8, alle eine Zunahme aufwiesen.

Die Zunahme des gesamten Staatsbedarfs wurde auf £ 2097000 geschätzt. Mit dem Staatsbedarf verglichen, wurde die Solleinnahme, ohne die im Vorjahr nur für ein Jahr eingeführte Extra-Bier- und Spirituosensteuer, £ 319000 weniger geschätzt. Daher musste man die Extra-Biersteuer für 1895/96 erneuern. Die Extra-Spirituosensteuer wurde abgeschafft. Die Wahl der Biersteuer wurde damit begründet, dass 1. der Zuschlag der Biersteuer im Vorjahr fast die daraus erwartete

Einnahme realisierte, während das Resultat der Extraspirituosensteuer kein befriedigendes war; 2. dass die Biersteuer 34—40% der Produktionskosten betrug, während die Spirituosensteuer sich auf ungefähr 700% belief. Ferner wurde die Herabsetzung der Preise der Rohstoffe von Bier berücksichtigt.

Im Juli 1895 ging die Regierung von der liberalen Partei an die unionistische über. Das Jahr war der Anfang eines Wirtschaftsaufschwungs, welcher bis 1899/1900, ja sogar weiter bis zum ersten Stadium des Burenkriegs andauerte. Der Kredit des Staates stand hoch.[1]) Die Depositen in den Sparkassen und Banken gingen in die Höhe. Die Stempelsteuern lieferten eine gute Summe (£ 7350000, das ist eine Zunahme von £ 1629000). Die Waren-Aus- und Einfuhr hatte enorm zugenommen. Die Spirituosensteuer lieferte, trotz der Abschaffung der im Vorjahr zugeschlagenen Extrasteuer, £ 19820000, das ist £ 354000 mehr als im Vorjahr. Natürlich wurde am Ende des Vorjahres die Versteuerung der Spirituosen in der Erwartung der Steuerherabsetzung in diesem Jahr zurückgehalten, und deshalb kamen die Rückstände diesem Jahr zu gute. Auch zeigte der Ertrag aus den Erbschaftssteuern (für den Staat: £ 11639000), welche im Vorjahr reformiert waren, die grosse Zunahme von £ 2845000. Die anderen Steuerquellen brachten alle Mehrerträge, und die gesamte Einnahme betrug £ 101974000. Das bedeutete eine Zunahme von £ 7290000 gegen die Einnahme im Vorjahr und einen Mehrertrag von £ 5812000 gegen den Voranschlag. Es wurde ein grosser Rechnungsüberschuss von £ 4210000 erzielt.

Ende dieses Jahres wurde ein Marine-Nachtragsetat durch die neue unionistische Regierung vorgelegt

[1]) Freasury Bills für 12 Monate wurden emittiert mit dem niedrigen Zinsfuss von 13 s 9 d pro Cent.

und zwar £ 897000 für Kapitel 8 und £ 202000 für Kapitel 9. Die gesamte Istausgabe für die Marine stellte sich auf £ 20543000 und die Nettoausgabe auf £ 19638000, das war fast £ 2 Mill. mehr als im Vorjahr. Die Zunahme der gesamten Staatsausgaben stellte sich auf £ 3846000. Die Bruttoausgaben für Schiffsneubauten war so gross geworden, dass man zwischen ihnen und der für die Ersatzbauten notwendigen Summe keinen Vergleich mehr zu machen braucht.[1]) Unter den anderen Einzelausgaben braucht nur derjenige für Gebäude etc. hier näher erwähnt zu werden. Etatmässig wurden £ 455000 (brutto) unter Kapitel 10 ausgegeben, worunter £ 377000 auf neue Gebäude entfielen. Ausseretatmässig wurden £ 721000 für die Bauwerke im Gesetz (Naval Works Act) verwendet, wofür das Schatzamt £ 860000 an die Admiralität überwies. Das Schatzamt seinerseits hatte diese Summe in der Weise erhoben, dass es £ 375000 mittelst einer bis zum 1. April 1925 laufenden Zeitrente im Betrag von £ 18313 von der Schuldentilgungskommission borgte und den Rest im Betrage von £ 485000 aus den „Exchequer Balances" — dem Ueberschuss der Staatseinnahme über die -ausgabe — entnahm. Die „Exchequer Balances" stiegen von £ 6300000 am Anfang dieses Jahres auf £ 8975000 am Ende desselben.

§ 6.
1896/97—1898/99.

Wie man ursprünglich jedes Jahr eine neue Bill für ausserordentliche Ausgaben für Bauwerke zumZweck der Hafenverteidigung, der Vervollkommnung der Hafeneinrichtung für Kriegsschiffe und für die Errichtung von Baracken, Hospitälern, Depots und Schulen, vorzu-

[1]) 2 erstklassige Linienschiffe, 3 Sloops und 24 Torpedobootzerstörer wurden erbaut.

legen beabsichtigte, wurde 1896/97 ein zweites Gesetz ins Leben gerufen. Dieses Gesetz ist finanziell insoweit vom ersten Gesetz im Jahre 1895 verschieden, dass es kein Schuldengesetz, sondern vielmehr ein Tilgungsgesetz ist. Es bestimmte nämlich nicht nur, 1. dass eine weitere Summe von £ 2750000 zur weiteren Ausführung der schon angefangenen Werke ausgegeben werden soll, sondern auch 2. dass der Rechnungsüberschuss der Staatshaushaltung von 1895/96, ungeachtet des Tilgungsfondsgesetzes von 1875, in folgender Weise benutzt werden soll:

a) für die Tilgung der Schuld, die im Vorjahr durch das erste Gesetz gemacht wurde;
b) für die Rückzahlung des Vorschusses aus den Exchequer Balances unter demselben Gesetz;
c) für die Deckung der Ausgaben solcher Bauwerke, welche im Gesetz von 1896 genannt worden sind.

Es ist ganz begreiflich, dass man, nachdem der letzte liberale Finanzminister 1894 mit den Tilgungsfonds die Marine- und Militärschulden getilgt hatte, nunmehr zur Tilgung der neuen Marineschulden und zur Deckung der noch zu machenden ausseretatmässigen Marineausgaben den Old Sinking Fund zu benutzen begann, um damit die Marinejahresetats um die Zinsen und die Amortisationsquoten für die neuen Schulden zu vermindern. Und dieses Vorgehen ist in diesem Fall umso naheliegender, als der Rechnungsüberschuss nicht weniger als £ 4210000 betrug. Mit dieser Summe hatte man die Schuld im Betrage von £ 375000 mit Zinsen von £ 7090 und den Vorschuss aus den Exchequer Balances im Betrage von £ 485000 zurückzuzahlen. Es blieb also die Summe von £ 3342000 für die Deckung der Ausgaben für Gebäude etc. unter dem Gesetz 1896 übrig.

Die gesamte Ausgabe für die in der Tabelle des Gesetzes genannten Bauwerke wurde auf £ 14040000

geschätzt. Man wollte im Vorjahr insgesamt nur £ 8581000 ausserordentlich ausgeben. Die Revision der Schätzung und die Hinzufügung weiterer neuer Werke im Programm verursachten aber eine Zunahme der gesamten Sollausgabe. Unter den in diesem Jahr neu eingeführten Bauwerken sind diejenigen, für deren Kosten man im ordentlichen Etat im Vorjahr Vorsorge zu treffen begonnen hatte. Dies ist ein Beweis dafür, dass man kein strenges Prinzip vor Augen hatte, nach welchem man die ordentliche oder ausserordentliche Ausgabe unterscheiden und damit die ordentlichen oder ausserordentlichen Deckungsmittel wählen wollte, sondern dass man lediglich nach der Grösse der Ausgaben über die Deckungsweise sich entschied. Allerdings war die erste Bill von der liberalen Regierung und die zweite von der unionistischen vorgelegt.

Durch das neue Gesetz wurde nun die Wirkung des ersten Gesetzes von 1895 natürlich verändert. Die 30 Jahre andauernde Zeitrente wurde nach dem Gesetz dieses Jahres abgeschafft. Anstatt durch die Zeitrente wurde die Schuld mit dem Old Sinking Fund getilgt. Der Old Sinking Fund ist bekanntlich zur Tilgung der alten Schulden, aber nicht etwa der Schulden von einem Sondergesetz bestimmt. Daher bedeutete die Tilgung der neuen Schulden mit dem Old Sinking Fund die Hinausschiebung der Tilgung der alten Schulden. Mit anderen Worten kann man vielleicht sagen, dass die Tilgungsschuld auf Kosten der Rentenschuld getilgt wurde. Anderseits aber bedeutete das Gesetz die Beseitigung der Praxis, dass man mit einer Hand alte Schulden zurückzahlte, während man mit der anderen Hand neue Schulden machte. Diese Art der Benutzung des Ueberschusses ist umso begreiflicher, als Consols damals beträchtlich über pari standen. Zum Beispiel im Januar 1897 betrug der Kaufpreis von Consols für die Schulden-

tilgungskommission £ $112^3/_4$. Man argumentierte jedoch, dass man einerseits fundierte Schulden tilge und anderseits unfundierte Schulden mache. Es sei viel wichtiger, den Staatskredit mittelst der Tilgung alter fundierter Schulden mit den Tilgungsfonds auf seiner Höhe zu halten, als eine kleine Ersparnis an Zinsen und an Verwaltungskosten zu machen. In der Tat aber war der Kurs von Consols, trotz der anderweitigen Benutzung der Tilgungsfonds, immer hoch geblieben.

Unter dem Gesetz konnte man nur £ 695000 verwenden, während man £ $2^3/_4$ Mill. auszugeben beabsichtigte.

Das dritte Gesetz von 1897 für Bauwerke verlangte eine weitere Summe von £ 654000 aus dem Consolidierten Fonds. Auch diesmal wurden einige Bauwerke,[1]) für deren Deckung Forderungen im ordentlichen Etat des Vorjahres eingestellt worden waren, im Programm dieses Gesetzes aufgenommen. Weiter sind hier der Handelshafendamm in Gibraltar und ds Colombo-Dock zu erwähnen, weil für die Deckung der Ausgaben besondere Abmachungen zwischen der Admiralität und den betreffenden Kolonien getroffen wurden. Die Ausführung des erstgenannten Bauwerks sollte insgesamt £ 700000 kosten. $^4/_7$ davon sollten schliesslich von Gibraltar getragen werden, indem es 57 Jahre lang von der Fertigstellung des Hafendammes an eine Annuität von £ 14000 an die Admiralität direkt bezahlen sollte. Weiter sollte die Kolonie während der Ausführung der Bauten $2^3/_4$% von $^4/_7$ der wirklich für diesen Zweck gemachten Ausgabe als Zinsen zahlen. Auch die in der Tabelle des Gesetzes geschätzte Ausgabe für das Colombo-Dock von £ 159000, welche sich bis 1902/03 er-

[1]) Pembroke Hafendam . . . . . £ 30000,
Portsmouth Caissonerweiterung . . . . £ 30000,
Haulbowline Verbesserung . . . . . £ 15000.

strecken sollte, sollte nur die Hälfte der ganzen Kosten ausmachen. Die andere Hälfte sollte von der Kolonie Colombo getragen werden. Die gesamten Kosten zur Vollendung der gesamten Bauwerke wurden auf £ 17304000 geschätzt. Die Bill wurde sofort angenommen.

Weit zurück blieb die wirkliche Ausgabe 1897/98 unter diesem Gesetze hinter der Sollausgabe. Während man £ 2742000 auszugeben plante, konnte man nur £ 710000 wirklich verbrauchen. Dieses aber war nicht nur im Jahre 1897/98, sondern auch in den früheren Jahren der Fall gewesen. In den letzten drei Jahren, von 1895/96 waren nur £ 2126000 ausseretatmässig ausgegeben worden, während man £ 4264000 zu verwenden in Aussicht genommen hatte. Diese Minderausgabe machte eine neue Bill im nächsten Jahr unnötig, obwohl man ursprünglich jährlich eine neue vorzulegen beabsichtigte.

Die Istausgabe 1898/99 stellte sich auf £ 1210000.

Alle diese ausserordentlichen Ausgaben in den drei Jahren wurden mit dem Rest des Rechnungsüberschusses von 1895/96 bestritten. Daher brauchte man keine neuen Marineschulden aufzunehmen.

Was die ordentlichen Marineausgaben anbetrifft, so wurden in diesen 3 Jahren netto £ 21823000, £ 21838000 und £ 23778000 verlangt. Weiter wurde jedes Jahr ein Nachtragsetat von £ 507000 (für Kapitel 8, 9 und 10), £ 500000 (für Kapitel 8 und 9) und £ 350000 (für Kapitel 2, 8 und 9) vorgelegt. Wirklich wurden netto £ 22271000, £ 20848000 und 23880000 verbraucht. Der Rückgang im Jahre 1897/98 war durch die Strikes der Maschinenarbeiter verursacht. Insbesondere machten sich diese beim Schiffsbau fühlbar. Während sich die direkte Ausgabe für diesen Zweck im Jahre 1896/97 auf £ 7327000 und der Voranschlag 1897/98 auf £ 7191000

(Nachtragsetat mitgerechnet) stellte, konnte man nur £ 5051000 ausgeben. Dem Plane[1]) entgegen, konnte man nur 4 erstklassige Linienschiffe, 2 erstklassige Kreuzer, 7 zweitklassige Kreuzer und 13 Torpedobootzerstörer fertigstellen. Die grosse Zunahme der Ausgabe 1898/99 gegen die im Jahre 1897/98 war natürlich durch diese Rückstände von 1897/98 verursacht. An sich aber wurden die Sollausgaben 1898/99 auch nicht ganz verwirklicht, so z. B. war die Ausgabe für Schiffsneubauten um £ 955000 kleiner als der Voranschlag. Mehrere Schiffe, die in diesem Jahre vollendet werden sollten, wurden nicht fertig. Die Minderausgabe war der Nachwirkung der Arbeiterstrikes im Vorjahr zuzuschreiben.

Interessant ist die Vergleichung der Marineausgaben von England einerseits und 3 anderen Ländern anderseits durch den Finanzminister in der Budgetrede von 1898/99. Er sagte, die Marineausgaben, ordentliche und ausserordentliche zusammen, kosteten England £ 25528000, während sich die gesamten Ausgaben der französischen, deutschen und russischen Marine zusammen auf £ 25558000 stellten. Danach wären die Ausgaben für die Marine in England denjenigen der drei anderen Länder gleich. Dafür hätte aber England der Tonnage nach eine dreimal so grosse Handelsflotte wie diejenige der drei anderen Länder zusammen, und der überseeische Handel Englands sei dem Wert nach 50 Prozent grösser als der Frankreichs, Deutschlands und Russlands zusammen. Daraus schloss der Finanzminister, dass die Marineforderungen, wenn auch an sich schwer, doch nicht unverhältnismässig gross wären.

Zum Schluss ist die ordentliche Istausgabe unter Kapitel 10 zur Vergleichung mit den obengenannten ausseretatmässigen Ausgaben zu erwähnen. Sie betrug £ 482000, £ 627000 bezw. £ 748000 in den 3 Jahren.

[1]) Siehe Tabelle V.

Die Mehrforderungen der Marine und der anderen Verwaltungszweige brachten eine ziemlich grosse Erhöhung des Staatsbedarfs von 1896/97—1898/99 mit sich. Angesichts dessen fragte Finanzminister Hicks-Beach in einer Budgetrede, ob die Staatsausgaben nicht zu schnell für die Leistungsfähigkeit anwuchsen. Dennoch war der Wirtschaftsaufschwung, der in dieser Periode von 1896/97—1898/99 herrschte, so gross, dass man nicht nur mehrere Steuererleichterungen vornehmen, sondern sich auch ansehnlicher Finanzüberschüsse erfreuen konnte, welche man mehrfach zur Deckung ausserordentlicher Ausgaben benutzte.

So erwartete Hicks Beach 1896/97, nach der weiteren Erneuerung der Extra-Biersteuer, einen Ueberschuss von £ 1708000. Es wurden daher kleine Erleichterungen in der Erbschaftssteuer in einigen Sonderfällen vorgenommen. Die Erbschaftssteuer lieferte £ 10701000, das ist £ 899000 weniger als im Vorjahr. Weiter wurde das Maximum[1]) und der Ablöspreis[2]) der Landtaxe herabgesetzt. Der Ertrag dieser Steuer betrug £ 916000, das ist ein Rückgang von £ 104000. Die Opposition klagte, dass die Agrarier zu gut behandelt würden. Der auswärtige Handel stieg von £ 702,5 Mill. im Jahr 1895 auf £ 738 Mill. Der inländische Handel war auch nicht weniger günstig. Die Berichte der Eisenbahngesellschaften und der Clearing Houses, die Arbeitsstatistik, die steigenden Preise der Agrarprodukte, all dies deutete darauf hin. Die Staatseinnahme betrug £ 103950000 mit einem Mehrertrag von £ 3470000. Dagegen stellte sich die gesamte Ausgabe auf £ 101477000, das ist £ 4713000 mehr als im Vorjahr (Zunahme der Marineausgabe — Exchequer Issues —: £ 2446000). Daher schloss der Staatshaus-

[1]) von 4 s pro £ Zins auf 1 s.

[2]) auf die 30fache Summe an Stelle von der 36fachen der letzten Grundsteuer.

halt mit einem Finanzüberschuss von £ 2473000 ab, der durch das Militärgesetz — Military Works Act — anstatt zur Tilgung der alten Schulden zur Vermeidung einer neuen Schuldaufnahme zum Zweck der Ausführung von Militärbauten verwendet wurde.

1897/98 rechnete man auf einen Ueberschuss von £ 869000. Mit diesem wurden verschiedene Erleichterungen in den Postgebühren und andere Reformen in der Postverwaltung vorgenommen. Das Post- und Telegraphenwesen warf £ 15180000 brutto gegen £ 14770000 im Vorjahr ab. Anderseits aber erhöhten sich die Verwaltungskosten von £ 10834000 im Vorjahr auf £ 11565000. Die Nettogewinne gingen daher von £ 3936000 auf £ 3615000 zurück. Der Wirtschaftsaufschwung hielt noch immer an. Die gesamte Staatseinnahme stellte sich auf £ 106614000 mit einem Mehrertrag von £ 3570000. Die Staatsausgaben dagegen betrugen £ 102936000, das ist eine Zunahme von £ 1559000 (bei der Marine — Exchequer Issues — ein Rückgang von £ 1320000). Es ergab sich ein wirklicher Ueberschuss von £ 3678000. Nachdem die Ueberschüsse 1895/96 und 1896/97 zur Deckung ausseretatmässiger Ausgaben für die Marine und die Armee benutzt waren, bildete man durch ein Gesetz — Public Buildings Act — mit £ 2550000 vom Ueberschuss dieses Jahres einen Fonds, womit man die besonderen Ausgaben für öffentliche Gebäude decken sollte.

1898/99 konnte man, trotz der Zunahme der Ausgaben von £ 5038000, wiederum einen Ueberschuss von £ 1500000 vorsehen. Die Herabsetzung der Einkommensteuer würde dem Staat etwa £ 2 Mill. gekostet haben. Der Finanzminister musste sich also mit der Erweiterung von Ermässigungen in der Einkommensteuer begnügen. Es wurde die Ermässigung für Einkommen zwischen £ 400 und £ 500 von £ 100 auf £ 150 erhöht und eine

neue von £ 120 für Einkommen zwischen £ 500 und £ 600 und eine andere von £ 70 für diejenigen zwischen £ 600 und £ 700 eingeführt. Das freie Existenzminimum von £ 160 für Einkommen unter £ 400 wurde beibehalten. Dennoch erhöhte sich die Einnahme aus der Einkommensteuer von £ 17250000 auf £ 18000000. Ferner wurden diejenigen, welche keine Einkommensteuer zahlen, von der Landtaxe befreit. Ausserdem wurde die Landtaxe denjenigen, welche nur ein Einkommen unter £ 400 haben, um die Hälfte ermässigt. Der Ertrag dieser Steuer ging von £ 940000 auf £ 770000 zurück. Die Haupterleichterung wurde aber den indirekten Steuern zuteil und zwar den Tabakkonsumenten. Dieses wurde damit begründet, 1. dass 95% der Tabakeinfuhr von 70 Mill. lbs. in England weiter bearbeitet wurde und dass die Tabakindustrie einen wichtigen Zweig der englischen Industrie bildete; 2 dass der Zoll bereits fast 500% der Produktionskosten ausmachte. Der Hauptgrund war aber der: die Tabakkonsumtion in England war, verglichen mit der anderer Länder, niedrig. Die Jahreskonsumtion pro Kopf der Bevölkerung war 1 lb. 13 oz., während sie in Frankreich 2 lbs. 5 oz.; in Oesterreich 2 lbs. 13 oz.; in Deutschland 4 lbs. und in Belgien 4 lbs. 12 oz. betrug. Der Finanzminister hielt die Erhöhung der Konsumtion für möglich, wenn der Zoll herabgesetzt werde, und dachte, dass die Herabsetzung des Zollsatzes im Laufe der Zeit dem Fiskus keinen Verlust bringen werde. Aus diesen Gründen wurde der Zoll des unverarbeiteten Tabaks von 3 s 2 d pro lb. um 6 d und der auf andere Sorten, ausser Zigarren, entsprechend herabgesetzt. Die Importzigarren hielt er mehr oder weniger für einen Luxusartikel und so liess er den Zigarrenzoll wie früher. Der Zollertrag ging von £ 11433000 auf £ 10993000 zurück. Die Staatseinnahme betrug £ 108336000, das ist £ 1722000 mehr als im Vorjahr

und £ 1226000 mehr als der Voranschlag. Demgegenüber standen die ordentlichen Staatsausgaben von £ 108150000 (eine Zunahme von £ 5214000, wovon £ 3218000 auf die Marine entfielen). Es blieb ein Ueberschuss von £ 186000.

Derjenige aber irrt sich, welcher glauben würde, dass die oben genannten Ueberschüsse in den 3 Jahren wirklich diejenigen bei der Staatshaushaltung überhaupt darstellten. Zur Bestreitung der ausseretatmässigen Ausgaben unter verschiedenen Gesetzen, wozu diejenigen für Marinebauwerke auch gehören, wurden £ 898000, £ 2751000, £ 1710000 von den früheren Finanzüberschüssen benutzt; weiter wurden £ 694000 im Jahre 1896/97 und £ 3932000 im Jahre 1898/99 an Schulden aufgenommen.

§ 7.
1899/1900.

Die dritte Herabsetzung des für die Schulden bestimmten Betrags. — Der Kriegsausbruch.

Die Bill 1899 für die Marinebauwerke bezog sich nicht nur auf die diesjährige, sondern auch auf die nächstjährige Ausgabe. Die Kosten der Herstellung des Ausgabevoranschlags sind natürlich bei der zweijährigen Bill kleiner als bei den einjährigen Schätzungen. Aber der Ersatz der einjährigen durch die zweijährige Bill fand hauptsächlich deshalb statt, weil es der Admiralität viel bequemer war, die Bauwerke gemeinsam für zwei Jahre als separat für ein einzelnes Jahr zu verwalten. In den zwei Jahren sollte man £ 4010000 ausgeben. Die Bauwerke waren teils schon früher angefangene, teils neue, unter denen sich die Simon's Bay Dockyard-Erweiterung" befindet. Für dieses Werk war die Arbeit schon früher begonnen, und der dadurch ver-

ursachte Aufwand war aus ordentlichen Mitteln bestritten. Die gesamten Kosten bis zur Vollendung der gesamten Bauwerke, welche bis 1907/08 fertiggestellt wersamten Bauwerke, welche bis 1907/08 fertiggestellt werden sollten, wurden auf £ 23636000 geschätzt. Für die oben angegebene Sollausgabe in den zwei Jahren (1899/1900 und 1900/01) sollte man eine weitere Summe von £ 3100000 aus dem Consolidierten Fonds an die Admiralität überweisen, und der Fonds selbst sollte, da der Finanzüberschuss von 1895/96 beinahe erschöpft war, durch Schuldaufnahme mittelst Zeitrenten wieder gefüllt werden.

Bei den ordentlichen Marineausgaben stiegen die Forderungen der einzelnen Kapitel des Etats 1899/1900. Die Hauptzunahme war bei Kapitel 8 zu bemerken. Sie betrug nicht weniger als £ 2016000. Für Neubauten wurden £ 8855000 bestimmt, oder £ 1166000 mehr als im Vorjahr. Der Nettoetat stellte sich auf £ 26594000, das ist eine Zunahme von £ 2817000. Diese Mehrforderung mit denjenigen anderer Verwaltungszweige verursachte das Anwachsen im Staatsbedarf um £ 6098000.

Um die unten zu erwähnenden Vorschläge zu rechtfertigen, sagte Hicks-Beach: „Eins ist ganz klar und das ist, dass es unmöglich ist, wie gross auch das Gedeihen des Landes sein mag, gegen solche Zunahme wie diese — von £ 5 oder 6 Mill. in einem Jahr in unseren Ausgaben mit der automatischen Zunahme des Steuerertrags aufzukommen. Auch kann sie auf die Dauer nicht durch blosse Erhöhungen der vorhandenen Steuern gedeckt werden. Wenn eine derartige Zunahme fortdauern sollte, so müssten das Parlament und Volk sich nicht nur bereit halten, die Steuern zu erhöhen, sondern müssten auch neue und ergiebige Einnahmequellen entdecken.“ Um solche neue Einnahmequellen zu erschlies-

sen, wählte der Finanzminister den Weg, den sein Vorgänger Goschen einst angebahnt hatte, nämlich die Herabsetzung der für die Schulden bestimmten Summe von £ 25 Mill. auf £ 23 Mill. Zur Rechtfertigung dieser Massregel wurden verschiedene Gründe angeführt. Im laufenden Jahre sollten die Zinsen und die Schuldverwaltung dem Staat £ 17 264 000 kosten. Würde diese Summe von £ 25 Mill. abgezogen, so würden £ 7 736 000 für die Tilgung des Grundkapitals übrig bleiben. Es würde dies die grösste Summe sein, die je zu diesem Zweck verwendet worden wäre. Die Tilgungsfonds müssten im gewissen Verhältnis stehen nicht nur zur Schuldensumme überhaupt, sondern auch zum Betrag der Schulden, welche auf dem Markt käuflich seien, weil nur diese Schulden es seien, denen gegenüber die Tilgungsfonds operieren könnten. Die gesamten Schulden betrügen £ 627 000 000. Davon seien £ 8 133 000 unfundierte Schulden. Es sei ein Betrag, der nicht mehr mit Vorteil vermindert werden könne. Die insgesamt £ 31 826 000 betragenden „$2^1/_2$ per Cents“ und die im Jahre 1884 geschaffenen, nur £ 4 647 000 betragenden „$2^3/_4$ per Cents“ seien die Fonds, mit welchen kein grosses Geschäft, wegen der Kleinheit des Betrags, gemacht würde. Ausserdem sei $^1/_3$ dieser Fonds im Besitz der Regierung. Daher kämen nur Consols bei der Verwendung der Tilgungsfonds in Betracht. Obwohl Consols insgesamt £ 520 Mill. betrügen, seien £ 131,5 Mill. davon im Besitz der Schuldentilgungskommission, und £ 30,5 Mill. gehörten zu den anderen Regierungsdepartments. Die Consols in Händen des Publikums beliefen sich daher nur noch auf £ 358 Mill., von denen ein grosser Teil sich im Besitz von Banken, Versicherungsanstalten und anderen Finanzunternehmungen als Reserve befände. Der diesjährige Tilgungsfonds von £ 7 736 000 verhalte sich zu dieser letztgenannten Summe wie 2,15 : 100,

während er 1884/85[1]) nur 1,29% der damals in Händen des Publikums existierten Consols betragen hätte. Die allmähliche Abnahme der käuflichen Consols einerseits und die Zunahme der Tilgungsfonds und der Sparkasseeinlagen anderseits habe die Preissteigerung von Consols mit sich gebracht. Und daher müsste die Tilgungskommission Consols teuer kaufen (11% Premium).

Nun aber musste die Verkürzung der fixen Summe um £ 2 Mill. nicht nur die Vernichtung des New Sinking Fund, sondern auch die Verminderung der anderen Tilgungsfonds (von Zeitrenten) bedeuten. Dies war dem Finanzminister nicht angenehm. Er musste daher Massregeln treffen, damit der New Sinking Fund weiter existieren könne. Zum Glück sollte eine Zeitrente von £ 2199000 bis Februar 1902 ihr Ende erreichen, und bis Juli 1904 sollten noch zwei weitere Zeitrenten im Betrag von £ 3627000 aufhören, und dazu sollten noch die Zinsen von Consols um $^1/_4$% mit einer jährlichen Ersparnis von £ 1300000 vermindert werden. Infolgedessen würde der New Sinking Fund 1904/05 die Höhe von £ 7537000 und 1905/06 die Höhe von £ 9214000 erreichen, wenn eine Dotierung des Schulddienstes mit £ 25 Mill. beibehalten würde. Nach der Meinung des Schatzkanzlers wäre es nicht im Interesse einer vernünftigen Schuldentilgung, dass der New Sinking Fund so gross werde. Denn wenn er plötzlich so bedeutend würde, so würde das Parlament dadurch verleitet werden, einen Teil des unverhältnismässig gross gewordenen New Sinking Fund zu benutzen, um Steuererleichterungen zu verwirklichen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass, obwohl die Regierungen ausser im äussersten Notfall die Zahlung der Zeitrenten nicht eingestellt hätten, doch solche Tilgungs-

---

[1]) Es ist 1884/85, wo der Tilgungfonds, vor der Herabsetzung der für die Schulden bestimmten Summe im Jahre 1887, den höchsten Betrag erreicht hatte.

fonds wie der New Sinking Fund, welche keinen zwei Parteien bindenden Vertrag in sich schliessen, nicht in gleichem Masse respektiert würden. Natürlich hatte der Schatzkanzler damals noch keine Ahnung von den grossen Aufgaben anlässlich des südafrikanischen Krieges, der unmittelbar bevorstand. Gegen den angeblichen Missstand treffe er Massregeln nach dem Beispiel von Herrn Childers im Jahre 1883. Er schlug vor, den Termin der einen Zeitrente von März 1902 bis Juni 1911 zu verschieben. Mit dem ersparten Betrage sollte man zwei Zeitrenten mit dem Termin von bis 1923 ins Leben rufen, die eine Tilgung der sog. Buchschulden von £ 13 Mill. an die Sparkassen, die andere zur Vernichtung der für die Sparkassen in Händen der Tilgungskommission aufbewahrten Consols im Betrag von £ 15 Mill.

Dieser Vorschlag führte natürlich zu den heftigsten Angriffen. Man sagte: Anstatt der Verkürzung der Tilgungsfonds solle man den im Vorjahr herabgesetzten Tabakzoll wieder erhöhen. Die Herabsetzung habe keine solche Wirkung gehabt, wie erwartet wurde, sie habe nämlich keine grosse Steigerung der Konsumtion nach sich gezogen.[1]) In der Tat war der Ertrag des Tabakzolls in den letzten Jahren vor der Herabsetzung steigend gewesen. Er stieg von £ 10 Mill. 1892 auf £ 11 500 000 im Vorjahr, und daher könnte man bei dem bisherigen Zollsatz bleiben.

Der Vorschlag wurde schliesslich angenommen. Von der nunmehr auf £ 23 Mill. herabgesetzten Summe wurden £ 5769000 als Tilgungsfonds benutzt, wovon £ 19000 auf den New Sinking Fund entfielen.

---

[1]) Demgegenüber erwiderte der Finanzminister, dass die Zollherabsetzung den Detailpreis um 8 d—3 d pro lb. je nach der Qualität vermindert habe, dass man aber einige Zeit brauche, die volle Wirkung der Zollveränderung zu sehen.

Weiter wurden einige Stempelsteuern[2]) erhöht oder neu eingeführt. Der Nettoertrag aus den Stempelsteuern erhöhte sich von £ 7704000 auf £ 8429000. Ferner wurde der Zoll auf Wein um 6 d pro Gallon und auf Spirituosen in Flaschen um 1 s pro Gallon erhöht. Der Weinzoll lieferte £ 1729000 gegen £ 1399000 im Vorjahr, während der Spirituosenzoll (Zoll allein) £ 4898000 brachte, das ist eine Zunahme von £ 662000.

Im Oktober 1899 brach der südafrikanische Krieg aus. Für denselben wurde eine Extraausgabe von £ 10 Mill. bewilligt. Da man aber bei dem Ordinarium einen grossen Ueberschuss erwarten konnte, wurden £ 8 Mill. durch die Emission von Treasury Bills beschafft. Spät im Jahre wurde ein anderer Nachtrags-Militäretat vorgelegt, und £ 13 Mill. wurden zur Deckung der Kriegskosten bewilligt.

Trotz des Ausbruchs des Krieges nahm der auswärtige Handel in diesem Jahr zu, und ebenso auch der inländische Handel. Kurz, der Wirtschaftsaufschwung hielt immer noch an. Die gesamte Staatseinnahme betrug £ 119840000 gegen den Voranschlag von £ 111157000. Der grosse Mehrertrag war natürlich zum Teil durch die vorzeitige Versteuerung aus Furcht vor Steuererhöhungen im nächsten Jahr verursacht. Es wurde angenommen, dass £ 1700000 vom Zollertrag und £ 1500000 vom Acciseertrag aus diesem Grund auf Kosten des nächsten Jahres erzielt waren. Auffallend zugenommen hatte der Ertrag der Erbschaftssteuer (von £ 11486000 auf £ 13909000). Dagegen ging der Ertrag vom Tabakzoll von £ 10993000 auf £ 10885000 zurück. Natürlich war eine grosse Zahl von Tabakkonsumenten draussen

---

[1]) Hierher gehört die Einführung der einmaligen Stempelsteuer von 1 s pro £ 10 auf den Nominalwert aller ausländischen und kolonialen Fonds, die Erhöhung der Gesellschaftskapitalsteuer von 2 s auf 5 s pro £ 100 usw.

auf dem Kriegsschauplatz. Immerhin wurde aber zugegeben, dass die Zollherabsetzung im Jahre 1898 nicht die erwartete Zunahme der Konsumtion mit sich gebracht hatte.

Die ordentlichen Ausgaben betrugen £ 110505000 (eine Zunahme von £ 2355000) und daher ergab sich ein Rechnungsüberschuss von £ 9335000. Dieser Ueberschuss wurde natürlich zur Deckung des Kriegsaufwandes benutzt, welcher in diesem Jahr £ 23217000 betrug.

Ausserdem wurden £ 4847000 als ausserordentliche sog. Kapitalausgaben unter den verschiedenen Gesetzen verausgabt, welche teils durch die Rechnungsüberschüsse, teils durch Schuldaufnahme bestritten wurden.

Die Brutto-Istausgabe der Marine betrug £ 26979000, das ist £ 2044000 mehr als im Vorjahr. Von der gesamten Ausgabe wurden ca. £ 97000 durch den Krieg verursacht. Die Lebhaftigkeit im Schiffsbaugeschäft überhaupt und der Arbeitermangel verhinderten die vertragsmässigen Lieferungen seitens der privaten Unternehmer, was eine Minderausgabe von £ 1337000 für Neubauten veranlasste.[1]) Anderseits wurde für Kohlen mehr ausgegeben, teils infolge der Preiserhöhung, teils infolge der Bedarfssteigerung. Bei dem Marineartilleriewesen ist auch eine Minderausgabe zu bemerken. Der Krieg verursachte Mehrforderungen des Artilleriewesens für die Armee. Die Ausgabe für Gebäude etc. stellte sich auf £ 766000 (brutto). Ausserordentliche Ausgaben unter dem Marinegesetz — Naval Works Act — betrugen £ 1498000. Diesen Ausgaben gegenüber wurden £ 1460000 an die Admiralität überwiesen, zu deren Deckung der Rest des Finanzüberschusses von 1895/96 im Betrage von £ 768000 benutzt und

[1]) Die fertig gestellten Schiffe: 3 Linienschiffe 1. Kl., 4 Kreuzer 1. Kl., 3 Kreuzer 2. Kl., 4 Kreuzer 3. Kl., 3 Sloops und Kanonenboote, 15 Torpedobootzerstörer.

ferner eine Schuldaufnahme von £ 691000 von der Tilgungskommission gemacht wurde. Die sog. Kapitalschulden unter den verschiedenen Gesetzen, worin die Marineschulden enthalten sind, betrugen am Ende dieses Jahres £ 9989000. Die gesamten Staatsschulden erhöhten sich von £ 635393000 auf £ 638919000 und ausserdem ging das Bankguthaben (Exchequer Balances) von £ 8919000 auf £ 3517000 zurück.

III. Teil.

§ 8.

1900/01—1902/03.

Die Kriegszeit.

Die englischen Finanzen wurden durch den südafrikanischen Krieg tief erschüttert. Es mussten Steuern erhöht und neu eingeführt werden, und es musste auch der Kredit sehr stark beansprucht werden. Indessen ist es nicht unsere Aufgabe, näher zu untersuchen, wie man die Kriegskosten gedeckt hatte. Denn die Kriegskosten in diesem Fall waren ausschliesslich Ausgaben für die Armee. Die Marine hatte bei dem Krieg keine Rolle gespielt. Daher interessieren uns nur die ordentlichen Staatsfinanzen. Allein man darf nicht etwa annehmen, dass die in der Kriegszeit vorgenommenen Besteuerungsveränderungen ausschliesslich durch den Krieg nötig gemacht würden. Denn auch die ordentlichen Ausgaben hatten inzwischen enorm zugenommen. Ein Teil der Extraeinnahmen aus den Kriegssteuern kam den ordentlichen Ausgaben im nächsten Jahre zu gute. Selbst nach dem Friedensabschluss mussten die meisten Steuern, welche ursprünglich als Kriegssteuern eingeführt waren, beibehalten werden. Für die Entwicklung des ordentlichen Staatsbedarfs ist die Rede des Schatzkanzlers im Jahre 1901 charakteristisch: Die wirkliche Schwierigkeit liege nicht in den Kriegskosten in Südafrika und China, sondern vielmehr in der Zunahme dessen, was man ordentliche Ausgaben nenne.

Die ordentlichen Staatsausgaben betrugen 1900/01 £ 114972000,[1]) 1901/02 £ 122325000[2]) und 1902/03 £ 132352000. Das ist eine Zunahme von £ 4467000, £ 7353000 und £ 10027000. An diesen Zunahmen war die Marine (Exchequer issues) mit der Summe von £ 3520000, £ 1510000 und £ 140000 beteiligt.

Der Marineetat 1900/01 stellte sich auf £ 27522000. Die Forderung für Schiffsbauten war etwas herabgesetzt worden mit Rücksicht darauf, dass die Kontrahenten immer ausserstande gewesen waren, die abgemachte Frist innezuhalten. Da aber diesmal die Lieferungen seitens der Privatunternehmer in grösserem Masse stattfanden, wurden durch den Ergänzungsetat vom Juni 1900 £ 1269000 (£ 476000 für Kapitel 8, £ 753000 für Kapitel 9 und £ 40000 für Kapitel 10) bewilligt. Weiter wurde im Februar 1901 ein Nachtragsetat von £ 1250000 (600 Personen mehr; £ 500 für Kapitel 1, £ 84000 für Kapitel 2, £ 935500 für Kapitel 8 und £ 230000 für Kapitel 11) vorgelegt.

Der Etat 1901/02 verlangte netto £ 30875000 gegen £ 28791000 im Vorjahr (hierbei ist der Ergänzungsetat, aber nicht der Nachtragsetat mitgerechnet). Das war eine Zunahme von £ 2083000. Kapitel 16, welches die Zeitrente zur Tilgung der von der Tilgungskommission zur Bildung des australischen Geschwaders aufgenommenen Schuld von £ 850000 enthielt, war in diesem Jahr weggefallen, da die Schuld von 1890/91—1900/01 dem Plan gemäss getilgt worden war. Dagegen hatte man einen neuen Posten in Kapitel 10 einzuschieben und zwar die durch die Schuldaufnahme unter dem „Naval Works Act" ins Leben gerufene Zeitrente von £ 122255. Nachträglich wurden in diesem Jahr £ 200000 (£ 150000 für Kapitel 8, £ 50000 für Kapitel 11) bewilligt.

---

[1]) Nach der Suspension der Schuldentilgungsfonds von £ 4547000.
[2]) „ „ „ „ „ „ £ 4681000.

Der Nettoetat 1902/03 verlangte £ 31 964 000, das ist nur wenig (£ 380 000) mehr als im Vorjahr.

Die Istausgabe stellte sich netto auf £ 29 998 000, £ 30 981 000 und £ 31 004 000 in den drei Jahren, wovon £ 154 000, £ 93 000, £ 6000 durch den Burenkrieg und £ 464 000, £ 44 000, £ 31 000 durch die Chinaexpedition verursacht waren. Damit betrug die Zunahme im Jahre 1900/01 gegen 1899/1900 £ 4 Mill. Die Nettoausgabe unter Kapitel 8 war um £ 2,4 Mill. grösser. Das ist zum Teil auf die Preissteigerung der für Schiffsbauten notwendigen Materialien und auf die höheren Kohlenpreise zurückzuführen. Auch wurde auf das Artilleriewesen £ 1 Mill. mehr verwendet. Die Zunahme im Jahre 1901/02 für diesen Zweck stellte sich auf £ 300 000. Dagegen ging die Ausgabe im Jahre 1902/03 unter Kapitel 9 um £ 585 000 zurück, teilweise infolge eines billigeren Preises der Munition. Für Geschütze allein wurden £ 52 000 mehr ausgegeben. Auf Gebäude etc. unter Kapitel 10 wurden netto £ 870 000, £ 962 000 und £ 1 064 000 verwendet.

Demgegenüber wurden im Jahre 1900/01 £ 2 132 000 für die Bauwerke unter dem Gesetz von 1899 als ausserordentliche Ausgabe geleistet. Es wurden dafür £ 2 135 000 an die Admiralität übertragen, welche Summe durch eine Schuldaufnahme von der Tilgungskommission ganz gedeckt wurde. Im Jahre 1901 wurde eine 5. „Naval Works Bill“ vorgelegt, welche eine weitere Summe von £ 6 157 000 für die folgenden beiden Jahre verlangte. Der Voranschlag der Ausgaben bis zur Vollendung (1907/08) wurde auf £ 27 501 000 erhöht. Unter diesem Gesetz wurden 1901/02 £ 2 745 000 und 1902/03 £ 3 198 000 ausgegeben. Dadurch wurden die Schulden von der Tilgungskommission um £ 2 588 000 bezw. £ 3 466 000 in dem entsprechenden Jahre vermehrt.

Nunmehr sind hier die in der Kriegszeit zur Deckung der zunehmenden ordentlichen Staatsausgaben, sowie der Kriegskosten getroffenen Massregeln kurz zu erwähnen. Ueber die Einzelheiten verweisen wir auf Hilsenbeck.[1])

Erhöht, eventuell neu eingeführt wurden:

1900/01

1. die Einkommensteuer um 4 d (von 8 d auf 1 s) pro £,
   Steuerertrag: £ 26 920 000 (im Vorjahr: £ 18 750 000);
2. die Biersteuer um 1 s pro Barrel,
   Steuerertrag: £ 13 512 000 (im Vorjahr: £ 11 906 000):
3. die Spirituosensteuer um 6 d pro Gallon,
   Steuerertrag: £ 23 976 000[2]) (im Vorjahr: £ 24 234 000);
4. der Tabakzoll um 6 d pro lb.,
   Steuerertrag: £ 12 838 000 (im Vorjahr: £ 10 885 000);
5. der Theezoll um 2 d pro lb.,
   Steuerertrag: £ 6 264 000 (im Vorjahr: £ 4 628 000).

1901/02

1. die Einkommensteuer um 2 d pro £,
   Steuerertrag: £ 34 800 000;
2. der Zuckerzoll (neu) von 4 s 2 d pro Cwt. des raffinierten Zuckers vom Polarisationsgrad 98 — 2 s pro cwt des Rohzuckers unter 76 Grad,[1])
   Steuerertrag: £ 6 399 000;

---

[1]) Die Deckung der Kosten des Krieges in Südafrika von 1899 - 1902 auf Seite Englands (M. V. S. 66).

[2]) Der Rückgang ist auf die grosse Vorsteuerung im Jahre 1899/1900 zurückzuführen. Die Vorsteuerung im Jahre 1900/01 auf Kosten von 1901/2 fand auch statt, aber nicht in so grossem Masse wie 1899/1900.

[3]) Man ging davon aus, dass der durch die Prämie begünstigte ausländische Zucker den englischen Markt nicht verlassen könne.

Im Zusammenhang mit dem Zuckerzoll wurden Zoll und Steuer auf Molesse, Glucose und Saccharin eingeführt.

3. der Kohlenausfuhrzoll (neu) von 1 s pro Ton,[2])
Steuerertrag: £ 1 311 000.

1902/03

1. die Einkommensteuer um 1 d pro £,
Steuerertrag: £ 38 800 000;
2. der Zoll auf ausländische Spirituosen, ausser Rum und Branntwein, um 1 d pro Gallon;
3. der Zoll auf Glucose um 6 d pro Cwt.;
4. der Getreidezoll (neu) von 3 d pro Cwt. und der Mehlzoll (neu) von 5 d pro Cwt.;
Zollertrag: £ 2 346 000.

Bewilligt wurde die Emission von:

1900/01

1. Treasury Bills und Kriegsschuldbonds	£ 35 Mill.
2. War Loans, Treasury Bills oder Exchequer Bonds durch den	
1. Supplementary War Loan Act	£ 13 Mill.
2. Supplementary War Loan Act	£ 11 Mill.

1901/02

Consols	£ 60 Mill.

1902/03

Consols	£ 32 Mill.
	£ 151 Mill.

Ausserdem wurden der New Sinking Fund und die Kapitalzahlung durch die Zeitrenten suspendiert, welche

[2]) Man glaubte, der Zoll würde, wegen des monopolistischen Charakters der englischen Kohlen auf dem Weltmarkt, auf das Ausland übergewälzt werden. Auch spielte die Anschauung eine Rolle, dass die Kohlen das Stammkapital Englands seien. Befreit waren Kohlen im Bunker von Schiffen und diejenigen von einem Wert unter 6 s pro Ton.

den verschiedenen Regierungsdepartments zu gute kommsollten, und zwar £ 4 547 000 im Jahre 1900/01 und £ 4 681 000 im Jahre 1901/02.

Die Wirkung des Krieges auf das Wirtschaftsleben machte sich schon 1900/01 bemerkbar. Das Börsengeschäft litt am meisten, was eine Verminderung (von £ 542 000) in der Stempelsteuereinnahme verursachte. Der Wertsturz der Wertpapiere brachte natürlich eine Verminderung des Erbschaftssteuerertrags mit sich. Die gesamte Staatseinnahme war zwar £ 2 865 000 mehr als der Voranschlag, aber dieser Mehrertrag war nur durch die Vorzahlung der Steuern erzielt. Die folgenden sind die Staats-Einnahmen und -Ausgaben in den 3 Jahren:

1900/01

Ordentliche Ausgaben	£ 114 972 000
Ausserordentliche Ausgaben (infolge d. südafrikanischen Krieges u. d. Expedition in China)	£ 68 620 000
Gesamte Staatsausgaben	£ 183 592 000
Gesamte Staatseinnahmen	£ 130 385 000[1])
Defizit[2])	£ 53 207 000

1901/02

Ordentliche Ausgaben	£ 122 325 000
Ausserordentliche Ausgaben (infolge der beiden Kriege)	£ 73 197 000
Gesamte Staatsausgaben	£ 195 522 000
Gesamte Staatseinnahmen	£ 142 998 000[3])
Defizit[4])	£ 52 524 000

[1]) Um £ 2 865 000 grösser als im Voranschlag.
[2]) Das Defizit wurde durch Anleihen gedeckt.
[3]) Um £ 543 000 grösser als im Voranschlag.
[4]) Das Defizit wurde durch Anleihen gedeckt.

1902/03	
Ordentliche Ausgaben	£ 132 352 000
Ausserordentliche Ausgaben (infolge der beiden Kriege)	£ 52 132 000
Gesamte Staatsausgaben	£ 184 484 000
Gesamte Staatseinnahmen	£ 151 552 000[1])
Defizit[2])	£ 32 932 000

Der Burenkrieg wurde am 31. Mai 1902 beendet. Vom ausserordentlichen Kriegsetat 1902/03 im Betrage von £ 40 Mill. brauchte man nur noch rund £ 12 Mill. Man musste aber anderseits für viele Dinge sorgen, welche mit der Beendigung des Krieges zusammenhängen, so z. B. für die Gratifikationen, für den Heimtransport der Truppen, für den Ersatz der verbrauchten Materialien, für die Erhaltung der Garnisonen in Südafrika usw. Daher wurden, trotz des Friedensabschlusses im Mai, die Massregeln im Finanzakt und Anleihegesetz unverändert gelassen. Nur die Tilgungsfonds, welche noch weiter suspendiert werden sollten, wurden wieder in Tätigkeit gesetzt. Die gesamten Staatseinnahmen 1902/03 betrugen, wie oben gezeigt, £ 151 552 000. Der Steuerertrag (ausschliesslich der Posteinnahmen u. dergl.) betrug zusammen £ 129 933 000. Rechnet man dazu noch den an die Gemeinden überwiesenen Steuerertrag, so erhöht sich die durch die Besteuerung erhobene Summe auf £ 139 700 000, das ist £ 3 6 s 7 d pro Kopf der Bevölkerung. Wenn man davon den Ertrag des Kohlenausfuhrzolls von £ 2 Mill., den das Ausland tragen sollte, abzieht, so ergibt sich eine Summe von £ 137 700 000, d. i. eine Belastung von £ 3 5 s 8 d pro Kopf der Bevölkerung. Von dieser Summe stammten £ 65 330 000 (47,5% oder £ 1 11 s 2 d pro Kopf der Be-

[1]) Um £ 633 000 weniger als im Voranschlag.
[2]) Das Defizit wurde durch Anleihen gedeckt.

völkerung) aus den indirekten Steuern und £ 72 370 000 (52,5% oder £ 1 14 s 6 d pro Kopf der Bevölkerung) aus den direkten.

Ausser den oben genannten Ausgaben wurden in den 3 Jahren £ 4 915 000, £ 7 548 000 und £ 8 140 000 als sog. Kapitalausgaben unter den verschiedenen Gesetzen verbraucht. All dies machte eine entsprechende Schuldaufnahme nötig. Daher betrugen die sog. Kapitalschulden am Ende von 1902/03 £ 27 570 000, während sie am Ende von 1899/1900 nur £ 9 989 000 betragen hatten. Gleichzeitig erhöhten sich die Haupt-Staatsschulden infolge der Kriegsausgaben von £ 628 930 000 auf £ 770 778 000. Kein Wunder, dass der Preis von Consols beträchtlich zurückgegangen ist.

§ 9.

1903/04—1904/05.

Das neue Gesetz von 1903 für Marinebauwerke verlangte £ 7 996 000 für ausseretatmässige Ausgaben 1903/04 und 1904/05. Es wurden einige neue Bauwerke hinzugefügt. Die gesamte Sollausgabe bis zur Vollendung wurden wiederum auf £ 31 640 000 erhöht. Da ein Gesetz nach einem anderen immer weiter ins Leben gerufen war und die Sollausgaben für die gesamten Bauwerke jedesmal zugenommen hatten, so ist es ganz begreiflich, dass man darüber vielerlei Klagen erhob. Es wurde hervorgehoben: Als diese Deckungspraxis eingeführt wurde, habe man sie damit begründet, dass es eine ausserordentliche und keine wiederkehrende Ausgabe sei. Die Geschichte widerspreche aber dieser Annahme. Es sei eine Praxis des ausserordentlichen Budgets, welche in den ausländischen Finanzen viel gegeschadet hätte. Auch diesmal, wie früher, wurden einige Bauwerke, für deren Kosten im Vorjahr im ordent-

lichen Etat gesorgt worden war, ja sogar die im laufenden ordentlichen Marineetat stehenden Werke für die Küstenverteidigungsstationen und „Royal Naval Reserve Batteries“ in die Bill aufgenommen. Weiter muss bemerkt werden, dass das diesjährige Gesetz ein Novum enthielt: die neu aufzunehmenden Schulden sollten jetzt in 30 Jahren, vom Jahre der Schuldaufnahme gerechnet, mittelst Zeitrenten zurückgezahlt werden, während alle früheren Gesetze den Rückzahltermin auf eine Zeit von 30 Jahren, von 1895 ab gerechnet, festgesetzt hatten. Anders ausgedrückt: Nach diesem Gesetz wollte man die von jetzt ab zu machenden einzelnen Schulden 30 Jahre nach ihrer Entstehung zurückzahlen, während man nach den früheren Gesetzen die Schulden bis 1925, gleichwohl wann sie aufgenommen wurden, zu tilgen hatte. Es ist klar, dass die Bedingung des neuen Gesetzes viel bequemer für den Finanzminister war als die der früheren Gesetze. Der Civil Lord der Admiralität (Mr. Pretyman) erklärte im Komitee: Viele von den Bauwerken würden bis 1910 oder 1915 nicht fertiggestellt sein. Wenn man auf 30 Jahre, von 1895 ab gerechnet, borge, so würde die Konsequenz davon die sein, dass die Amortisationsquote in der Periode der 10 Jahre von 1915—1925 etwa £ 3 Mill. pro Jahr sein würde. Das würde eine unerträgliche Belastung der Marinejahresetats bedeuten.

Unter diesem Gesetz wurden 1903/04 £ 3261000 und 1904/05 £ 3402000 ausseretatmässig ausgegeben. Anlässlich dieser Ausgaben wurden 1903/04 £ 3318000 und 1904/05 £ 3453000 der Admiralität besonders zur Verfügung gestellt. Das Schatzamt musste dafür seinerseits 1903/04 £ 2588000 von der Schuldentilgungskommission borgen. Im Jahre 1904/05 musste es ausser der Benutzung der dieser Kommission gehörenden weiteren Summe von £ 1884000, 3%ige Exchequer Bonds im Be-

trage von £ 3 375 000 emittieren, welche £ 3 325 000 realisieren, um die obengenannte Geldsumme der Admiralität zur Verfügung zu stellen. Die Emission der Exchequer Bonds kostete dem Staat £ 8000.

Trotz dieser grossen ausseretatmässigen Ausgaben in den 2 Jahren — von rund £ 6,5 Mill. — gingen die ordentlichen Marineausgaben in die Höhe.

Der Nettoetat stellte sich auf £ 34 457 000 im Jahre 1903/04 und £ 36 889 000 im Jahre 1904/05. Das ist eine Zunahme von £ 3 202 000 bezw. £ 2 432 000. Kapitel 10 verlangte netto £ 1 502 000 bezw. £ 1 634 000, wovon £ 502 010 bezw. £ 634 000 Zeitrenten für Bauwerksschulden darstellten. Die Sollausgaben für Schiffsneubauten allein stellten sich auf £ 10 136 000 im Jahre 1903/04 und £ 11 654 000 im Jahre 1904/05. In dieser letzteren Summe ist rund £ 1 Mill. für Restkaufpreise der im Jahre 1903/04 von Chile angekauften 2 Linienschiffe enthalten. Für dieselben wurden 1903/04 rund £ 700 000 ausgezahlt. Diese Summe war durch einen Nachtragsetat im Februar 1904 verlangt worden, welcher insgesamt £ 1 270 000 forderte. Zur Rechtfertigung der Erwerbung dieser beiden Schiffe sagte 1904 der Finanzminister in seiner Budgetrede: „Wenn ich meine Zustimmung für diese Ausgabe verweigert hätte, würde sich allerdings das Defizit um £ 700 000 vermindert haben, aber nur auf Kosten der Steuerzahler in Zukunft. Denn wenn diese 2 Schiffe von einer ausländischen Flotte übernommen worden wären, so hätten wir eine viel grössere Summe ausgeben müssen, um das Gleichgewicht in der Marinestärke wieder zu gewinnen, und für die Zeit des Baues unserer Schiffe wäre unsere relative Position unter den Marinen der Welt ernst erschüttert worden." Die Uebernahme der chilenischen Schiffe wirkte insoweit auf das eigentliche Neubautenprogramm im Jahre 1904/05 als man nur 2 Linienschiffe neu zu bauen vorschlug, während man 3 zu bauen beabsichtigt hatte.

Auch Kapitel 9 zeigte 1904/05 eine Zunahme von £ 439 000 gegen das Vorjahr, wovon jedoch £ 400 000 für die angekauften Schiffe bestimmt waren. Aus demselben Grunde erhöhte sich der für Geschütze ausgeworfene Betrag von £ 753 000 im Jahre 1903/04 auf £ 1 044 000 im Jahre 1904/05.

Die Kolonien von Australien und Neu-Seeland hatten im Finanzjahr 1903/04 die Gesetze angenommen, durch welche sie die Verdoppelung der bisherigen Beiträge (£ 126 000) für Marineausgaben zusagten.

Die ordentlichen Mehrforderungen aller Verwaltungszweige machten die Beibehaltung der meisten Kriegssteuern nach dem Friedensabschluss nötig.

Abgesehen vom Fortfall der Kriegsforderung, erfuhr das Budget 1903/04 eine Veränderung in Bezug auf den Schulddienst. Durch das Finanzgesetz von 1899 war die fixe Summe für diesen Dienst (Zinszahlung, Schuldverwaltung und Tilgung) auf £ 23 Mill. festgesetzt. Nun waren durch den Krieg die Schulden bedeutend vermehrt worden, und die Zinsen für diese neuen Kriegsschulden waren nicht mit dieser fixen Summe von £ 23 Mill., sondern extra zu zahlen. Das neue Zinserfordernis für 1903/04 wurde auf £ 4 500 000 festgesetzt. Der Finanzminister, nunmehr Herr Ritchie, wollte nun dieses neue Zinserfordernis mit der für die Schulden überhaupt bestimmten und gesetzlich festgesetzten Summe decken. Dann mussten natürlich die £ 23 Mill. entsprechend erhöht werden. Es fragte sich nun, auf wie hoch man die fixe Summe festsetzen soll. Der einfachste Weg war, dass man die bisherige Summe von £ 23 Mill. um das neue Zinserfordernis von £ 4 500 000 vermehrte und die gesetzliche Summe auf £ 27,5 Mill. festsetzte. Dies war aber nicht der Betrag, den der Finanzminister vorschlug. Er wollte ihn vielmehr auf £ 27 Mill., also um £ 500 000

niedriger, festsetzen. Es bedeutete daher die darauf aufgebaute diesjährige Finanzbill, verglichen mit dem Finanzakt 1899, wiederum eine Verminderung der Tilgungsfonds um £ 500 000. Zur Begründung dieses Vorschlags wurde darauf hingewiesen, dass die Consols seit April 1903 von $2^3/_4$%ige in $2^1/_2$%ige Renten verwandelt seien und dass man deshalb £ 1 250 000 an Zinsen erspare. Da aber diese Ersparnis durch die Zinsherabsetzung schon 1899 zur Begründung des damaligen Vorgehens verwertet worden war, so hatte diese Tatsache nicht nochmalige Berücksichtigung verdient. Ausserdem wurde noch geltend gemacht, dass man in den folgenden Jahren mit den von Transvaal erwarteten Summen[1]) die Nationalschulden ausserordentlich würde vermindern können. Es wurde gerechnet, dass man von £ 27 Mill. in diesem Jahre £ 6 600 000 und nach 5 Jahren, unter der Voraussetzung der Erfüllung der Leistungen Transvaals, etwa £ 9 Mill. oder 1,25% der gesamten Schulden zur Tilgung benutzen könne. In der Tat wurden 1903/04 dem Tilgungsfonds £ 6 509 000 von der fixen Summe von £ 27 Mill. überwiesen.

Nach Festsetzung der fixen Summe für das Schuldenwesen auf £ 27 Mill. schätzte der Finanzminister den gesamten Staatsbedarf auf £ 143 954 000. Mit Bezug auf Militärausgaben hoffte er auf eine Herabsetzung in einem oder zwei Jahren, während welcher Zeit die Reorganisation des Heeres ausgeführt werden sollte. Bei der Marine dagegen glaubte er die Forderungen nicht herabsetzen zu können. Daher die Erklärung in der Budgetrede: „Eine starke Flotte ist für uns nicht eine

[1]) Es sind die £ 4 Mill., welche seinerzeit an Transvaal vom englischen Staat vorgeschossen worden waren, und die Beiträge von £ 30 Mill., welche Transvaal in den nächsten 3 Jahren zur Bestreitung der Kriegskosten leisten sollte, was in der Tat aber nicht verwirklicht wurde.

Nützlichkeits- oder Bequemlichkeitsfrage; sie ist nicht eine blosse Befriedigung des Nationalstolzes. Sie bedeutet für uns Leben oder Tod. Sie ist der Schutz unserer nationalen Existenz. Unser Handel und unsere Industrie, der Handel und die Industrie unserer Kolonien und Schutzgebiete, die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die Beschäftigung unserer Leute, all das hängt ab von unserer Vorherrschaft zur See. Um diese zu bewahren, werden wir keine Kosten scheuen. So lange andere Flotten wachsen, so lange muss unsere Flotte auch wachsen."

Die gesamte Staatseinnahme schätzte der Finanzminister auf £ 154 770 000. Das sollte einen Ueberschuss von £ 10 816 000 mit sich bringen. Es fehlte jedoch nicht an Leuten, die diese Schätzung für zu hoch hielten, was sich auch am Ende dieses Jahres als richtig erwies. Dennoch schritt der Finanzminister dazu, die Steuerlasten zu erleichtern. Bekanntlich waren anlässlich des Krieges, die Steuern auf Bier, Spirituosen, Thee, Tabak und die Einkommensteuer erhöht, weiter war ein neuer Zucker-, Kohlen- und Kornzoll eingeführt worden. Die Erhöhung der Einkommensteuer von 8 d vor dem Krieg auf 1 s 3 d hatte im Vorjahr extra £ 18 107 000 gebracht und die anderen Kriegssteuern zusammen £ 15 127 000. Es wurde nun in diesem Jahr die Einkommensteuer um 4 d pro £ herabgesetzt. Der Ertrag ging infolgedessen von £ 38 800 000 auf £ 30 800 000 zurück. Nun sollten auch die Indirektsteuerzahler erleichtert werden. Zu diesem Zweck wählte der Finanzminister naturgemäss den im Vorjahr eingeführten und sehr unpopulären Kornzoll. Er wurde vom 1. Juli dieses Jahres ab beseitigt. Dennoch trug er dem Fiskus noch £ 101 000 ein. Ausserdem wurde der Extrazoll auf Glucose von 6 d pro Cwt., der im Vorjahr eingeführt war, beseitigt.

Die Wirtschaftskonjunktur verschlechterte sich

nach und nach. Der Handel ging zurück; die Arbeitsgelegenheit wurde geringer und der Lohn herabgesetzt. Dies äusserte natürgemäss eine Rückwirkung auf die Staatseinnahme. Sie stellte sich auf £ 141 546 000. Es ergab sich danach ein Ausfall von £ 2 724 000. Anderseits wurden mehrere Nachtragsetats (£ 4 488 000) bewilligt. Das Finanzjahr schloss mit dem grossen Defizit von £ 5 415 000 ab. Dieses Defizit wurde vorübergehend mit dem Exchequer Balances gedeckt. Was die schliessliche Deckung desselben anbelangt, so schlug der neuernannte Finanzminister, Austen Chamberlain, vor: 1. die Benutzung des unverbrauchten Teils der zur Deckung der Kriegskosten (£ 149 500 000) bestimmten Mittel (£ 152 300 000) im Betrage von £ 2 800 000; 2. die Inanspruchnahme des sog. „Unclaimed Dividend Account“[1]) bis zu £ 1 Mill.; 3. die Verschiebung der Deckung des Restes von £ 1 500 000 auf die Zukunft.

Ausser den ordentlichen Ausgaben wurden noch £ 7 305 000 für Kapitalausgaben verwendet, wofür man von der Tilgungskommission borgen musste. Daher erhöhten sich die Kapitalschulden auf £ 31 868 000 (um £ 4 298 000).

---

[1]) All Government Stock which has remained unclaimed for ten years is transferred to the National Debt Commissioners. The dividends which have accrued upon that stock are transferred at the same time and together with the dividends subsequently accruing, they form an account which is known as the Unclaimed Dividend Account. The liability on the unclaimed Dividend Account is a liability for the dividends actually paid — that is to say, for simple interest on the unclaimed stock. The fund itself accumulates at compound interest, and there fore, quite from the fact that it is absolutely certain that a large portion of this money never will be reclaimed, the fund itself is always making a profit and its assets are always tending to grow in excess of its liabilities. The assets now exceed the liabilities. They amounted in round figures at the Close of 1903/4 to £ 1 760 000 whilst the claims which are annually established against the account have averaged no more than £ 4000 or £ 5000.

Wenn man 1903/04 nach dem Friedensschluss die Lasten der Steuerzahler etwas erleichtern konnte, so musste man 1904/05 die Einkommensteuer schon wieder von 11 d auf 1 s erhöhen. Sie brachte £ 31 250 000 (£ 450 000 mehr) ein. Ferner sollten Tabak und Thee, die im Jahre 1903/04 je einen Mehrertrag abgeworfen hatten, in diesem Jahr höher belastet werden. Dennoch wollte der Finanzminister den Tabakzoll im allgemeinen nicht erhöhen, da der Zoll schon ein ziemlich schwerer sei. Vielmehr wollte er einen neuen Zollsatz von 3 s 3 d pro lb. auf den „Stripped"-Tabak, das ist die Tabakblätter, von denen die Stengel abgetrennt sind, einführen. Bis dahin war der Stripped-Tabak mit dem niedrigsten Satz von 3 s besteuert. Weiter sollte ein Extrazoll von 6 d pro lb. auf Importzigarren und ein solcher von 1 s auf Importzigaretten gelegt werden. Der Ertrag aus den Zuschlägen zum Tabakzoll wurde auf £ 550 000 geschätzt. Der Zoll auf Thee wurde von 6 d auf 8 d pro lb. erhöht (die Extraeinnahme: £ 2 Mill.). Damit wurde auf einen etwas höheren Finanzüberschuss (£ 730 000) als gewöhnlich gerechnet, und der Finanzminister hoffte, den ungedeckten Teil des vorjährigen Rechnungsdefizits auf solche Weise in diesem Jahr etwas abmindern zu können.

Obwohl die Wirtschaftskonjunktur am Anfang dieses Jahres sehr gedrückt war, verbesserte sie sich nach und nach. Die gute Baumwollenernte ermunterte die Lancashire-Industrie. Das Börsengeschäft wurde auch etwas lebhafter, und dasselbe galt von der Eisen- und Stahlindustrie. Die gesamte Staatseinnahme betrug £ 143 370 000 gegen den Voranschlag von £ 143 390 000.[1])

[1]) Die Konsumtion der alkoholischen Getränke nahm ab. Die Spirituosen-Konsumtion ging von 1,09 Gallons pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1900 auf 0,95 in diesem Jahr und die Bierkonsumtion ging ebenfalls von 31½ Gallons auf 29 zurück. Den Hauptgrund der Abnahme sah der Schatzkanzler in der Veränderung der Gewohnheiten

Die gesamten Ausgaben dagegen beliefen sich auf £ 111 956 000, das ist £ 5 Mill. weniger als im Vorjahr. Es blieb ein Rechnungsüberschuss von £ 1 414 000 übrig. Diese Summe entsprach ungefähr dem ungedeckten Teil des vorjährigen Rechnungsdefizits, der seinerzeit mit den Exchequer Balances bestritten worden war. Es wurde daher dieser Ueberschuss den Exchequer Balances zugeführt. Sie betrugen am Anfang dieses Jahres £ 4 264 000 und erhöhten sich am Ende desselben auf £ 7 430 000.

Die Kapitalausgaben, worunter die Ausgabe für Marinebauwerke eine der wichtigsten ist, betrugen in diesem Jahr insgesamt £ 8 069 000. Dementsprechend erhöhten sich die Kapitalschulden von £ 31 868 000 auf £ 41 664 000, das war eine Zunahme von £ 9 796 000. Dagegen wurden die Hauptschulden, die sog. „Dead Weight Debt", nur um £ 7 558 000 vermindert. Man klagte daher, dass die Nationalschulden, trotz der Til-

---

der Massen. Interessant ist die diesbezügliche Rede des Schatzkanzlers: „The fact seems to be that we are witnessing a change in the habits of the people of which we shall have to take account in any consideration of our financial system ..... I think that the mass of our people are beginning to find other ways of expending some portion of the time and money which used previously to be spent in the public house. No change has been more remarkable in the habits of the people than the growing attendances in the last fifteen years at out door games and sports and at places of public entertainment, like theatres and the music halls, which though not conducted on strictly temperance lines, yet do not lend themselves to the consumption of drink, on offer that as their chief attraction. Again the extension of cheap railway fares and the enormous growth of cheap excursions, which are so marked a feature in the holidays of the present time, absorb a further portion of the money that used formerly tobe expended on drink." Daraus zog der Finanzminister einen Schluss, dass die Einnahme aus den Getränkesteuern mit dem Aufleben der Wirtschaftskonjunktur etwas höher sein möge, aber dass man nicht darauf rechnen könne, dass die Einnahme aus dieser Quelle in der Zukunft die Staatsausgabe im gleich hohen Masse wie in der Vergangenheit decken werde.

gungsfonds, nicht vermindert, sondern sogar erhöht würden. Für die Kapitalausgaben hatte man bisher immer von der Schuldentilgungskommission mittelst Zeitrenten geborgt. In diesem Jahr war das Geld in Händen der Kommission zur Beschaffung dieser Mittel nicht ausreichend. Daher und weil der Geldmarkt das Geld mittelst Zeitrenten an den Staat nicht leihen wollte, musste ein besonderes Gesetz ins Leben gerufen werden, das dem Schatzamt die Freiheit einräumte, sich die unter den verschiedenen Gesetzen zu borgenden Summen entweder mittelst Zeitrenten, wie die Gesetze bestimmten, oder durch die Emission von Exchequer Bonds zu verschaffen. In der Tat konnte man £ 2 912 000 mittelst Zeitrenten von der Tilgungskommission borgen, und £ 6 000 000 musste man sich durch Exchequer Bonds verschaffen. Von diesen Schuldaufnahmen waren, wie schon oben gesagt, £ 1 884 000 von der Schuldentilgungskommission und £ 3 375 000 von den Exchequer Bonds für Marinebauwerke bestimmt. Für die Exchequer Bonds musste man $3^1/_4$% Zinsen zahlen. Angesichts dieser hohen Zinsen empfahl Mr. Courteney Warner die Emission von Consols, deren Kosten an Zinsen $^1/_2$% weniger betragen sollten, anstatt der Exchequer Bonds. Weiter wurde mit Recht geltend gemacht, dass man die Exchequer Bonds in der 30jährigen Periode, in welcher diese sog. Kapitalschulden meistens erst getilgt werden können, mehrmals erneuern müsse und dass sie daher umso kostspieliger sein würden.

Für wirkliche etatsmässige Marineausgaben wurden 1903/04 £ 4,7 Mill. mehr als im Vorjahr verwendet. Unter Kapitel 8 allein wurden £ 18 594 000 netto ausgegeben. Das war ein enormer Zuwachs von £ 3,7 Mill. gegen das Vorjahr. Die Ausgabe unter Kapitel 10 blieb etwas hinter dem Etat zurück. Dennoch war sie um £ 400 000 höher als im Vorjahr. Obgleich die Kriege in

Südafrika und China beendet waren, entfiel auf dieses Jahr noch eine Extraausgabe für den ersteren von £ 7000 und für den letzteren von über £ 1000.

Die Marine-Istausgabe (netto) 1904/05 betrug £ 36 859 000, das ist über £ 1 Mill. mehr als im Vorjahr. Für Schiffsneubauten allein wurde die grosse Summe von £ 11 263 000 (direkt) verwendet. Die Ausgaben, welche mit den Kriegen in Südafrika und China zusammenhingen, betrugen noch £ 6000.

§ 10.
1905/06—1906/07.

Der niedrige Kurs von Consols seit dem Burenkrieg war den englischen Staatsmännern nicht angenehm, und die hohe Ziffer der vorhandenen unfundierten Schulden erschien ihnen als etwas Bedenkliches. Die unfundierten Schulden betrugen am Ende von 1904/05 £ 77 633 000 (Treasury Bills: £ 21 000 000; War Stock: £ 30 000 000 und Exchequer Bonds: £ 26 500 000). Daher wurde im Jahre 1905 zum ersten Mal, nachdem die für die Schulden bestimmte fixe Summe, wie wir gesehen haben, immer vermindert worden war, diese Summe von £ 1 Mill. von £ 27 Mill. auf £ 28 Mill. erhöht. Diese weitere £ 1 Mill. sollte zur Tilgung von unfundierten Schulden verwendet werden und zwar in folgender Weise: Von den unfundierten Schulden sind die gesamten War Stocks und die Exchequer Bonds im Wert von £ 12,5 Mill. nicht vor 1907/08 fällig. Aber die Exchequer Bonds im Wert von £ 14 Mill. (die unter den Supplementary War Loan Acts von 1900 emittierten) mussten im Dezember dieses Jahres erneuert werden. Anstatt sie alle zu erneuern, sollte man £ 4 Mill. davon mit den Tilgungsfonds (New Sinking Funds) und der von Transvaal zurückbezahlten Summe (£ 1 213 000) vernichten und nur

£ 10 Mill. im Dezember erneuern. Die neuen Exchequer Bonds sollten auf 10 Jahre unter der Bedingung emittiert werden, dass $^1/_{10}$ davon jährlich mit der obengenannten £ 1 Mill. getilgt werden sollten.

Dieser Mehrforderung von £ 1 Mill. im Staatshaushalt entsprechend, musste man entweder die Steuern erhöhen, oder andere Staatsausgaben vermindern. Den ersten Weg wollte man nicht wählen. Vielmehr hielt man die Einkommensteuer von 1 s in einer Friedenszeit für zu hoch. Zum Glück dachte man, die Marineausgaben — zum erstenmal seit langem — bedeutend vermindern zu können. Man brauchte nicht mehr Restkaufpreise für die von Chile angekauften Schiffe zu zahlen wie im Vorjahr. Die russische Flotte hatte grosse Verluste erlitten. Und es wurde beschlossen, mehrere kriegsuntüchtige alte Schiffe ganz aus der englischen Flotte zu streichen, wodurch man sich die für dieselben sonst notwendigen Reparaturen sparte. Aus diesen Gründen wurden nur £ 15 413 000 (netto) gegen £ 18 421 000 im Vorjahr unter Kapitel 8 verlangt. Für Schiffsneubauten wurden £ 9 451 000 gegen £ 11 654 000 bestimmt. Die Sollausgabe für Schiffsreparaturen ging von £ 2 564 000 auf £ 2 023 000 zurück. Durch die Ausmerzung der alten Schiffe ging die verlangte Zahl der Marineleute von 131 000 auf 129 000 zurück, was einen Rückgang der Forderungen unter Kapitel 1 und 2 verursachte. Auch Kapitel 9 zeigte eine Abnahme von £ 660 000. Allerdings nahm Kapitel 10 um £ 271 000 zu, was hauptsächlich durch die zunehmende Forderung von Zeitrenten für Bauwerksschulden veranlasst wurde. Die Zeitrenten sollten in diesem Jahr £ 1 015 000 betragen. Der gesamte Marineetat ging damit um £ 3 500 000 auf £ 33 389 000 zurück. Man hatte auf diese Weise, nach der Erhöhung der Tilgungsfonds um £ 1 Mill., noch einen Ueberschuss von £ 1 972 000 beim Budget vorgesehen. Dieser Ueber-

schuss kam nun den Theetrinkern zu gute. Nachdem der Theezoll im Vorjahr um 2 d pro lb. erhöht war, wurde der Zuschlag von 2 d in diesem Jahre wieder beseitigt und zwar vom 1. Juli an. Das sollte dem Fiskus £ 1 550 000 kosten, und damit sollte die gesamte Staatseinnahme auf £ 142 454 000 vermindert werden. Die Staatsausgaben wurden auf £ 142 032 000 geschätzt. Nachträglich wurden £ 172 000 bewilligt.

Im Dezember 1905 wurde die unionistische Regierung durch die liberale ersetzt. Es war 1905/06 „ein langsam, aber fest zunehmend günstiges Jahr". Die Einnahmequellen ergaben einen Mehrertrag von £ 1 524 000 gegen den Voranschlag. Anderseits wurden bei Ausgaben £ 1 792 000 erspart. Der Staatshaushalt schloss mit gesamten Ausgaben von £ 140 512 000 und gesamten Einnahmen von £ 143 978 000 ab. Von den gesamten Ausgaben entfielen £ 33 300 000 (Exchequer issues) auf die Marine (der Etat: £ 33 389 000). Der Finanzüberschuss in diesem Jahre betrug somit £ 3 466 000.

Die ausserordentlichen Ausgaben unter den Sondergesetzen, worunter dasjenige für Marinebauzwecke für die zwei Jahre 1905/06 und 1906/07 eine weitere Summe von £ 5 835 000 verlangte, betrugen im Jahre 1905/06 £ 6 148 000, wovon £ 3 216 000 durch die Marinebauwerke verursacht wurden. Sie wurden mit einer Schuldaufnahme von £ 5 564 000 und mit den £ 584 000 aus den Exchequer Balances gedeckt. Anderseits wurden £ 1 684 000 der Kapitalschulden durch die Sonder-Tilgungsfonds getilgt. Die Kapitalschulden betrugen am Ende dieses Jahres £ 45 770 000. Die Hauptschulden — Dead Weight Debt — beliefen sich auf £ 743 220 000. Die Nationalschulden wurden im Finanzjahr insgesamt um £ 7 746 000 vermindert.

Es wurde im Finanzjahr 1906/07 in Aussicht ge-

nommen, für ausserordentliche Ausgaben noch £ 6500000 zu verwenden, wovon £ 3200000 auf die Marine entfallen sollten. Wie die neue liberale Regierung über diese Kapitalausgaben dachte, geht aus der Budgetrede von Asquith klar hervor. Der Schatzkanzler sagte: „Es muss zweifellos die Fälle von Ausgaben geben, welche richtig unter den Titel Kapitalausgaben fallen und für welche temporäre Schuldaufnahme legitim ist; aber im ganzen halte ich dies für die unglücklichste Geschichte unserer Nationalfinanzen. Was diejenigen für die Marine und die Armee betrifft, ist es meine Absicht, sie möglichst schnell zum Schluss zu bringen."

Zum zweitenmal seit langem wurde im Jahre 1906/07 der Marineetat herabgesetzt. Er forderte £ 31869000 gegen £ 33389000 im Vorjahr oder £ 1520000 weniger. Kapitel 8 allein wurde um £ 1589000 herabgesetzt. Für Schiffsneubauten wurden £ 9252000 (direkt) bestimmt, während man im Vorjahr für diesen Zweck £ 199000 mehr verlangte.[1]) Auch ging die Forderung (direkt) für Rekonstruktion und Reparaturen um £ 395000 zurück.

Am 30. April 1906 legte der Schatzkanzler das Budget 1906/07 vor. Die Verminderung der Marineforderung einerseits und die automatische Zunahme der Staatseinnahmen anderseits liessen einen Ueberschuss von £ 3074000 beim Budget auf der Basis der bisherigen Besteuerung vorsehen. Der Schatzkanzler schlug vor allem vor, £ 500000 von diesem Ueberschuss zur Vermehrung der Schuldentilgungsfonds um diesen Betrag zu be-

[1]) Das Programm von Schiffsbauten wurde durch die neue liberale Regierung so verändert, dass in diesem Jahr zum Bau in Angriff zu nehmende Schiffe vermindert wurden von 4 auf 3 „Dreadnoughts"; von 5 auf 2 „Ocean-going Destroyers" und von 12 auf 8 „Submarines". Dadurch wurde auf eine Ersparnis von £ 2,5 Mill. gerechnet. Es fehlte nicht an Leuten, welche diese Veränderung des Programms als Selbstmord Englands bezeichneten.

nutzen. Damit wollte er die durch die unionistische Regierung öfters verminderte Summe für den Schulddienst von £ 28 Mill auf £ 28,5 Mill vermehren. Es ist nicht zu wundern, dass ferner der liberale Finanzminister den Kohlenausfuhrzoll vom 1. Nov. 1906 ab zu beseitigen (der geschätzte Verlust des Fiskus: £ 1 Mill.) und den Theezoll vom 14. Mai ab um 1 d pro lb. zu vermindern vorschlug (der geschätzte Verlust des Fiskus: £ 1 Mill.). Ausserdem wurden vorgeschlagen:

1. Die Verminderung der Postgebühren (der geschätzte Verlust des Fiskus: £ 105000);
2. die Hilfeleistung für die Erziehung (die Kosten: £ 135000).

Die gesamten Staatsausgaben wurden damit auf £ 142501000 und die gesamten Staatseinnahmen auf £ 142835000 veranschlagt.

Schluss.

Die Handelsinteressen und der grosse überseeische Kolonialbesitz machten eine starke Flotte für England unentbehrlich. Die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft ist immer der Grundgedanke, der die Engländer beseelt. Deshalb ist der Marineetat in England stets höchst populär. Die sog. Zwei Mächte-Politik[1]) ist das oberste Prinzip, das lange Zeit hindurch in englischen Marinekreisen geherrscht hat, ja sogar von der Drei Mächte-Politik ist häufig die Rede gewesen.

Die Flotte, die am Anfang des Jahres 1887/88 aus 221 Schiffen bestand, zählte am Anfang des Jahres 1903/04 427 Kriegsschiffe mit den gesamten ersten Baukosten von £ 107345000 (ausserdem die indirekten Kosten: £ 9459000) und zwar:

---

[1]) d. i. die Politik, die Streitkraft der Marine immer auf solcher Höhe zu halten, dass sie den beiden nächstgrossen Flotten gewachsen ist.

Comparative Naval Strength of the Great Powers. (At the end of the year 1905/06.)

Number and Displacement of War Ships, built and building, of 1000 or More Tons, and of Torpedo Craft of More than 50 Tons.

	Battle ships (10 000 Tons et over)		Coast Defence Vessels		Armoured Cruisers		Cruisers above 6000 Tons		Cruisers 6000—3000 Tons		Cruisers 3000—1000 Tons		Torpedo Boat Destroyers		Torpedo Boats		Sub-marines		Total	
	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement	Number	Dis-placement
Great Britain . . .	61	853 500	5	43 700	39	439 000	21	201 000	52	224 840	37	70 230	163	61 578	91	8 150	29	6 000	497	1 907 998
France . . .	25	305 615	17	73 615	24	225 163	4	31 754	18	74 476	17	30 469	54	17 900	305	28 312	69	13 996	533	800 958
United States of Amerika	27	365 529	12	47 445	12	157 695	5	43 850	20	72 629	24	33 153	16	6 695	32	5 288	12	1 513	158	733 797
Germany . .	24	282 581	13	66 602	8	77 400	—	—	20	83 490	23	46 040	59	22 759	74	9 000	1	190	222	588 062
Japan . . .	12	172 440	5	29 657	12	123 372	2	13 130	11	43 695	10	19 774	48	17 286	81	7 317	9	1 200	190	427 871
Russia . . .	12	149 662	7	43 199	6	58 270	8	53 135	4	15 765	9	12 676	84	32 123		—	—	—	130	364 830

Armoured Ships	77
Protected:	
Torpedo Depôt Ship	1
Cruisers	100
Partially protected:	
Cruisers	8
Unprotected:	
Cruisers	2
Sloops	17
Torpedo Depôt Ship	1
Torpedo Cruisers	8
Torpedo Gunboats	30
Gun Vessels	2
Gun Boats	18
Torpedo Boat Destroyers	111
Gun Boats, Coast Defence	27
Despatch Vessels	2
Paddle Despatch Vessel	1
Yacht	1
Screw Yacht	1
Paddle Yacht	1
Special Service Steamers	8
Surveying Vessels	8
Troop & Store Ships	3
	427

Die für Ersatzbauten allein notwendige Bruttosumme erhöhte sich von £ 2070000 im Jahre 1888/89 auf £ 5455000 im Jahre 1906/07. Natürlich war jedes Jahr eine weit grössere Summe als die für Ersatzbauten notwendige für Neubauten verwendet worden. Die etatmässige Geldüberweisung vom Schatzamt an die Marineverwaltung betrug im Jahre 1888/89 £ 12999000 und 1889/90 £ 13842000. Von 1890/91 bis 1893/94 belief sie sich auf rund £ 14 Mill mit kleinen Schwankungen. Im

Jahre 1894/95 stieg sie plötzlich auf £ 17545000, da die ausseretatmässige Ausgabe unter dem Flottengesetz beinahe zu Ende geführt war. Von da ab ging sie, mit Ausnahme von 1897/98[1]) immer weiter in die Höhe mit einem durchschnittlichen Zuwachs von £ 2 Mill., bis sie 1904/05 die Summe von £ 36830000 erreichte. Sie hat sich also seit 1894/95 mehr als verdoppelt. Der Etat 1905/06 und 1906/07 ist aus besonderen Gründen zurückgegangen. Selbst wenn man die Zunahme des Nationalreichtums in Betracht zieht, ist das Anschwellen der Marineforderungen relativ grösser. Während der Marineetat 1888/89 2% des zur Einkommensteuer veranschlagten Bruttoeinkommens darstellte, das als die Hälfte des gesamten Nationaleinkommens betrachtet zu werden pflegt, so erhöhte er sich 1903/04 auf 3,9%. Während das Verhältnis zwischen dem Etat und dem gesamten Wert des Aussenhandels im Jahre 1888/89 1.8:100 war, war es 1903/04 auf 3,8% gestiegen. Kein Wunder, dass es viele gibt, die, obwohl sie die Seeherrschaft um jeden Preis behaupten wollen, vor der Verschwendung in der Marineverwaltung warnen.

Aber das war noch nicht alles. Inzwischen wurden verschiedene Gesetze ins Leben gerufen. Unter dem Flottengesetz von 1889 wurden £ 10 Mill. ausserordentlich ausgegeben. Unter den Bauwerksgesetzen hatte das Schatzamt von 1895—1905 £ 19861000 extra an die Admiralität übertragen. Bis 1910 beabsichtigt man ausserdem noch eine weitere Summe von £ 11,75 Mill. für Bauwerke als ausserordentliche Ausgaben zu verwenden. Es ist daher wiederholt betont worden, dass man von den Kolonien mit Selbstverwaltung, deren Reichtum und Bevölkerung durch den zunehmenden überseeischen Handel unter dem Schutz der englischen Marine enorm gewach-

[1]) Der Rückgang war hauptsächlich durch den Maschinenarbeiterstreik verursacht.

sen sind, mehr Beiträge zu den englischen Marineausgaben verlangen solle. Diese Forderung ist in gewissem Masse gerechtfertigt. Denn während die Marineausgaben von £ 35653000 (Etat 1903/04) 24,26% des gesamten Staatsbedarfs von £ 146961000 (Sollbudget 1903/04) und 3,81% des gesamten Aussenhandels von £ 935148000 darstellten, betrugen die Beiträge für die Marine von Indien und den Kolonien, bei einem gesamten Ausgabebudget im Betrag von £ 136601000 und bei einem gesamten Aussenhandel von £ 401231000, nur £ 384000, also 0,25% bezw. 0,07% ihrer öffentlichen Ausgaben bezw. ihres Aussenhandels. Anderseits wollte man aber das Band zwischen dem Mutterland und den Kolonien möglichst fest knüpfen und deshalb die Forderung dieser Beiträge nicht allzu energisch geltend machen.

Was nun die Deckung der Marineausgaben anbelangt, so haben wir gesehen, dass man bemüht war, sie möglichst mit den ordentlichen Einnahmen zu decken. Um die immer zunehmenden Bedürfnisse sowohl der Marine, als auch der anderen Gebiete befriedigen zu können, hat man verschiedene Veränderungen in den direkten und indirekten Steuern und zwar im ganzen zu gunsten der Indirektsteuerzahler vorgenommen. Welche von den vorgenommenen Steuerveränderungen unmittelbar durch die Marineausgaben verursacht worden sind, lässt sich natürlich auf Grund des anerkannten Prinzips der einheitlichen Gesamtheit der Ausgaben und Einnahmen nicht feststellen. Nur ist hier zu erwähnen, dass das englische Steuersystem sich als ein äusserst elastisches bewiesen hat. Das ist besonders durch die Kriegsfinanzen an den Tag getreten. Will man £ 2 Mill. extra, so braucht man nur die Einkommensteuer um 1 d pro £ zu erhöhen. Die Erhöhung um 1 d (0,4%) trifft die Steuerzahler nicht sehr schwer, da Einkommen unter £ 160 freigelassen sind und denjenigen unter £ 700 grosse

Ermässigungen gewährt werden. Auch aus den indirekten Steuern kann man leicht Extraeinnahmen erzielen, da sie nur von Massenverbrauchsartikeln und zwar nicht von Lebensmitteln und Rohstoffen erhoben werden. All dies setzt natürlich einen grossen Reichtum, wie ihn England besitzt, voraus. Der Wirtschaftsaufschwung, der am Anfang der in Betracht gezogenen Periode herrschte und von 1894/95 an wieder eingetreten war, hatte natürlich für den Fiskus eine höchst günstige Wirkung. Man denke nur an die grossen Rechnungsüberschüsse.

Eine ausgezeichnete, aber etwas ausserordentliche Einnahmereserve besitzt man in den Schuldentilgungsfonds. Die Marine ist, wie schon gesagt, höchst populär. Bei der Erhöhung des Marineetats braucht die Regierung sich nicht vor Angriffen zu fürchten. Im Gegenteil, es gibt viele Jingoes, die mehr Geld für die Marine verlangen. Der Zunahme des Marineetats entsprechend, eine Steuererhöhung vorzunehmen, ist jedoch der Regierung peinlich. Daher sagt sie: Sie gebe mehr Geld für die Marine; aber die Steuern würden nicht erhöht. Dann verkürzt man dafür die Tilgungsfonds. Wir haben gesehen, wie man diese 1887, um eine Steuererleichterung zu ermöglichen, dann wieder 1889 im Zusammenhang mit dem Flottengesetz und zum letztenmal 1899 gerade vor dem Krieg, um den zunehmenden Staatsausgaben, insbesondere den Marineausgaben entgegenzuwirken, verkürzt hat. Ferner haben wir gesehen, dass man mit dem neuen und alten Tilgungsfonds Marine- und andere Schulden getilgt hat, und dass daraus die verschiedenen ausseretatmässigen Ausgaben, worunter die Marineausgaben für Bauwerke den wichtigsten Posten einnehmen, gedeckt wurden.

Wenn man auch ein so ausgezeichnetes Steuersystem und die erwähnte ausserordentliche Einnahmereserve

hatte, so war man doch zur Bestreitung der Marineausgaben auf Kreditaufnahmen angewiesen. Es wurden £ 850000 für das australische Geschwader unter dem Imperial Defence Act, £ 3146000 durch das Flottengesetz und £ 17103000 durch die Naval Works Acts bis 1904/05 geborgt. Die Theorie, dass jedwede Inanspruchnahme ausserordentlicher Mittel verwerflich sei, wird nicht festgehalten. Ob im vorliegenden Fall die Kreditaufnahme und die teilweise Einstellung der Schuldentilgung, nämlich die anderweitige Verwendung des Tilgungsfonds, zu rechtfertigen sind, das ist eine schwere Frage, die vom volkswirtschaftlichen, finanziellen und vor allem vom politischen Standpunkte aus zu behandeln ist. Politisch ist ganz begreiflich, dass man den Kredit und insbesondere die Tilgungsfonds lieber in Anspruch nimmt, als dass man sich ordentliche Mittel mittelst einer Steuererhöhung verschafft. Volkswirtschaftlich wurde vielfach die Klage laut, dass die Regierung (hier kommt meistens die unionistische in Betracht) in so günstigen Zeiten, wie sie hier in Frage kommen, neue Schulden aufnahm und die Tilgung einstellte. Schon im Jahre 1867 sagte Mr. Giffen:[1]) „Die Erhebung von £ 220 Mill. durch Steuern stellt jetzt eine Anstrengung dar, die, ohne unser jetziges Gedeihen zu vermindern, leicht möglich wäre.“ Wenn das wirklich 1867 so war, wieviel leichter musste es dann in unserer Zeit sein. Weiter sagte Mr. T. Lough 1896: das gesamte Einkommen in Grossbritannien betrage mindestens £ 1500—1600 Mill. Nach dem Abzug von £ 12 pro Kopf der Bevölkerung für den Lebensunterhalt bleibe ein steuerbares Einkommen von £ 1100 Mill. übrig. Der gesamte Steuerertrag, für die Gemeinden und den Staat zusammen, betrage dagegen £ 130 Mill.

[1]) „The Reduction of the National Debt.“

Das sei nur $^1/_9$ des steuerbaren Einkommens, während der gesamte Steuerertrag in Irland $^5/_6$ des steuerbaren Einkommens ausmache.

Finanziell und zunächst was die Benutzung der Schuldentilgungsfonds anlangt, sind die einzelnen Argumente schon oben in dem geschichtlichen Teile gelegentlich erörtert worden. Hier ist nur noch hinzuzufügen, dass die Nationalschulden, trotz der öfteren anderweitigen Benutzung der Tilgungsfonds, von £ 704635000 am 31. März 1888 auf £ 635920000 am 31. März 1899, gerade vor dem Krieg vermindert worden waren. Das ist eine Verminderung um £ 68715000 in 11 Jahren oder eine durchschnittliche Tilgung von £ 6246000. Eine ganz beträchtliche Summe! Allerdings stiegen die Schulden seitdem infolge des Krieges wieder und stellten sich am 31. März 1906 auf £ 788990000.

Bezüglich der Inanspruchnahme des Kredits ist schon hervorgehoben, dass er nur für ausserordentliche Ausgaben benutzt wurde. Es handelte sich ja um grosse Ausgaben für neue Schiffsbauten, neue Gebäude, Verteiteidigungswerke und für die Erwerbung von Grundstücken etc., was alles als eine Erweiterung des stehenden Kapitals angesehen werden kann. Für die Ersatzbauten, Reparaturen und für die Neubauten von Gebäuden etc., welche im gewöhnlichen Laufe der Zeit notwendig sind, hat man die Mittel aus den ordentlichen Einnahmen genommen. Die Inanspruchnahme des Kredits ist daher nicht gerade unzulässig, zumal da die Schulden unter dem Flottengesetz innerhalb 4 Jahren (allerdings mit Hilfe der Tilgungsfonds), diejenigen für das australische Geschwader innerhalb 11 Jahren ganz getilgt wurden und die Schulden unter den Bauwerksgesetzen innerhalb 30 Jahren zurückzuzahlen sind. Es sei hier besonders hervorgehoben, dass man in England, im Gegensatz zu manchen anderen Ländern, keine Ren-

tenschulden, d. h. keine tilgungsfreien Schulden zur Deckung der Marineausgaben aufgenommen hat. Man rechnet die jährliche Entwertung der Kriegsschiffe auf 4%, und im allgemeinen nimmt man an, dass die Schiffe mindestens 10 Jahre ganz kriegstüchtig seien. Für die anderen Bauwerke am festen Land kann man wohl im ganzen sagen, dass sie länger als 30 Jahre dauern. Es liegt auch ein besonderer Vorteil in der Benutzung des Kredits bei solchen Ausgaben wie für das grosse Schiffsbautenprogramm, weil die Schuldaufnahme die jährlich sehr schwankende Ausgabe gleichmässig auf mehrere Jahre verteilt. Denn Schiffsbauten erfordern am Anfang und Ende verhältnismässig geringe Mittel, dagegen in der Zwischenzeit beträchtliche Summen.

Was nun die Form der einzelnen Schulden anlangt, so haben wir mit zweierlei Schulden zu tun, nämlich

1. mit den schwebenden Schulden
   a) mit temporären Darlehen,
   b) mit Treasury Bills,
   c) mit Exchequer Bonds;
2. mit den Tilgungsschulden (Zeitrenten).

Prinzipiell ist gegen eine grosse schwebende Schuld einzuwenden, dass sie immer eine besondere Gefahr infolge der kurzen Rückzahlungsfristen mit sich bringt. Aber dass dies bei einer so kleinen schwebenden Schuld wie in unserem Fall — zusammen £ 4 Mill., abgesehen von den 1904/05 emittierten Exchequer Bonds im Betrag von £ 3375000 — nicht bedenklich ist, muss man zugeben. Im Gegenteil, man kann bei solchen schwebenden Schulden in der Regel das allerdisponibelste Geldkapital zu sehr mässigem Zinsfuss benutzen, und in der Tat hat man es benutzt. In der Periode von 1892 bis 1895, in welcher Treasury Bills und Exchequer Bonds benutzt wurden, war der Zinsfuss sehr niedrig. Sie trugen meistens weniger als 2% Zinsen.

Was die Tilgungsschulden betrifft, so sind dieselben 1. die 11 jährigen und 2. die 30 jährigen Zeitrenten. Auch diese Form birgt Vorteile und Nachteile in sich. Zu ihren Gunsten kann man anführen, dass diese Schuld auf die Regierung, wie auf das Parlament einen Zwang ausübt, sie nach dem gefassten Plan zu tilgen, was in unserem Falle umso wichtiger ist, als die Kapitalanlage keine rentable ist. Gerade diesen Vorteil hat man in England oft genug erfahren. Die bewährte Wirksamkeit der Zeitrenten in der englischen Tilgungsgeschichte muss bei der Wahl der Schulden zu gunsten dieser Form mitgewirkt haben. Gegen die Tilgungsschuld sagt man, dass diese Schuld „auch dann getilgt werde, wenn es volkswirtschaftlich oder finanziell richtiger nicht geschähe"; weiter, dass „sie keine Kündigung behufs Zinsreduktion gestatte und die Privaten leicht zur Kapitalaufzehrung führe". Aber in unserem Fall darf man nicht die Tatsache ausser Acht lassen, dass alle Tilgungsschulden und ein Teil der schwebenden Schulden bei der Schuldentilgungskommission aufgenommen wurden. Daraus wird das obengenannte zweite Bedenken hinsichtlich der Tilgungsschuld hinfällig. Denn hier ist der Gläubiger eine öffentliche Institution. Die Zeitrenten zu gunsten einer öffentlichen Institution sind ausserdem leicht konvertierbar. Im Jahre 1888 wurden im Zusammenhang mit der Konversion von Consols eine Zeitrente von £ 2665000 und eine andere von £ 1983000 für die Tilgungskommission auf £ 2605000 bezw. £ 1786000 vermindert.

Nun fragt es sich: Woher stammt das Geld, mit welchem die Kommission einen Kredit gewährt? Es ist dies das Geld, das von der Postsparkasse ihr zufloss. Für dieses Geld zahlt die Postsparkasse $2^1/_2\%$ Zinsen. Das Borgen von der Kommission hat also dieselbe Bedeutung wie die Aufnahme einer $2^1/_2\%$igen Schuld. Na-

türlich müssen bei dieser Praxis die Kosten und die Mühe der Schuldaufnahme viel geringer sein als bei einer Schuldaufnahme auf dem offenen Markt. Weiter musste die Regierung, als das erste der Marinebauwerksgesetze, unter denen die noch existierenden Tilgungsschulden entstanden sind, ins Leben gerufen wurde, darauf Rücksicht nehmen, dass Consols über pari standen. Es ist nämlich bestimmt, dass die Einlagen in der Sparkasse in Consols oder sonstigen Staatsschuldverschreibungen angelegt werden müssen. Deshalb hat man einen Ausweg zu finden gesucht, indem man die Spareinlagen in den Zeitrenten anlegte.

Im grossen und ganzen muss man vom finanziellen Standpunkte aus zugeben, dass man die Deckungsweise der englischen Marineausgaben nicht besonders tadeln kann. Ob man auch in Zukunft auf den Kredit oder auf sonst ausserordentliche Mittel angewiesen sein wird, wie in den letzten zwei Dezennien, das hängt von den volkswirtschaftlichen und finanziellen, vor allem aber von den politischen Zuständen ab.

Tabellen.

Tabelle I. Schiffsbautenprogramme.

	1887/88			
	To Complete	To Advance	To Commence	Total
Armoured:				
Turrets	1	4	—	5
Barbettes	4	2	—	6
Cruisers	5	2	—	7
Total	10	8	—	18
Protected:				
Cruisers	2	1	5	8
Unprotected:				
Sloops	1	2	1	4
Torpedo Cruisers	8	—	—	8
Torpedo Gun Boats . . .	3	—	1	4
General Service ditto . . .	2	—	6	8
Total	14	2	8	24
Grand Total	**26**	**11**	**13**	**50**
Torpedo Boats 1. Cl. . . .	20	—	—	20
„ „ 2. Cl. . . .	4	—	—	4

Tabelle II. Schiffsbautenprogramme.

	1888/89				1889/90			
	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total
Armoured:								
Battle Ships 1. Cl.	2	4	—	6	4	1	4	9
„ „ 2. „	—	—	—	—	—	—	1	1
Cruisers 1. „	5	—	—	5	—	—	—	—
Total	7	4	—	11	4	1	5	10
Protected:								
Cruisers 1. Cl.	—	—	2	2	—	2	3	5
„ 2. „	5	1	—	6	3	—	6	9
„ 3. „	—	—	6	6	6	—	—	6
Torpedo Depôt Ship	—	—	1	1	—	1	—	1
Total	5	1	9	15	9	3	9	21
Unprotected:								
Sloops	3	—	2	5	2	—	—	2
Torpedo Gun Boats, 1. Cl. . .	1	—	6	7	6	—	6	12
Gun Boats, 1. Cl.	6	3	6	15	9	—	—	9
Surveying Vessel	1	—	—	1	—	—	—	—
Brig (Sailing)	—	—	1	1	1	—	—	1
Torpedo Boats, 1. Cl.	—	—	6	6	6	—	—	6
„ „ 2. „	—	—	10	10	10	—	—	10
Total	11	3	31	45	24	—	6	30
Grand Total	**23**	**8**	**40**	**71**	**47**	**4**	**20**	[1])71

[1]) In Addition to these there will be 29 Coaling Lighters, and two Steam Coaling Lighters completed during the year.

Tabelle III. Schiffsbautenprogramme.

	1890/91				1891/92				1892/93			
	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total
Old Programm:—												
Armoured:												
Battle Ships, 1. Cl. .	2	—	—	2	1	—	—	1	—	—	—	—
Cruisers, 1. „ . .	—	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	2	2	—	4	1	—	—	1	—	—	—	—
Protected:												
Cruisers, 1. Cl. . . .	—	—	—	—	2	—	—	2	1	—	—	1
„ 2. „ . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ 3. „ . . .	4	—	—	4	1	—	—	1	—	—	—	—
Torpedo Depôt Ship .	1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—
	5	—	—	5	4	—	—	4	1	—	—	1
Unprotected:												
Torpedo Gun Boats, 1. Cl.	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
Total Old Programme	11	2	—	13	5	—	—	5	1	—		1
New Programme (Naval Defence Act 1889):—												
Armoured:												
Battle Ships, 1. Cl. .	—	8	—	8	—	8	—	8	1	7	—	8
„ 2. „ .	—	1	1	2	—	2	—	2	—	2	—	2
Cruisers 1. „ .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	—	9	1	10	—	10	—	10	1	9	—	10
Protected:												
Cruisers, 1. Cl. . . .	—	8	1	9	—	9	—	9	3	6	—	9
„ 2. „ . . .	1	22	5	28	18	6	5	29	11	8	—	19
„ 3. „ . . .	—	—	—	—	4	—	—	4	—	—	—	—
Total	1	30	6	37	22	15	5	42	14	14	—	28
Unprotected:												
Torpedo Gun Boats, 1. Cl.	5	1	7	13	3	3	7	13	7	5	4	16
Total	5	1	7	13	3	3	7	13	7	5	4	16
Total New Programme (Naval Defence Act 1889)	6	40	14	60	25	28	12	65	22	28	4	54
Grand Total	**17**	**42**	**14**	**73**[1])	**30**	**28**	**12**	**70**	**23**	**28**	**4**	**55**[2])

[1]) In addition to these there will be the „New Dart“ surveying Vessel, 2 Tank Vessels, 10 Coaling Lighters et 3 Lighters Completed during the year.

[2]) Exclusive of 3 New Battle Ships beyond Naval Defence Act 1889.

Tabelle IV. Schiffsbautenprogramme.

	1893/94				1894/95			
	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total
New Programme (Naval Defence Act 1889):								
Armoured								
Battle Ships, 1. Cl.	7	1	—	—	—	—	—	—
Total	7	1	—	8	—	—	—	—
Protected:								
Cruisers, 1. Cl.	6	—	—	—	—	—	—	—
„ 2. „	3	5	—	—	5	—	—	—
Total	9	5	—	14	5	—	—	5
Unprotected:								
Torpedo Gun Boats, 1. Cl. . .	10	3	—	—	3	—	—	—
Total	10	3	—	13	3	—	—	3
Total New Programme (Naval Defence Act 1889)	26	9	—	35	8	—	—	8
New Programme (beyond Naval Defence Act):								
Armoured:								
Battle Ships, 1. Cl.	—	1	2	—	—	3	7	—
Total	—	1	2	3	—	3	7	10
Protected:								
Cruisers, 1. Cl.	—	—	2	—	—	2	—	—
„ 2. „	—	—	3	—	—	3	6	—
Total	—	—	5	5	—	5	6	11
Unprotected:								
Gun Boats	—	—	2	—	—	2	2	—
Torpedo Boat Des Troyers . .	5	1	14	—	37	—	—	—
Total	5	1	16	22	37	2	2	41
Total New Programme (beyond Naval Defence Act)	5	2	23	30	37	10	15	62
Grand Total	**31**	**11**	**23**	**65**	**45**	**10**	**15**	**70**

Tabelle V. Schiffs

	1895/96				1896/97				1897/98				1898/99				1899/1900			
	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total
Armoured:																				
Battle Ships 1. Cl.	—	10	—	10	5	3	5	13	5	5	4	14	3	6	3	12	5	11	2	18
„ „ 2. „	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cruisers 1. „	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	8	—	10	4	14
Total	—	10	—	10	5	3	5	13	5	5	4	14	3	10	7	20	5	21	6	32
Protected:																				
Cruisers 1. Cl.	—	2	4	6	2	4	4	10	1	8	—	9	4	4	—	3	4	—	—	4
„ 2. „	—	9	4	13	9	4	3	16	5	4	—	9	3	3	—	6	4	—	—	4
„ 3. „	—	—	2	2	1	1	6	8	6	1	3	10	7	3	—	10	6	—	3	9
Total	—	11	10	21	12	9	13	34	12	13	3	28	14	10	—	24	14		3	17
Unprotected:																				
Sloops	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	2	2	—	2	4	6	2	4	2	8
Torpedo Boat Destroyers	24	—	20	44	30	8	20	58	50	—	2	52	34	7	—	41	24	12	—	36
Royal Yacht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	1	1	—	—	1
Gun Boats	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	—	4	—	4	4	—	—	4
Steamers (Light Draught)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	8	5	3	—	8	—	—	—	—
Torpedo Boats	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Repair Ship	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Destilling Ship	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Scouts	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Submarine Boats	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coast Guards Cruisers	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
River Gun Boats	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Admiralty Yacht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ocean Going Torpedo Boat Destroyers	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Special Type Torpedo Boat Destroyers	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coastal Torpedo Boat Destroyers	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
His Majesty's Yacht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	28	—	20	48	30	8	20	58	50	—	17	67	39	4	4	60	31	6	2	49
Grand Total	**28**	**21**	**30**	**79**	**47**	**20**	**38**	**105**	**67**	**18**	**24**	**109**	**56**	**37**	**11**	**104**	**50**	**37**	**11**	**98**

bautenprogramme.

1900/01				1901/02				1902/03				1903/04				1904/05				1905/06				1906/07			
To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total	To Complete	To Advance	To Commence	Total
6	9	2	17	5	10	4	19	5	8	2	15	6	5	3	14	5	5	2	12	3	5	1	9	4	2	4[1]	10
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	14	6	20	5	15	6	26	8	15	2	25	10	8	4	22	5	8	4	17	8	7	4	19		10	—	10
6	23	8	37	10	25	10	45	13	23	4	40	16	13	7	36	10	13	6	29	11	12	5	28	4	12	—	20
1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	1	2	—	2	—	2	—	2	—	2	1	1	—	2	1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—
1	—	—	1	—	—	2	2	—	2	2	4	—	4	3	7	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
2	1	1	4	1	2	2	5	—	4	2	6	1	5	3	9	5	—	—	5	1	—	—	1	—	—	—	—
4	2	2	8	3	2	2	7	2	2	—	4	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	5	—	21	18	—	10	28	—	10	9	19	4	15	15	34	10	15	14	39	16	—	—	16	—	—	—	—
1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	2	2	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	2	4	4	—	5	9	—	5	4	9	8	—	—	8	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	—	4	4	8	—	8	—	8	8	—	—	8	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4	5	—	10	15	11		10	21	10	1	11	22	14	1	12[2]	27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	1	4	5[3]	10
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	12	9	3	12	27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	1
23	7	6	36	28	2	17	47	4	17	21	42	19	19	33	71	29	23	24	76	34	1	30	65	25	10	29	64
31	31	15	77	39	29	29	97	17	44	27	88	36	37	43	116	44	36	30	110	46	13	35	94	29	22	33	84

[1]) Nach dem neuen Plan: 3.
[2]) " " " " 2.
[3]) " " " " 8.

Tabelle VI. Staatshaushalt (in £ 1000).

Jahr	Einnahmen		Ausgaben			Rechnungsüberschuss (+) oder Defizit
	Soll	Ist	Soll	Nachtrags- oder Ergänzungsetat	Ist	
1887/88	88 135	89 802	87 846	189	87 423	+ 2 378
88/89	86 827	88 473	86 614	409	85 674	+ 2 798
89/90	86 150	89 304	85 966	756	86 083	+ 3 221
90/91	87 610	89 489	87 610	901	87 733	+ 1 756
91/92	90 430	90 994	90 264	660	89 928	+ 1 067
92/93	90 453	90 375	90 253	836	90 375	+ 20
93/94	91 640	91 133	91 464	592	91 303	— 169
94/95	94 175	94 684	93 884	704	93 918	+ 776
95/96	96 162	101 974	95 981	2 517	97 764	+ 4 210
96/97	100 480	103 950	100 046	2 279	101 477	+ 2 473
97/98	103 044	106 614	102 541	2 351	102 936	+ 3 678
98/99	107 110	108 336	106 829	1 986	108 150	+ 186
99/1900	111 157	119 840	110 927	24 015	133 722	— 13 882
1900/01	127 520	130 385	150 061	35 039	183 592	— 53 207
01/02	143 255	142 998	184 212	12 631	195 522	— 52 524
02/03	152 935	151 552	188 469	—	184 484	— 32 932
			(revidiert 185 430)			
03/04	144 270	141 546	143 954	4 488	146 961	— 5 415
04/05	143 610	143 370	142 880	201	141 956	+ 1 414
05/06	142 454	143 978	142 032	172	140 512	+ 3 466
06/07	142 755	—	142 421	—	—	

Tabelle VII. Marine-Ausgaben (in £ 1000).

Jahr	Ordentliche							Ausserordentliche			
	Soll			Ist			Exchequer	Imperial Defence Act	Naval Defence Act	Naval Works Act	Total
	Brutto	Appropriation-in-aid	Netto	Brutto	Receipts-in-aid	Netto	Issues	Ist	Ist	Ist	Ist
1887/88	13 162	685	12 476	13 013	661	12 348	12 32[illegible]	—	—	—	—
88/89	13 776 (45)	693	13 082 (45)	13 608	673	12 934	12 999	238	—	—	238
89/90	14 361 (354)	676 (4)	13 685 (350)	14 333	689	13 643	13 842	385	870	—	1 255
90/91	14 557 (420)	771 (70)	13 786 (350)	14 807	896	13 910	14 125	123	3 131	—	3 254
91/92	15 210	995	14 215	15 172	894	14 278	14 150	102	2 876	—	2 978
92/93	15 266	1 026	14 240	15 330	1 004	14 325	14 302	6	2 066	—	2 071
93/94	15 267	1 027	14 240	15 297	990	14 306	14 048	—	1 030	—	1 030
94/95	18 371 (131)	1 005 (—69)	17 366 (200)	18 571	928	17 642	17 545	— 4	32	—	28
95/96	9 613 (1 087)	912 (—13)	18 701 (1 100)	20 543	899	19 637	19 724	—	—	721	721
96/97	22 774 (487)	951 (—20)	21 823 (507)	23 190	919	22 271	22 170	—	—	695	695
97/98	22 780 (500)	942	21 838 (500)	21 837	988	20 848	20 850	—	—	710	710
98/99	24 733 (390)	955 (40)	23 778 (350)	24 935	1 054	23 880	24 068	—	—	1 210	1 210
99/1900	27 578	983	26 594	26 974	1 248	25 731	26 000	—	—	1 498	1 498
1900/01	28 553 (1 269) (1 350)	1 030 (100)	27 522 (1 269 (1 250)	31 169	1 171	29 998	29 520	—	—	2 132	2 132
01/02	31 964 (300)	1 089 (100)	30 875 (200)	32 249	1 268	30 981	31 030	—	—	2 745	2 745
02/03	32 376	1 121	31 255	32 327	1 323	31 003	31 170	—	—	3 198	3 198
03/04	35 836 (1 308)	1 379 (38)	34 457 (1 270)	37 242	1 533	35 709	35 476	—	—	3 261	3 261
04/05	38 327	1 438	36 889	38 293	1 434	36 859	36 830	—	—	3 402	3 402
05/96	35 078	1 688	33 389	—	—	—	33 300	—	—	3 216[1]	—
06/07	33 573	1 703	31 869	—	—	—	—	—	—	—	—

Die in den Klammern stehenden Summen stellen Nachtrags- oder Ergänzungsetats dar.

[1]) Exchequer Issues.

Tabelle VIII. Zahl des Marinepersonals.

Jahr	Soll	Zunahme (Soll)	Ist unter Kapitel 1 mehr (+) oder weniger (—) als Soll
1887/88	62 500	1 100	— 603
88/89	62 400	— 100	+ 197
89/90	65 400	3 000	— 1 191
90/91	68 800	3 395	— 1 670
91/92	71 000	2 200	— 1 113
92/93	74 000	3 100	— 878
93/94	76 700	2 600	— 550
94/95	83 400	6 700	— 2 018
95/96	88 850	5 450	— 2 705
96/97	93 750	4 900	— 1 905
97/98	100 050	6 300	— 2 754
98/99	106 390	6 340	— 2 678
99/1900	110 640	4 250	— 1 831
1900/01	114 880 (600)	4 250 (600)	— 2 359
01/02	118 625	3 745	— 1 267
02/03	122 500	3 875	— 429
03/04	127 100	4 600	— 873
04/05	131 100	4 009	— 541
05/06	129 000	— 2 100	—
06/07	129 000	—	—

Tabelle IX. Schiffsbauten, Rekonstruktion etc. (in £ 1000).

Jahr	Kapitel 8						Neue Schiffsbauten												Rekonstruktion, Reparatur und Veränderung	
	Soll			Ist			Ordentliche								Ausserordentliche					
							Direkt		Indirekt		Total (a)		Summe (b) für Ersatzbauten	Summe für Flottenvergrösserung [(a)—(b)]	Naval Defence Act		Imperial Defence Act		Total	direkte Ausgaben
	Brutto	Appropriations	Netto	Brutto	Appropriations	Netto	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist		Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Ist	Soll	Ist
1887/88	5 021	170	4850	4911	174	4736	2262[1])	2515[1])	—	—	—	—	1803[1])	859[1])	712[1])	—	—	—	—	—	670	526
88/89	4 286	242	4044	4212	231	3980	2700	2398	270	282	2971	2680	2070	901	610	—	—	450	185	183	549	547
89/90	4 883	224	4659	4752	336	4446	2533	2455	228	234	2861	267	2056	804	633	—	619		365	984	835	769
90/91	4 846	216	4630	5230	248	4981	2955	2769	226	224	3181	2994	2048	1133	946	3596	2579	119	77	2656	985	792
	(350)		(350)																			
91/92	5 162	290	4875	5192	283	4908	2953	2772	257	254	3210	3026	2033	1176	992	3140	2653	—	84	2738	716	647
92/93	5 079	308	4771	4939	307	4632	2443	2263	241	235	2685	2498	2063	622	435	1969	1788	—	—	1789	901	761
93/94	5 025	306	4719	5041	301	4739	2398	2317	242	239	2641	2557	2150	491	406	538	661	—	—	661	796	803
94/95	7 286	300	6986	7374	206	7168	4511	4445	293	291	4804	4738	2463	2341	2274	9	31	—	—	32	785	776
	(115)	(—69)	(184)				(95)				(95)			(95)								
95/96	8 083	202	7881	8964	210	8754	4 93	5962	336	338	5730	6301	2520	3209	3781	—	—	—	—	—	733	790
	(738)	(—13)	(895)				(472)														(90)	
96/97	9 927	186	9741	10529	216	10313	7384	7327	381	382	7765	7709	2595	5170	5114	—	—	—	—	—	803	863
	(386)		(386)																			
97/98	9 444	214	9230	8367	247	8120	6791	5051	375	352	7166	5404	2753	4413	2651	—	—	—	—	—	947	1074
	(400)		(400)				(400)				(400)											
98/99	11 012	211	10801	10786	264	10522	7688	6732	374	359	8063	7092	2951	5111	4140	—	—	—	—	—	1115	1150
	(140)	(12)	(128)																			
99/1900	13 028	211	12817	12413	337	12075	8 55	7518	402	384	9257	7903	3101	6156	4801	—	—	—	—	—	1463	1363
1900/01	13 139	214	12925	14789	291	14497	8460	8956	390	401	8850	9357	3328	5522	6029	—	—	—	—	—	1617	1587
	(476)		(476)				(385)				(385)			(385)							(1)	
	(1 005)	(70)	(435)				(236)				(236)			(236)							(50)	
01/02	14 936	260	14676	15 155	335	14819	9003	8865	442	416	9446	9281	3452	5993	5828	—	—	—	—	—	1709	1771
	(191)	(41)	(150)				(36)				(36)			(36)							(155)	
02/03	15 430	290	15140	15320	434	14886	9058	8534	414	447	9431	8982	3678	5794	5303	—	—	—	—	—	1974	2329
03/04	17 820	470	17350	19153	559	18594	10136	11115	404	—	10540	—	4044	6496	—	—	—	—	—	—	2856	—
	(1 308)	(38)	(1270)								(1044)			(1044)								
04/05	18 931	510	18421	18852	501	18351	11654	11263	443	426	12098	11689	4461	7636	7228	—	—	—	—	—	2564	2334
05/06	16 094	681	15413	—	—	—	9451	—	476	—	9928	—	4836	5091	—	—	—	—	—	—	2023	—
06/07	14 510	686	13823	—	—	—	9252	—	419	—	9671	—	5455	4216	—	—	—	—	—	—	1628	—

[1]) Ausschliesslich der Kosten für die Kanonen und Torpedovorrichtung und der indirekten Kosten.

Tabelle X. Artilleriewesen (in £ 1000).

Jahr	Ordentliche (Kapitel 9)						Geschützte (ordentliche Ausgaben)		Ausserordentliche				
	Soll			Ist					Imperial Defence Act		Naval Defence Act		Total
	Brutto	Appropriations	Netto	Brutto	Receipts-in-Aid	Netto	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Ist
1887/88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
88/89	1 863	—	1 863	1 778	9	1 768	460	447	—	50	—	—	50
89/90	1 463	—	1 463	1 777	17	1 760	413	452	—	19	—	251	270
	(354)	(4)	(350)										
90/91	1 465	1	1 463	1 446	188	1 257	410	371	—	45	—	552	597
	(70)	(70)											
91/92	1 595	66	1 528	1 554	104	1 449	591	561	—	17	—	222	240
92/93	1 448	50	1 398	1 696	62	1 634	475	490	—	5	450	277	282
93/94	1 365	50	1 315	1 316	40	1 275	391	366	—	—	346	369	369
94/95	1 433	50	1 383	1 739	107	1 632	356	368	—	— 4	—	—	— 4
95/96	1 742	49	1 693	1 970	57	1 912	432	554	—	—	—	—	—
	(202)		(202)				(112)						
96/97	2 600	57	2 543	2 686	41	2 644	801	837	—	—	—	—	—
	(100)	(— 20)	(120)				(30)						
97/98	2 709	34	2 675	2 871	42	2 829	767	660	—	—	—	—	—
	(100)		(100)				(100)						
98/99	2 584	35	2 549	2 676	57	2 618	604	650	—	—	—	—	—
	(100)	(22)	(78)				(100)						
99/1900	2 755	44	2 710	2 630	64	2 566	751	672	—	—	—	—	—
1900/01	3 060	55	3 004	3 622	91	3 531	732	722	—	—	—	—	—
	(753)		(753)										
01/02	3 984	64	3 919	3 959	121	3 837	735	760	—	—	—	—	—
02/03	3 420	63	3 356	3 353	101	3 252	709	812	—	—	—	—	—
03/04	3 300	94	3 206	3 206	141	3 065	753	904	—	—	—	—	—
04/05	3 734	88	3 646	3 722	107	3 615	1 044	943	—	—	—	—	—
05/06	3 083	97	2 986	—	—	—	815	—	—	—	—	—	—
06/07	3 135	149	2 986	—	—	—	915	—	—	—	—	—	—

Tabelle XI. Gebäude etc. (in £ 1000).

	Ordentliche (Kapitel 10)						Neue Gebäude[1])		Ausserordentliche (Naval Works Acts)	
	Soll			Ist						
	Brutto	Appropriation in-Aid	Netto	Brutto	Receipts in-Aid	Netto	Soll	Ist	Soll	Ist
1887/88	560	7	553[2])	524	9	515	297	272	—	—
88/89	382	6	376	363	6	356	222	176	—	—
89/90	457	6	451	437	8	428	277	248	—	—
90/91	453	7	445	411	14	397	306	270	—	—
91/92	424	7	417	385	13	372	267	230	—	—
92/93	460	12	448	413	6	407	286	241	—	—
93/94	389	9	380	397	5	391	206	185	—	—
94/95	662	12	650	654	6	648	469	389	—	—
	(16)		(16)				(16)			
95/96	554	7	547	455	9	445	377	292	1 000	721
96/97	624	6	618	482	6	475	430	309	2 750	695
	(—)		(—)				(—)			
97/98	655	6	648	627	8	618	445	418	2 742	710
98/99	657	7	650	748	17	730	440	526	1 270	1 210
99/1900	806	11	795	706	22	743	563	521	4 010	1 498
1900/01	865	20	845	888	18	870	606	615		2 132
	(40)		(40)				(40)			
01/02	1 043	20	1 023	1 004	42	962	650	618	6 157	2 745
02/03	1 128	28	1 100	1 088	24	1 064	558	523		3 198
03/04	1 527	25	1 502	1 470	30	1 440	723	680	7 996	3 261
04/05	1 663	29	1 634	1 584	33	1 551	726	608		3 402
05/06	1 935	30	1 905	—	—	—	605	—	—	3 216[3])
06/07	1 986	32	1 954	—	—	—	500	—	—	—

[1]) Abzüglich der Kosten für Reparatur und Baggerung etc.
[2]) Einschliesslich der Summe für die Yard-Maschinen und deren Reparaturen, die seit dem Jahre 1888/89 in Kapitel 8 übertragen wurde.
[3]) Exequer Issues.

Tabelle XII. Wert der Materialien (am Ende des Jahres) (in £ 1000).

Jahr	Value of the Stocks of the Victualling et Royal Marine stores, Clothing etc.	Value of Stocks of Naval Warlike store	Value of Stocks of Stores belonging to Vote 10	Value of Stocks (Dockyards)
1887/88	813	—	—	2 861
88/89	716	—	—	2 922
89/90	683	—	—	2 745
90/91	663	—	54	2 914
91/92	779	—	50	2 817
92/93	832	—	50	2 921
93/94	936	—	46	2 878
94/95	1 031	7 800	44	3 129
95/96	1 125	8 099	45	3 456
96/97	1 117	9 141	46	3 634
97/98	1 068	10 344	64	3 620
98/99	1 268	10 560	65	3 844
99/1900	1 377	11 104	76	4 392
1900/01	1 591	12 540	88	5 295
01/02	1 623	14 212	88	5 501
02/03	1 657	14 655	83	5 739
03/04	1 855	14 761	75	6 035
04/05	1 863	14 555	88	6 583

Tabelle XIII. Unter dem Imperial Defence Act, 1888 (in £ 1000).

Jahr	Ausgaben	Vorschüsse
1888/89	238	270
89/90	384	337
90/91	122	243
91/92	102	—
92/93	6	—
93/94	—	—
94/95	— 4	—
Total	849	850

Die Vorschüsse wurden 1890/91 mit der von der Schuldentilgungskommission geborgten Summe zurückbezahlt.

Tabelle XIV. Für die Schiffe auf Privatschiffswerften unter dem Naval Defence Act, 1889 (in £ 1000).

Jahr	Ausgaben	Ueberweisungen vom Schatzamt	Schulden
1889/90	870	1 428	—
90/91	3 131	2 124	696[1])
91/92	2 876	2 728	1 300[2])
92/93	2 066	2 578	1 150[2])
93/94	1 030	1 428	—
94/95	31	—	—
Total	10 005	10 289	3 146

[1]) Darlehen von der Schuldentilgungskommission, verwandelt in Exchequer Bonds im Jahre 1892/93 und getilgt im Jahre 1894/95.

[2]) Treasury Bills, erneuert bis 1894/95.

Tabelle XV. Unter den Naval Works Acts (in £ 1000).

Jahr	Bewilligten Summen	Ausgaben	Ueberweisungen vom Schatzamt	Schulden
1895/96	1 000	721	860	860[1])
96/97	2 750	695	905[2])	—
97/98	654	710	596[2])	—
98/99		1 210	1 080[2])	—
99/1900	3 100	1 498	1 460[3])	691
1900/01		2 132	2 135	2 135
01/02	6 157	2 745	2 906	2 906
02/03		3 198	3 148	3 148
03/04	7 996	3 261	3 318	2 588
04/05		3 402	3 453	5 259
05/06	5 835	—	3 216	—

[1]) Getilgt mit dem Rechnungsüberschuss 1895/96.

[2]) Gedeckt „ „ „ „

[3]) Zum Teil „ „ „ „ gedeckt.

Tabelle XVI. Abstract of Navy Estimates for 1906/07.

Votes		Gross Estimate	Appropriations in Aid	Net Estimate
	I — Numbers:			
A.	Total Number of Officers, Seamen, Boys, Coast Guard, and Royal Marines	129 000	—	129 000
		(in £1000)	(in £1000)	(in £1000)
	II — Effective Services:			
1	Wages &c. of Officers, Seamen, and Boys, Coast Guard and Royal Marines	6 946	135	6 810
2	Victualling and Clothing for the Navy	2 582	528	2 053
3	Medical Establishments and Services	294	19	275
4	Martial Law	14	—	14
5	Educational Services	229	63	165
6	Scientific Services	90	25	65
7	Royal Naval Reserves	434	8	426
8	Shipbuild., Repairs, Maintenance, &c.			
	Section I — Personnel . . .	2 429	21	2 407
	Section II — Matériel . . .	3 355	528	2 827
	Section III — Contract Work .	8 725	137	8 588
9	Naval Armaments	3 135	149	2 986
10	Works, Buildings, and Repairs at Home and Abroad	1 986	32	1 954
11	Miscellaneous Effective Services .	495	12	482
12	Admiralty Office	360	8	351
	Total Effective Services	31 079	1 670	29 408
	III — Non-Effective Services:			
13	Half Pay, Reserved and Retired Pay	833	12	820
14	Naval and Marine Pensions, Gratuities, and Compassionate Allowances	1 276	19	1 256
15	Civil Pensions and Gratuities . .	384	—	383
	Total Non-Effective Services	2 493	33	2 460
	Grand Total	**33 573**	**1 703**	**31 869**